

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., höchstens 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Annoncenzeile oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Kurzigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (seitgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 6. Juli 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Parteigenossen!

Die Vorgänge im russischen Reich haben einen Charakter angenommen, der die deutsche Sozialdemokratie zwingt, ihr revolutionäres Solidaritätsgefühl ferner nicht mehr bloß im feilnahmvollestn Zuschauer und Zustimmung, in Sympathieerklärungen und kleineren Hilfsleistungen für die Opfer zu betätigen.

Der heldenmütige und unvergleichliche Kampf, den das russische und polnische Proletariat unter Führung unserer Genossen gegen das stuch- und schmachbeladene Regiment des russischen Zarismus führt, erfordert ungeheure, von Tag zu Tag steigende Opfer.

Zehntausende und aber zehntausende sind im Laufe weniger Monate als Schlachtopfer tot oder verwundet gefallen, tausende füllen die Gefängnisse, hunderttausende Männer, Frauen und Kinder befinden sich infolge dieser Kämpfe in schrecklichem Elend oder in bitterer Not und sind der Verzweiflung nahe. Und noch ist kein Ende dieses Kampfes abzusehen.

Die deutsche Arbeiterklasse, welche dem russischen und polnischen Proletariat einen vollen Erfolg seiner heldenmütigen Anstrengungen zum Sturze des russischen Despotismus und für eine neue, bessere und gerechtere soziale und politische Ordnung der Dinge im russischen Reich wünscht, kann durch schlesunige Sammlung von Geldmitteln die ungeheure Not und das Elend der Opfer lindern, die dieser einzig dastehende Kampf für die Befreiung Rußlands bisher gekostet hat.

Parteigenossen! Wir richten deshalb an Euch die Anforderung, sofort und überall Geldsammlungen in die Wege zu leiten und den Ertrag dieser Sammlungen an unseren Kassierer, Genossen

Albin Gerisch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69,

zu senden. Für eine gerechte Verteilung der eingehenden Beträge werden wir Sorge tragen.

Parteigenossen! Trich ans Werk! Betätigt durch eine möglichst umfassende Sammlung Eurer tatkräftigen Sympathien mit unseren kämpfenden Genossen und Euer Mitgefühl mit den Opfern dieses Riesenkampfes.

Hoch die Internationalität der Sozialdemokratie! Berlin, den 5. Juli 1905.

Der Parteivorstand.

Die Tagesordnung des Parteitages.

Die sozialdemokratische Partei beginnt die Vorbereitung für ihren Parteitag zu treffen, der im September in Jena abgehalten werden wird. In den nächsten Wochen und Monaten werden sich unsere Wahlvereine und unsere Parteipresse mit den Arbeiten beschäftigen, denen der Parteitag gewidmet sein soll, es werden Besprechungen und Beratungen gepflogen werden, die für Leben und Entwicklung der politischen Arbeiterbewegung die größte Bedeutung haben. Denn im Parteitag kulminiert das Leben unserer Partei. Der Parteitag ist die höchste demokratische Instanz der Partei, von den Körperschaften der Verwaltung und Parteibetätigung ist alle Entscheidung in die Hände der organisierten Parteigenossen selbst zurückgegeben, die durch den Parteitag das Geschick der Partei bestimmen. Und die sozialdemokratischen Parteitage sind Tagungen der Gründlichkeit, wie sie keine andere politische Partei auch nur entfernt kennt. Die anderen Parteien pflegen nur einen oder zwei Tage beisammen zu sein, einige Vorträge anzuhören und den größten Teil der Zeit in Festessen und Schaustellungen zu verbringen. Die deutsche Arbeiterklasse leistet auf ihrem Parteitage ernste und sachliche Arbeit, sie bedarf alljährlicher umfassender Parteitagstätigkeit, weil in ihr der feste Zusammenhalt zwischen den Parteimitgliedern und ihren politischen Vertretern geschaffen und immer wieder erneuert wird. Die Sozialdemokratie ist nicht gleich den bürgerlichen Parteien eine Partei von Führern, denen eine mehr oder minder große Menge, von Stimmungen und Launen bald hierhin, bald dorthin beeinflusst, nachlaufen soll, sie ist die Partei des sozialdemokratisch überzeugten Volkes, das selbständig sein politisches Geschick entscheidet.

Kommt aber den Parteitag eine fundamentale Bedeutung zu, dann ist es auch Aufgabe der gesamten Partei, an Aufbau und Gestaltung der Parteitage mit vereinter Ueberlegung zu wirken, die Parteitage so nützlich und wertvoll herzurichten, als es in der Kraft der Partei irgend liegt. Darum ist die sachliche und aufrichtige Kritik auch hier das Lebenselement der Partei, es ist Pflicht aller Parteiorane, ihr Wissen und Können einzusetzen, daß die Parteitage in jeder Hinsicht das Beste leisten.

Die Absicht, dieser Aufgabe zu dienen, hat uns seit einigen Jahren genötigt, unseren Parteitag, bei selbstverständlicher Anerkennung ihrer Leistungen, kritische Bemerkungen zu widmen. Es war Pflicht, Mangelhaftigkeiten und Schwächen, die auf den Parteitag sich zeigten, mit Offenheit zu besprechen, wie wir es insbesondere nach dem Parteitag in Dresden getan. Wir haben aber nicht nur Mängel, die im Verlauf der Parteitage hervortraten, besprochen, wir haben wiederholt die Ansicht ausgesprochen, daß bereits in der Aufstellung der Tagesordnung

der Parteitage Unzulänglichkeiten bestehen, die unseres Erachtens einen wesentlichen Teil der Schuld daran tragen, daß die letzten Parteitage nicht den vollen Erfolg für die Partei entfalten konnten, den sie haben sollten. Dieselben Bedenken müssen wir in verstärktem Maße auch gegenüber der provisorischen Tagesordnung für den Parteitag in Jena aussprechen.

Es hat sich nach unserer Ueberzeugung, nicht durch Schuld einzelner Personen oder einer einzelnen Körperschaft, vielmehr durch eine Summe von Umständen, die in der Parteientwicklung begründet waren, ein grundsätzlicher Irrtum in die Parteitage eingeschlichen. Unsere Parteitage werden vollständig ausgefüllt durch die Erledigung der Verwaltungsangelegenheiten und die Beratung über innere Parteifragen. Dagegen ist die politische Stellungnahme der Partei zu den Ereignissen der Zeit zurückgedrängt worden und geradezu gänzlich verschwunden. Es bedarf keines Wortes über die entscheidende Wichtigkeit jener erstbezeichneten Aufgaben der Parteitage, aber so wichtig sie sind, allein herrschend dürfen sie nicht sein, sie dürfen nicht dermaßen überwuchern, daß die andere beträchtliche Aufgabe erstickt wird. Weder auf dem Parteitag in Dresden, noch auf dem in Bremen ist auch nur eine Frage umfassender behandelt, die nicht innere Parteiverwaltung und innere Parteidiskussion betrifft. Dadurch haben sich die Parteitage, so Bedeutames sie sonst geleistet, der unmittelbaren Einwirkung auf das politische Leben Deutschlands in nicht unerheblichem Maße entzogen.

Es scheint, als ob in dieser Angelegenheit ein einmal eingetretener Fehler schwer zu beseitigen ist und daß er aus sich selbst die Gefahr seiner Wiederholung erzeugt. Nachdem einmal die Erfahrung gezeigt hat, daß die Beratung der alljährlich wiederkehrenden Abschnitte der Tagesordnung, der Bericht des Vorstandes, der Kontrolleure, der Reichstagsfraktion, ungefähr die Hälfte der Zeit des Parteitages in Anspruch nimmt und die andere Hälfte durch die Erörterung von, zumeist die Parteitalit betreffenden Fragen besetzt ist, so ist man ansehend dazu gekommen, diesen Lauf der Dinge als notwendig und unabänderlich anzusehen. Man verzichtet daher von vornherein auf die Behandlung allgemein politischer und sozialer Angelegenheiten. Wir glauben jedoch, daß gerade dieser Verzicht geeignet ist, das Uebel zu verschlimmern.

Wir haben vor zwei Jahren eindringlich bedauert, daß der Parteitag schon durch seine Tagesordnung sich gehindert hat, der großen politischen Situation gerecht zu werden, welche damals infolge des überwältigenden Wahlsieges vom 16. Juni gegeben war. Wir hatten den Vorschlag gemacht, die Bedeutung und die Lehren der Reichstagswahl als besonderen und beherrschenden Gegenstand der Tagesordnung aufzustellen. Wir sind noch heute der Ueberzeugung, daß der Vorschlag vollumfänglich berechtigt war, und wir meinen, daß jene Szenen, über deren Feinheit und Widerwärtigkeit die Partei sich einig ist, hätten vermieden oder sehr erheblich zurückgedrängt werden können, wenn der Parteitag sich von Anfang an die richtige Aufgabe gestellt hätte. Gerade wenn sachlich bedeutame Thematia nicht gestellt sind, wenn das Interesse nicht genügend auf ernste und fruchtbare politische Arbeit gerichtet ist, dann kann es geschehen, daß Kleinlichkeiten, ja persönliche Gefälligkeiten sich breit machen zu dürfen glauben. Nachher aber scheint es, als sei das alles unvermeidlich gewesen, und man wagt nicht einmal mehr, sehr wichtige Fragen auf den Parteitag zu bringen, da es sich gezeigt habe, es sei überhaupt keine Zeit dafür vorhanden. In Wahrheit ist es umgekehrt: der Parteitag stelle sich alle die Aufgaben, welche die Zeit fordert, und schon die Vereinerung seiner Tagesordnung wird die einseitige Bevorzugung der inneren Parteifragen verhindern.

Nicht anders kam es in Bremen. Die Tagesordnung, die der Parteitag sich stellte, enthielt wiederum nur innere Angelegenheiten der Partei. Wir hatten vorgeschlagen, auf die Tagesordnung zu setzen: die Wahlrechtskämpfe in Deutschland — in Anknüpfung an die Ergebnisse der ersten allgemeinen Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen —, und vor allem, aus Anlaß des konservativ-nationalliberalen Schulkompromisses, die Schulkfrage in Deutschland. Der Parteitag lehnte auch diesen, von einer großen Zahl von Wahlkreisen — darunter sämtliche Berliner Kreise — vertretenen Vorschlag ab, aber in diesem Falle ist der vollgültige Beweis erbracht worden, daß die Ablehnung ein Fehler gewesen ist. Der Bremer Parteitag blieb so gut wie ausschließlich ein Geschäftsparteitag, er leistete vortrefflich, was zu leisten war für Parteioranisation und Agitation, aber das, was außerdem jeder sozialdemokratische Parteitag leisten soll, die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu den aktuellen wichtigsten Problemen der Politik, die Einflußnahme auf das gesamte öffentliche Leben des Reiches, die Entfaltung propagandistischer Kraft für unsere Ideen — diese wesentliche Aufgabe ist nicht vollbracht worden. Und man meine nicht, das seien Aufgaben, denen die Partei das ganze Jahr hindurch, in Versammlungen, in der Presse, in den Parlamenten obliege. Dieser Einwand könnte ebenso zu allen anderen Beratungsgegenständen der Parteitage erhoben werden. Es ist aber notwendig, daß alles, was die Partei bewegt und was die Partei politisch will, auf den Parteitag zum einheitlichen Ausdruck gelangt. Gerade weil wir eine demokratische Partei sind, mühte es eine Selbstverständlichkeit sein, daß die aus allen Wahlkreisen des Reiches zusammen tretenden Vertreter der Partei die Stellung der Partei zu den jeweilig bedeutendsten Angelegenheiten der Politik zu machtvoller Bekundung bringen. So ist auch auf früheren Parteitag verfahren worden; noch in München hat die gesamte Partei beispielsweise ihre Stellung zum Zollwucherer genommen. Zufällig ist dann ja auch die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Behandlung der Schulkfrage drastisch erwiesen worden. Da der deutsche Parteitag sich als allzu „belastet“ mit anderen Aufgaben

ansah, ertrug aus seiner Ablehnung der Gedanke des preussischen Parteitages, auf welchem für Preußen das nachgeholt wurde, was in Bremen unterblieben war. Der Preusentag im Dezember 1904, — der als erster seiner Art und bei dem Mangel einer preussischen Sonderorganisation gar keine „inneren“ Parteifragen erörterte — nahm einen vortrefflichen Verlauf. Er hat gezeigt, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit große Fragen behandelt werden können. Er hat bedeutende Propaganda geleistet für unsere Ideen.

Die Tagesordnung des Parteitages in Jena, wie sie der Parteivorstand soeben veröffentlicht hat, zeigt unseres Erachtens dieselben Mängel, wie die vorhergehenden. Sie enthält neben dem eisernen Bestand der Berichterstattungen auch nur sogenannte innere Parteifragen. Die Reisezeit muß nach den Vorgängen auf dem Gewerkschaftskongress durch die Partei besprochen werden. Bei der großen Bedeutung, die der Reisezeit zukommt, wäre es sehr wünschenswert, wenn rechtzeitig der Versuch vollständiger Verständigung zwischen der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung über diese Frage unternommen und eine der großen Sache der Reisezeit selbst nicht nützliche Zuspitzung der verschiedenen Auffassungen vermieden werden kann. Unter dem Thema: „Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie“ dürfte, wenn wir es recht auffassen, vorwiegend der von uns im vorigen Jahre gemachte Vorschlag, die Wahlrechtskämpfe im Deutschen Reich zu behandeln, zur Erörterung gelangen. Aber in der Fassung des Themas ist auch in dieser Frage der Agent auf das parteitaktische Moment gelegt. Es steht daher wiederum keine einzige politisch-propagandistische Frage auf der Tagesordnung.

Wir meinen, daß die gegenwärtigen politischen Verhältnisse außerst bedeutsame Fragen aufwerfen, zu denen eine Stellungnahme auf dem Parteitage der Sozialdemokratie notwendig ist.

Seit Jahren mehr denn je ist die vielgerühmte deutsche Sozialreform zu völligem Stillstand gelangt. Statt einer wenn auch nur mäßigen Vorwärtswicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung sehen wir eher eine rückläufige Bewegung und vor allem eine reaktionäre Bedrohung der geringen Errungenschaften auf diesem Gebiete. Während kurz vor Schluß der vorigen Legislaturperiode des Reichstages zum erstenmal erreicht wurde, daß eine Mehrheit für den zehnstündigen Arbeitstag der erwachsenen Arbeiter sich fand, ist dieser Fortschritt in der neuen Legislaturperiode sogar wieder verloren gegangen und in den zwei Jahren der jetzigen Gesetzgebungsperiode ist weder auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes noch auf dem Gebiete der übrigen Sozialpolitik irgend ein größeres Gesetz geschaffen, irgend ein nennenswerter Fortschritt gemacht worden. Es ist der arbeitersfeindlichen Reaktion gelungen, das frühere Schindentempo sozialpolitischer Sozialpolitik völlig zum Stillstand zu bringen. Umso eifriger treten die Feinde der Arbeiterklasse auf, die dahin zielen, das geringe Maß von Selbstverwaltung, das sich die Arbeiterklasse im Versicherungswesen geschaffen hat, wieder zu beseitigen. Es kann kaum ein Zweifel bestehen, daß der Anschlag gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen vielleicht sehr bald zur Durchführung gebracht werden soll. Diese Vorgänge, die hier nur aufs Kürzeste anzudeuten sind, mahnen die Arbeiterklasse zu den größten Anstrengungen, daß sie sich des Attentates auf das bisher Erreichte erwehrt und die störende Sozialreform, den stagnierenden Arbeiterschutz zur Fortführung bringt. Es erscheint durchaus als eine Aufgabe des Parteitages, eine derartige fundamentale Angelegenheit der Arbeiterklasse eindringlich zu behandeln. Wenn die Vertretung der gesamten deutschen Arbeiterklasse, auf Grund eines jenseitigen der Zeit scharf beleuchtenden Referates, ihre Stellungnahme nachdrücklich vor dem ganzen Lande zum Ausdruck bringt, so kann eine solche Demonstration nicht ohne Wirkung bleiben. Sie bedeutet einen erneuten Appell an die Arbeiterklasse zum unablässigen Kampf auf diesem Gebiete, und zugleich zeigt sie den Gegnern den einheitlichen Widerstand der organisierten Arbeiterklasse.

Eine andere Angelegenheit, deren Behandlung auf dem Parteitage sich geradezu aufzwingt, ergibt sich aus den gewaltigen Ereignissen der Weltpolitik, die sich seit Jahresfrist in stürmischer Aufeinanderfolge zutragen. Infolge des ostasiatischen Krieges und des Zusammenbruchs des russischen Reiches sind die internationalen Beziehungen der Großstaaten in höchstem Maße beeinflusst worden. Rußland ist auf lange Zeit hinaus von der militärischen Großmachtsstellung herabgedrückt und damit verliert das französisch-russische Bündnis die bisherige Bedeutung. Die bisherigen europäischen Bündnisverhältnisse, die schon zuvor manchen Nitz erhalten hatten, sind vollständig brüchig geworden. Die internationale Lage ist unsicherer denn je. Der Parokolonflikt zwischen Deutschland und Frankreich ist nur ein einzelnes Symptom dieses kapitalistisch-weltpolitischen Wirrwurrs. So sehr die Diplomatie ihre Aktionen geheimnisvoll betreibt, so empfinden doch die Völker, daß sie auf schwankendem Boden stehen. Ein Staat intrigiert gegen den anderen, einer sucht den anderen von der Seite des dritten zu entfernen und ihn an seine Seite zu ziehen. Und das Einzige, was in sicherer Aussicht steht, ist, daß in allen Großstaaten die Reizung zu neuen Militärrüstungen und insbesondere Marinerüstungen steigt. Gerade in Deutschland werden wir schon im nächsten Winter eine neue bedeutende Marinevorlage erleben, eine Vorlage, die begründet wird mit der Absicht, Deutschland zu sichern gegen auswärtige Angriffsneigungen, die aber in Wahrheit im Auslande Befürchtungen deutscher Angriffslust erweckt und vermehrt. So wird die Beunruhigung und Unsicherheit immer mehr wachsen. Nach einer neulichen Meldung des „Matin“ hat der deutsche Reichskanzler selbst die internationale Lage vor wenigen Wochen als eine sehr gespannte und gefährvolle bezeichnet. Welchen Spannungen und Gefahren werden die Nationen weiter entgegengesetzt?

Es ist daher die unerlässliche Aufgabe der Sozialdemokratie, ihre Stellung zu diesen Wandlungen der Weltpolitik auf das nachdrücklichste zu bekunden. Während die kapitalistischen Regierungen gegeneinander intrigieren, während in den herrschenden Klassen der verschiedenen Länder alle Instinkte der Eroberungslust, der kolonialpolitischen Aneignung aufgeschaukelt werden, hat das Proletariat die Aufgabe und die Pflicht, seine feste prinzipielle Stellung zu bekunden. Wenn auf unseren Parteitage ein sachkundiger Referent den Gang der weltpolitischen Ereignisse schildert, wenn er die wirtschaftlichen und politischen Folgen, die infolge des Aufstiegs Japans, des Niedergangs Russlands, der Erschütterung aller bisherigen Staatenbeziehungen sich andeuten, darlegt, wenn er den Standpunkt der internationalen Sozialdemokratie unter Zustimmung des gesamten deutschen Parteitage aufs neue bekräftigt, so würde eine solche Aktion auf Freund und Feind des größten Eindruckes nicht verfehlen.

Wir halten den Parteitag für verpflichtet, zur Behandlung der Frage: „Die Wandlungen in der Weltpolitik und die Stellung der Sozialdemokratie.“

Es ist ein Uebelstand, daß die Kritik an der Tagesordnung des Parteitages erst einlegen kann, wenn sie veröffentlicht ist. Es sind dann große innere und äußere Schwierigkeiten zu überwinden, die Tagesordnung nachträglich zu ändern. Die Partei sollte den neuen, aber sehr zweckmäßigen Brauch einführen, etwa im Mai und Juni — vor der vorläufigen Festsetzung der Tagesordnung — in Versammlungen und in der Presse Anregungen hinsichtlich des Programmes des Parteitages zu geben; dann haben die entscheidenden Instanzen die Möglichkeit, schon bei der Beratung der Tagesordnung die lautgewordenen Wünsche zu erwägen und zu berücksichtigen.

Wenn es auch nicht gelingen sollte, die einmal festgestellte Tagesordnung in diesem Jahre zu ändern, so ist es uns vor allem darum zu tun, daß die allgemeine Frage, wie die Tagesordnung der Parteitage beschaffen sein soll, der Diskussion unter den Parteigenossen unterbreitet wird. So wünschenswert und so notwendig ist die Einreichung der von uns vorgeschlagenen Probleme erachten, so sind wir doch natürlich weit davon entfernt zu meinen, daß die Nichtausführung eines solchen Vorschlages an sich geeignet wäre, größeren Schaden anzurichten. Wohl aber meinen wir, daß für die Zukunft Vorsorge getroffen werden muß. Die Sozialdemokratie muß auf ihren Parteitag Führer und Begleiter in allen großen politischen und sozialen Angelegenheiten verbleiben!

Die Revolution in Rußland.

25 000 Arbeiter streiken in Petersburg.

Petersburg, 4. Juli. Mitternacht. Die Direktion der Putilow-Werke fordert in einer Bekanntmachung die ausständigen Arbeiter auf, morgen die Arbeit wieder aufzunehmen, widrigenfalls die Fabrik morgen geschlossen werde. Die Werke sind von Kosaken, Infanterie, berittener und Fußpolizei besetzt. Wie es heißt, sind die Arbeiter der Fabrik Laferne heute ebenfalls in den Ausstand getreten. Soeben trifft die amtliche Meldung ein, daß über 25 000 Arbeiter ausständig sind. In allen äußeren Stadtteilen patrouillieren starke Infanterie- und Kosaken-Abteilungen. Die Ruhe ist bisher nirgends gestört worden.

Aus Stockholm wird vom 5. Juli gemeldet: Beim Ministerium des Aeußeren eingegangene Telegramme aus Petersburg raten wegen allgemeinen Ausstandes der Hafenarbeiter daselbst den hiesigen Reedereien bis auf weiteres ab, Frachtabschlüsse mit Petersburg zu machen.

„Anjas Potemkin.“

Geodossia, 5. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Panzerschiff „Potemkin“ ist hier eingetroffen, verlangte Kohlen, Proviant und einen Arzt und forderte die Stadtverwaltung auf, sie solle ihm für einen Aufenthalt von einem Tage Sicherheit garantieren.

Aus Odessa wird durch das „Laffan-Bureau“ vom 3. Juli gemeldet:

Ueber den Signalwechsel zwischen Vizeadmiral Krieger und den „meuternden“ Schiffen wird weiter folgendes bekannt: Admiral Krieger signalisierte: „Warum salutiert Ihr nicht?“ Er erhielt keine Antwort. Darauf signalisierte der Admiral: „Ergebt Euch!“ Der „Anjas Potemkin“ erwiderte: „Wem?“ Die Antwort lautete: „Dem Kaiser!“ Der „Anjas Potemkin“ fragte darauf: „Welchem Kaiser?“ Admiral Krieger antwortete: „Nikolaus II.“ Der „Anjas Potemkin“ schloß darauf die Unterhaltung mit dem Signal: „Wir kennen keinen Kaiser!“

Geodossia, 5. Juli. Die Besatzung des Panzerschiffes „Anjas Potemkin“ hat folgende Erklärung an die fremden Mächte bekanntgegeben:

Der Entscheidungslampf gegen die russische Regierung hat begonnen. Wir teilen dies allen fremden Mächten mit und halten es für unsere Pflicht, zu erklären, daß wir vollständige Garantie für die Unverletzlichkeit der fremden Schiffe geben, die sich auf dem Schwarzen Meere aufhalten, sowie der nichtrussischen Häfen des Schwarzen Meeres.

Die revolutionäre Flotte.

Petersburg, 5. Juli. Hier zirkulieren Gerüchte, daß Admiral Krieger einen Selbstmord verübt haben soll und daß sämtliche Offiziere der Schwarze Meerflotte beabsichtigen, ihre Demission einzureichen.

Nach Meldungen aus Sewastopol soll auch die Mannschaft des Schlachtschiffes „Tri-Swattichka“ ausständig sein.

Ausständigste Handelschiffe.

Bukarest, 5. Juli. („Bosn. Ztg.“) Die Mannschaft des aus Konstantinopel nach Konstanza zurückgekehrten rumänischen Schiffes „Stegale Carol“ erzählt, daß aus Kairo und Alexandria in Konstantinopel angekommenen russische Handelschiffe sich weigerten, nach Konstanza zurückzufahren; die Matrosen seien in Ausstand getreten und verlangten, nach Odessa zu fahren, weil ihre Gegenwart dort wichtiger sei als in Alexandria.

Von der zarischen Leibgarde.

Folgender überaus bezeichnende Brief eines Soldaten der kaiserlichen russischen Leibgarde wird der „Russ. Korresp.“ zur Verfügung gestellt:

Petersburg, den 20. Juni 1905.

Es ist eben eine große Gärung unter uns Soldaten. Jede freie Stunde diskutieren wir miteinander und kommen immer mehr und mehr zu der wahren Ueberzeugung unserer Aufgabe. Das hat vom 9. Januar, von dem bekannten blutigen Sonntag angefangen, wo wir unsere Brüder und Schwestern, Mütter und Väter, dem Kommando unserer Vorgesetzten blindlings gehorchend, niederschossen. Nachdem wir das Blut unserer Verwandten sahen und ihre Leichname sahen, durchsah unsere Herzen ein Strahl der Reue. In uns erwachte das Gewissen und sagte: Ihr seid Mörder und Mörder!

Nachdem wir abends in die Kasernen zurückkehrten, fielen wir weinend aufs Knie und bereuten unsere Tat. Wir wollten mit Gebeten unser Verbrechen abwischen. Es ging aber nicht. — Nach etlichen Wochen waren viele mit mir zu der Ueberzeugung gekommen, daß nicht wir, sondern unsere Offiziere und Generale Mörder sind.

Wir hatten mit einander darüber nichts gesprochen und waren durch das eigene Gewissen stillschweigend zu dieser Einsicht gekommen.

So untergeben und gehoramt wir früher waren, so empört und ungehorsam sind wir im Gegenteil jetzt. Wir Soldaten sind jetzt schweigende Revolutionäre, die in ihren Vorgesetzten Teufel in Menschengestalt sehen. Nichts ist außer dem Willen des Volkes und mehr heilig. Wir anerkennen in unserer Seele keine Obrigkeit, kein Gesetz, keinen Glauben und keinen Fahrensieb mehr. Alles ist Betrug. Heilig ist bloß das Gewissen und die Vernunft des Menschen.

Jeden Tag, wenn wir diese gewissenlose Obrigkeit sehen, erheben sich unsere Hände unwillkürlich und strecken sich nach Waffen, um sie sofort zu ermorden. Wir beherzigen diesen Willen und erwarten einen günstigen Moment. Dieser Moment ist nicht mehr weit. Jede Stunde kann die Revolution losbrechen und wenn sie losbricht, so kommt der letzte und furchtbarste Sturm.

Ich kann Ihnen versichern, diese Stunde ist näher als sie glauben. Wir denkende Soldaten haben in unseren Gedanken die Obrigkeit zum Tode verurteilt, die Exekution ist bloß zu erfüllen.

Es gibt auch unter uns dumme Soldaten, die nach denen handeln, die ihnen höher stehen. Diese dummen Kerle werden uns gehorchen und nicht wagen, sich ihren Kameraden zu widersetzen.

Ich bin mit den Soldaten aus anderen Regimentern zusammengekommen und habe bei allen dasfelbe gefunden, was ich Ihnen von uns geschrieben habe. Eine Ausnahme machen bloß die Kosaken, die wilden Fanatiker des Zarisismus. Wir haben auch viele Kosaken aufgeföhrt und hoffen, daß auch in ihnen die Gärung losbricht.

Was die Artillerie anbetrifft, so ist dort noch mehr der Geist des Ausstandes entwidelt als bei uns. Die Artilleristen wollten dem Zaren und der ganzen Bande schon bei der Wasser-Tsche eine Tende machen, aber ein Zufall rettete sie noch.

Bitte schreiben Sie uns, wie sieht es in Polen mit diesen Gedanken, wenn Sie im Auslande das hören, wir dürfen keine Zeitungen öffentlich lesen, darum wissen wir auch nicht, wie es damit anderweitig steht.

Ich und wir alle denken nämlich, es geht eben nicht anders; wir müssen die Freiheit der künftigen Generationen mit unserem Blute erkaufen. Bitte verstehen Sie sich nicht in die Fernen des Auslandes, sondern kommen Sie und bleiben Sie mit uns, denn es ist möglich, daß schon morgen ertönt aus unserem Munde das Wort: Hoch lebe die Freiheit! Hoch lebe die große Revolution! Mit bestem Grusse Ihr E. W.

Das mißverständliche Väterchen.

Wir berichteten von dem Eingreifen der Petersburger Zensur in die Aeußerungen der Presse zu dem Empfange der Semitowvertreter durch den Zaren. Es ist interessant, das geheime Dokument im Wortlaut kennen zu lernen, auf Grund dessen u. a. die „Ruh“ verboten wurde. Die Organisation des „Bundes“ ist in der Lage, uns dieses Dokument zur Veröffentlichung zu übergeben: Ministerium des Innern.

Preßdepartement.

22. (9.) XI. 1905. Nr. 6379.

Geheimes Rundschreiben.

Die an die Deputation der Landes- und Städtevertreter von Se. Majestät am 10. (6.) d. Mts. gehaltene Ansprache wurde in mehreren Preßorganen nicht richtig wiedergegeben, wobei sich einige Zeitungen wiederum erlaubten, völlig unbegründete Folgerungen aus den in den Worten des Zaren angeblieh enthaltenen Andeutungen auf eine Erklärung des am 18. Februar an den Minister des Innern gerichteten allerhöchsten Manifestes zu ziehen. — Im Sinne einer Einberufung von Vollvertretern auf der in den konstitutionellen Staaten Westeuropas bestehenden Staatsordnung. — wo in Wirklichkeit aus den Worten des Kaisers nur das eine deutlich hervorgeht, daß eine Einberufung gewählter Männer, als Ratgeber Seiner Majestät, in einer Art erfolgen wird, die der Eigentümlichkeit des russischen Volkswesens entspricht und absolut keine Andeutungen irgendwelcher Abänderungen der Grundgesetze der Monarchie enthält.

In Anbetracht dieses setzt das Preßdepartement auf Befehl des Ministers des Innern alle nicht unter Präventivzensur stehende Preßorgane davon in Kenntnis, daß

1. die Worte des Kaisers nur in genau derselben Redaktion angeführt werden müssen, wie sie im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht worden sind, ohne jegliche Abänderung oder Verstärkung, und daß
2. behufs Vermeidung diesbezüglicher Mißbräuche es für nötig finde, auf Grund des Art. 140 des Zensurgesetzes die Veröffentlichung unbegründeter Erläuterungen und Kommentare, die nicht klar und deutlich aus den Worten des Kaisers folgen, zu verbieten.

Der Direktor. (gez.) Bellegardi.

Formalitäten.

Petersburg, 4. Juli. Amtlich wird bekannt gegeben: Das Demissionsgesuch des Kriegsministers Scharow wurde unter Verlassung desselben als Generaladjutant genehmigt und der Konzeß des Kriegsministeriums, Generalleutnant v. Rediger, zum Verweser des Kriegsministeriums ernannt.

Der Stabschef des Generalinspektors der Kavallerie Generalleutnant Poljzn wurde zum Chef des Generalstabes ernannt.

Petersburg, 5. Juli. Wie aus einem im „Invalid“ veröffentlichten Tagesbefehl des Militärressors hervorgeht, wird der Posten eines Generalstabschefs neu geschaffen, der in allen den Generalstab und die Kriegsbereitschaft betreffenden Fragen dem Kaiser unmittelbar unterstellt ist. Der Generalstabschef ist ständiges Mitglied des Landesverteidigungsrates, nimmt an allen Sitzungen der höchsten Regierungsbehörden teil und ist stimmberechtigt in allen Fragen, die die Kompetenzen des Generalstabes betreffen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Juli.

Die Kundgebung des Friedens.

Es zeigt sich, wie wir vorher sagten, daß die „Post“ mit ihrer Behauptung von der angebliehen Verhinderung der Versammlung, in der Jaurès sprechen wird, die endlose Reihe ihrer Lügennachrichten um eine Lügennachricht mehr verbollständigt hat. Das Blatt, welches gestern mit aller Entschiedenheit behauptete, die Versammlung werde verboten und bereits den Triumphgefängnis der blöden Gewalttätigkeit erschallen ließ, muß heute zaghaft gestehen:

„Die Meldung der Antisozialdemokratischen Korrespondenz“, wonach Herr Jaurès das öffentliche Auftreten in Berlin verboten werden soll, dürfte mindestens verfrüht sein.“

Wenn die „Post“ den Rückzug von ihrer Lüge durch neues Geschimpf über unsere gestrigen Bemerkungen zu dieser Angelegenheit maskiert, so lohnt es sich nicht, mit dem Blatte der geistigen Verblödung zu diskutieren.

Es zeigt sich, daß die falsche Meldung, die zuerst in der Lorenzischen Korrespondenz auftauchte, die Wache der Scharfmacherei ist, welche die Regierung zu der törichtesten Handlung verführen will, die sie begehen könnte. Daß hinter den Kulissen allerlei gebrängt und geschoben wird, ist nicht zweifelhaft. Auch der „Reichsbote“, nachdem er zunächst in einem langen Artikel auseinander gesetzt hat, man brande sich über das Kommen Jaurès nicht zu erregen und könne es gewähren lassen, verzeichnet am Schluß seines Artikels die nachträgliche Notiz:

„Das Auftreten Jaurès in Berlin dürfte, wie wir hören, doch verboten werden. Es sprechen dagegen so viel Gründe, daß ein Verbot entschieden gerechtfertigt sein würde.“

Es handelt sich offensichtlich lediglich um die Bemühungen von Leuten, denen es höchst verdrießlich ist, daß derselbe Jaurès, den man so oft den deutschen Sozialdemokraten als französischen „Patrioten“ und „vernünftigen“ Politiker vorgezogen hat, durch eindringlichste Tat die Einseitigkeit jener Behauptungen beweist, und daß die deutsche Sozialdemokratie durch die geplante Friedenskundgebung großen moralischen Eindruck auf die weitesten Kreise des deutschen Volkes gewiß ist.

Dies letztere Moment mag auch in Regierungskreisen unangenehm empfunden werden. Es erscheint aber ausgeschlossen, daß irgend ein verantwortlicher Politiker den Schildbürgerstreich begehen könnte, zu dem die Scharfmacher aufreizen.

Die Versammlung, welche am Sonntag stattfinden wird, ist schon in der vorigen Woche bei der Polizei angemeldet und es ist die übliche Bestätigung erteilt worden. Seitdem hat der Embruser der Versammlung nicht die geringste Mitteilung erhalten. Auch diese Tatsache, neben den allgemeinen politischen Gründen, beweist, daß die Wünsche der konservativen Reaktion in diesem Falle an einem so großen Maß von Albernheit leiden, daß ihre Erfüllung aussichtslos bleibt. —

Militärjustiz.

Furchtbare Strafen verhängte gestern das Kriegsgericht der 18. Division (Altona) gegen die Landwehrmänner Wilhelm Strauer und Ernst Krogmann. St. ist von Beruf Hafenarbeiter, K. Sandhändler; beide haben in der Zeit vom 16. bis 29. Mai eine Uebung beim 9. Bionier-Bataillon in Harburg absolviert. Während am 29. Mai die anderen Landwehrleute zur Entlassung gelangten, sollten die beiden eine Disziplinarstrafe verbüßen und erhielten die Aufforderung, auf dem Kasernenhof anzutreten. Sie gingen aber in die Kantine und tranken sich einen schweren Rausch an. Als der diensttuende Sergeant sie aufgepißt hatte, meinten die Betrunknen, sie seien gar keine Soldaten mehr, denn ihre Uebungszeit sei abgelaufen. Jetzt spielten sich in schneller Reihenfolge die Vorgänge ab, wegen deren sie wegen Ungehorsams, Achtungsverletzung, Beleidigung, Widerstands, Gefangenensbefreiung, Meuterei usw. angefaßt wurden. Auf dem Wege zum Bahnhof liefen sie einige Male fort, sprangen aus dem Zuge, wurden dann in Hamburg in eine Droschke gepackt, um nach dem anderen Bahnhof überführt zu werden, demolierten aber die Droschke und später sprang K. in voller Fahrt aus der Verbindungsbahn Hamburg-Altona, ohne sich nennenswert verletzt zu haben. Sie sollen auch um sich geschlagen, sich gegenseitig zu befreien versucht und allerlei Allortriebe getrieben haben. Die Angeklagten wollen sich in los betrunken gewesen sein, doch behaupten die Transporteure, die Angeklagten hätten noch gewußt, was sie taten. Der Ankläger meint, es handle sich um schwere militärische Delikte, die ihre entsprechende Sühne finden müßten, wobei allerdings der angetrunkene Zustand der Angeklagten zu berücksichtigen wäre. Solche Disziplinwidrigkeiten gehörten bei den preussischen Soldaten noch zu den Seltenheiten, deshalb (!) müsse ein Exempel statuiert werden. Er beantragt gegen Strauer 12 Jahre und 7 Monate und gegen Krogmann 10 Jahre und 3 Monate Gefängnis, sowie gegen beide Ausstoßung aus dem Heere. Bei diesem Antrag brachen die Angeklagten, von denen K. verheiratet und Vater von zwei kleinen Kindern ist, und deren im Zuhörerraum befindlichen weiblichen Angehörigen in heftiges Schluchzen aus.

Das Urteil lautet gegen Strauer auf 7 Jahre und 3 Monate und gegen Krogmann auf 6 Jahre und 2 Wochen Gefängnis und Entfernung aus dem Heere. Die Angeklagten wollen Berufung einlegen. — Als die beiden Landwehrleute abgeführt werden, macht Strauer auf dem Korridor einen Selbstmordversuch, indem er sich kopfüber die Treppe hinunterstürzt und dann mit dem Kopf gegen ein vergittertes Fenster reunt und dort eingeklemmt liegen bleibt. Aus vielen Kopfwunden blutend wird der Bewußtlose in bedenklichem Zustande dem Militärlazarett zugeführt.

Dies Urteil schließt sich würdig den drakonischen Urteilen an, die die Militärjustiz in Dessau, Breslau, Saarburg usw. gefällt hat. Der naive Menschenverstand und das zivile Gerechtigkeitsgefühl häumt sich gegen derartige Urteile geradezu auf. Es ist ja vom Standpunkte unseres heutigen Militarismus aus zu begreifen, daß Insubordinationsvergehen streng bestraft werden, aber daß man die Existenz von Menschen gerade vernichtet, die sich im Zustande der Angetrunkenheit törichte Exzesse zuschulden kommen lassen, das ist platterdings unverständlich. Die Angeklagten selbst behaupteten, sinnlos betrunken gewesen zu sein, während die sie begleitenden Transporteure behaupteten, daß die Angeklagten noch gewußt hätten, was sie taten. Nun ist an und für sich außerordentlich schwer festzustellen, wo der Zustand der sinnlosen Betrunknen beginnt. Die Betrunknenheit äußert sich bekanntlich in den verschiedensten Formen. Es gibt Menschen, die ihrer Sinne noch halbwegs mächtig sind, wenn ihre Gliedmaßen längst den Dienst verlagert haben, aber es gibt umgekehrt auch Menschen, die sich bereits im Zustande völliger Unzurechnungsfähigkeit befinden, wenn sie noch lange nicht die Herrschaft über ihre Glieder verloren haben. Außerdem spricht schon die bloße Tatsache, daß sich die beiden Angeklagten derartiger Exzesse schuldig gemacht, trotzdem auch ihnen die furchtbare Strenge der militärischen Justiz aus den erwähnten Urteilen sicher bekannt war, dafür, daß die Angeklagten tatsächlich im Zustande der Besinnungslosigkeit handelten. Aber selbst wenn die beiden Landwehrmänner noch einen Rest der Besinnung besaßen hätten, so hätte ihr alkoholischer Zustand unbedingt als Widerungsgrund ins Gewicht fallen müssen. Allein in Fragen der Subordination kennt unser Militarismus nun einmal keinerlei Rücksichten!

Das heißt: soweit Verstöße der Mannschaften in Frage kommen, soweit es sich um Auflehnung „Gemeiner“ gegen ihre Vorgesetzten handelt. Kein Jurist wird leugnen können, daß Soldatenmishandlungen ebenfalls Insubordinationsvergehen größter Art darstellen, ist es doch durch das Reglement den Vorgesetzten verboten, ihre Untergebenen zu mishandeln. Soldatenmishandlungen sind also nicht nur vom allgemeinen sittlichen Standpunkte aus eine Barbarei, sondern sie sind auch vom spezifisch militärischen Standpunkte aus eine Auflehnung gegen die Subordination. Nichtsdestoweniger sehen wir, daß diese Art von Verstößen gegen die Subordination unendlich viel allimpflicher beurteilt wird, als die Insubordinationsvergehen der Mannschaften. In Dessau, in Breslau, in Saarburg usw. wurden Soldaten, die sich gegen Vorgesetzte, meist ebenfalls im Zustande der Angetrunkenheit, aufgelehnt hatten, zu furchtbaren Strafen von 5 und mehr Jahren Zuchthaus oder ebenso viel Jahren Gefängnis verur-

Welt. Dagegen kamen Soldatenschinder aller schlimmster Art mit verhältnismäßig gelinden Strafen davon. In Mex wurde, worauf seinerzeit im Reichstage hingewiesen wurde, solch ein Soldatenschinder, dem nicht weniger als 170 Soldatenmißhandlungen nachgewiesen waren, mit 1 Jahr Gefängnis bestraft. Ein anderer Soldatenschinder, der Unteroffizier Becker, ließ einen Mann derart mißhandeln, daß der Gequälte zwei Selbstmordversuche unternahm. Das Urteil lautete auf 35 Tage Mittelarrest; der Unteroffizier Lamprecht hatte sich nachgewiesenermaßen 62 Fälle von Soldatenmißhandlungen zuzuschreiben kommen lassen und kam trotzdem mit 4 Monaten Gefängnis ohne Degradation davon. Der Unteroffizier Marx ließ einen Rekruten auf einen anderen Soldaten, der verwundet wurde, schießen und erhielt dafür 45 Tage Gefängnis! Diese Beispiele lassen sich ins Unendliche vermehren. In dem Quartal Ende Dezember 1904 bis Ende März 1905 wurden gegen 47 militärische Vorgesetzte wegen Mißhandlung usw. auf insgesamt 5 Jahre 6 Monate Freiheitsentzug erkannt, darunter nur 3 Jahre 9 Monate 26 Tage Gefängnis. In dem vorliegenden Falle aber werden zwei Landwehrmänner, die im Tobsuchtsanfälle des alkoholischen Deliriums sinnlose Ausschreitungen begingen, zusammen mit 13 Jahren 3 Monaten und 2 Wochen Gefängnis bestraft!

Wiederholt ist behauptet worden, daß die Sozialdemokratie unter den Soldaten eine Agitation gegen den Militarismus zu betreiben bemüht sei. Solange die Militärgerichte Urteile fällen, wie in Dessau, Breslau, Saarburg und Altona, und solange umgekehrt die Soldatenschinder mit so relativ geringfügigen Strafen davonkommen, kann die Sozialdemokratie es dem Militarismus selbst getrost überlassen, sich die Gemüter zu entfremden.

Elisee Reclus.

Aus Brüssel kommt die Kunde, daß in der Nähe der belgischen Hauptstadt, auf dem Landgut eines Freundes, Elisee Reclus im Alter von 75 Jahren am Herzschlag gestorben ist. Ein schicksalreiches Leben, gleich bedeutsam an erster wissenschaftlicher Arbeit wie an revolutionärer politischer Betätigung, hat damit seinen Abschluß gefunden. Elisee Reclus vereinigte in seiner Person den gründlichen geographischen Forscher mit dem hervorragenden anarchistischen Politiker und Theoretiker, und sein bewegtes Leben liefert den Beweis, daß streng wissenschaftliche Arbeit nicht nur in der Stille einer staubigen Gelehrtenstube erstehen kann, sondern daß auch im Drang und Sturm heftigster politischer Kämpfe bedeutende Forscherarbeit geleistet zu werden vermag, wenn die nötige Energie vorhanden ist. Reclus, am 15. März 1830 zu St. Jory-la-Grande im Departement Gironde geboren, wurde früh von seinem Vater, einem protestantischen Pfarrer, zum Geistlichen bestimmt und zur Erziehung zu den Herrenhüttern nach Reuwich geschickt. Dann studierte er an der theologischen Fakultät der Reformierten zu Montauban. Eine Studienreise, die er nach Berlin machte, entschied jedoch anders über seine Zukunft. Er lernte in Berlin den bekannten Geographen Karl Ritter kennen und wurde von diesem für die Erdkunde gewonnen, deren Studium er sich mit Eifer hingab. Nach der Erklärung Frankreichs zur Republik ging er als Demokrat nach Paris und beteiligte sich an dem dortigen politischen Leben, mußte aber nach dem napoleonischen Staatsstreich im Dezember 1851 Frankreich verlassen und unternahm nun längere geographische Forschungsreisen, namentlich in Nord- und Südamerika. Nach Frankreich zurückgekehrt, veröffentlichte er dort mehrere geographische Werke, unter denen vornehmlich „La terre“ eine größere Aufmerksamkeit erregte und auch alsbald ins Deutsche übersetzt wurde. Nebenbei beschäftigte sich Elisee Reclus mit sozialpolitischen Studien und entwickelte sich immer mehr zum revolutionären Sozialisten. Als 1871 sich in Paris die Kommune konstituierte, schloß er sich dieser an, trat in die Kampfreihe der Kommunalämpfer ein und veröffentlichte im „Cri du Peuple“ einen offenen kritischen Brief gegen die Regierung. Von den Versailern gefangen genommen, wurde er zur Deportation verurteilt, auf Verwendung einer Anzahl von Gelehrten aber von Thiers zu lebenslänglicher Verbannung aus Frankreich begnadet. Er ging nach Lugano, dann nach Clarens am Genfer See, wo er sich außer mit geographischen Arbeiten mit Sozialphilosophie und anarchistischen Studien beschäftigte, die ihn zum Anarchismus führten, dessen theoretischer Begründung und Ausbreitung er einen großen Teil seiner Zeit widmete. Im Jahre 1894 wurde er als Lehrer an die Neue freie Universität nach Brüssel berufen, an der er besonders das mit ihr verbundene „Institut géographique“ leitete. Als Geograph erstreute sich Elisee Reclus eines Weltrufs. Er hat mehrere bedeutende Werke hinterlassen, unter denen seine 19bändige „Nouvelle géographie universelle“ das bedeutendste ist. Sein anarchistisch-theoretisches Glaubensbekenntnis hat er in seinem Werk „L'évolution, la révolution et l'idéal anarchique“ niedergelegt.

Deutsches Reich.

Afrika-Ausflug. Wie die „Köln. Ztg.“ mitteilt, ist ein Auszug von Reichstags-Abgeordneten nach Kamerun und Togo von dem Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, dem Vorsitzenden der Deutschen Kolonialgesellschaft, in die Wege geleitet worden. Er hat Einladungen an je zwei Abgeordnete der großen Fraktionen des Reichstages außer den Sozialdemokraten ergoßen lassen. Die „Kölnische Zeitung“ selbst sagt mit guter Ironie: „Die Auswahl dieser Reisenden läßt auch vermuten, daß sie später nicht, wie so manche Globe-Trotter, wegen ihrer oberflächlichen Bekanntschaft mit einigen der deutschen Kolonien sich als deren „beste Kenner“ betrachten werden.“ Die Interessenten der Kolonialgesellschaft hoffen natürlich, daß die gastfreundlich bewirteten Herren Abgeordneten in ihrem kolonialen Bewußtseinsgeifer gestärkt zurückkehren werden. Es kann daher nicht scharf genug verurteilt werden, daß Reichstags-Abgeordnete solche Einladungen annehmen. Es mag wünschenswert sein, daß Mitglieder des Parlaments persönlich die Kolonien in Augenschein nehmen. Dann soll aber das Reich die Möglichkeit solcher Fahrten schaffen und zwar für Vertreter aller Parteien.

Sozialdemokratie und Kulturaufgaben.

Aus der Debatte über die Verfassungsrevision im württembergischen Landtage am 30. Juni:
Abg. Gröber: ... Wie wird es bei einer Kammer mit sozialdemokratischer Mehrheit bei den Verwilligungen im Etat aussehen? Neben dem Ministerpräsidenten sitzt ein sehr schweigsamer Herr. Das ist der Finanzminister. Er hat dann am meisten darunter zu leiden. Dazu kommt noch der Kultusminister...
Kultusminister Dr. v. Weizsäcker: Das Kultusministerium fürchtet nichts durch die Vorlage. Wenn es sich um Heer- und Flottenausgaben handelt würde wie im Reichstag, dann befände eher Gefahr, aber es handelt sich bei den Einzelstaaten mehr um Kulturaufgaben, und da ist mir's nicht bange. Kulturaufgaben werden in diesem Hause immer eine Mehrheit finden. Besonders die Forderungen, die die Regierung für Volksschulzwecke stellen wird, würde sie künftig sicherer genehmigt bekommen als seither.

Danach scheint die Erkenntnis, daß Heer- und Flottenausgaben keine Kulturaufgaben sind, schon in recht hohe Kreise vorgebracht zu sein! —

Hitschläge beim Parademarsch.

Die „Münchener Post“ meldet, wie uns telegraphisch mitgeteilt wird, daß im 2. Infanterie-Regiment beim Parademarsch zahlreiche Soldaten vom Hitschlag befallen wurden. Der Parademarsch wurde beim Regimentszerzerieren nicht stramm genug exekutiert. Als er wiederholt wurde, erlitten sechzehn Mann einen Hitschlag, bei einem derselben, einem Reservisten, trat sofort der Tod ein.

Die strengste Untersuchung und schärfste Abmüdung dieser Ueberanstrengung der bedauerndwertigen Mannschaften muß angeführt werden. Ist es schon ziemlich unverständlich, wie ein Vorgesetzter bei der mörderischen Hitze dieser Tage überhaupt Parademarsch üben lassen kann, so ist es vollends unbegreiflich, wie man trotz der sich behandelnden Erschlaffung der Mannschaften den Parademarsch wiederholen lassen konnte! Ausgerechnet den Parademarsch, dieses total überflüssige Exerzium eines längst veralteten Samaschendrills. Haben doch die Siege der Japaner bewiesen, daß man militärische Tüchtigkeit im höchsten Maße besitzen kann, nicht nur ohne ein gutes „Christ“ zu sein, sondern auch ohne in die Geheimnisse jenes verknüpfelten Weinwurfs eingedrungen zu sein, den man Parademarsch nennt. Und nicht genug damit, daß man mit der Pflege eines nicht nur von ärztlicher, sondern auch militärischer Seite stark angefochtenen Paradebrills zwecklos die Zeit vergeudet — man gefährdet auch Gesundheit und Leben der Bürger im Soldatenrock durch den Parademarsch bei 30 Grad Hitze! —

Weitere Todesmärsche.

Die „Eibinger Zeitung“ bringt folgende Nachricht aus Buxtehude: In Gruppe, Kreis Schwyz, löst vom 29. Juni bis 12. Juli ein kriegsstarres Reserve-Regiment, bestehend aus Reserve und Landwehr. Bei der Feldübung am Sonnabend fielen infolge der Hitze auf dem Marsche etwa 25 Mann. Davon war ein Mann sofort tot, zwei sind irrsinnig geworden und einige liegen schwer krank darnieder.

Die „Danziger Zeitung“ berichtet von zwei Todesfällen. Sie schreibt, daß der Landwehrmann Johann Knoll, 29 Jahre alt, und der Gemeine der Landwehr Franz Josef, 30 Jahre alt, plötzlich nach Rückkehr von der Übung erkrankten und einige Stunden nach dem Eintritt in ein Herz- und Gehirnschlag im Lazarett starben.

Die Verpfehlung des Lotteriewesens. Die Zweite Hessische Kammer nahm den Staatsvertrag mit Preußen und den thüringisch-anhaltischen Staaten, nach welchem die hessisch-thüringische Staatslotterie von Preußen übernommen wird, einstimmig an. Ebenso nahm die Zweite Kammer das Gesetz betreffend das Spiel in außerhessischen Lotterien der Regierungsvorlage entsprechend ohne Debatte an. Beide Gesetze treten gleichzeitig in Kraft.

Russische Ehrung für deutsche Polizisten. Ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Beziehungen zwischen der russischen und ober-schlesischen Polizei wirft folgender Vorfall: Am Montag feierte der bekannte Polizeirat Grenzkommissar Wädler seinen 50. Geburtstag; bei dieser Gelegenheit überbrachte ein Vertreter der russischen Gendarmen, Baron v. Kleiser aus Sosnowitz, die Glückwünsche der russischen Polizisten! — Kein Wunder, daß in Oberschlesien so vieles russisch ist.

Der Typhus in Südwestafrika.

Berlin, 5. Juli. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: An Typhus sind gestorben: Unteroffizier Fritz Schöps, geboren am 30. Juli 80 zu Egnitz, am 29. 6. 05 im Lazarett Bethanien, Gefreiter Johannes Lohr, geboren am 23. 5. 80 zu Lembach, am 22. 6. 05 auf Transport nach Jofur, Gefreiter Adolf Schmiedle, geboren am 12. 11. 78 zu Georgthal, infolge der im Gefecht bei Karus erhaltenen schweren Verwundung am 29. 6. 05 in Doringab gestorben.

Husland.

Die Niederländische Sozialdemokratie im jüngsten Wahlkampf.

Unser holländischer Korrespondent schreibt uns: Die deutsche Zentrums- und sozialdemokratische Koalition, welche über die gesamten Niederlande den Wahlsieg erfochten habe. Von einer solchen Koalition ist keine Rede gewesen. Im ersten Wahlgang hat die sozialdemokratische Arbeiterpartei in allen Kreisen, wo sie Anhang hat, eigene Kandidaten aufgestellt. Bei den Stichwahlen hat dann die Partei ihre Kongressresolution angewendet, in der beschlossen war, nur Anhänger des allgemeinen Wahlrechts offiziell zu unterstützen. In allen Kreisen, wo keine Anhänger des allgemeinen Wahlrechts in die Stichwahl kamen, also da wo die Liberalen gegenüber den Liberalen standen, hat die Partei keine Parole ausgegeben.

Daß dies in den bestehenden Verhältnissen dazu führen mußte, daß unsere Wähler wie ein Mann gegen die Regierung stimmten, lag auf der Hand, ist aber nicht Schuld der Partei, sondern der Regierung Dr. Kuypers.

Dr. Kuypers hat durch seine scharfe reaktionäre Haltung das anti-kerikale Bewußtsein in Holland ganz gewaltig aufgerüttelt. Unsere Wähler, die allerdings auch anti-kerikal sind, haben spontan, ohne jegliche Anregung, überall wo sie konnten, gegen den Regierungskandidaten gestimmt, ohne Koalition, ohne dazu von jemand aufgefordert zu sein. Sie haben Herrn Kuypers seine Zwangsgesetze von 1903 bezahlt. Allerdings gibt es augenblicklich in der holländischen sozialdemokratischen Partei einige Leute welche meinen, daß die Partei bei den Stichwahlen da ihren Wählern Enthaltung hätte empfehlen sollen, wo keine Anhänger des allgemeinen Wahlrechts vorhanden waren. Damit waren aber ^{20/100} der Parteigenossen nicht einverstanden gewesen, denn dadurch würde für Kuypers eine Mehrheit entstanden sein, und die Lust, Kuypers zu stürzen, war in Arbeiterkreisen ganz gewaltig groß. Kein Wunder!

Die Faselien über eine liberal-sozialistische Koalition bringen auch Gerüchte in Umlauf über das Verhältnis zwischen der sozialdemokratischen Fraktion und der neuen Mehrheit.

Die Liberalen haben 48, die Sozialdemokraten nur 45 Mitglieder in der Kammer. Die 7 Sozialdemokraten haben es also in ihrer Macht, die Schale nach links oder nach rechts niederzudrücken. So heißt es. So meint u. a. der Paager Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“:

Es wird also unausbleiblich sein, daß es zwischen den Liberalen und den Sozialdemokraten, die hochintelligente Männer wie Dr. Troelstra und den Hauptredakteur des „Het Volk“, Taf, in die Kammer geschickt haben, zu einer Verständigung kommt.

Zur selben Artikel aber sagt dieser Korrespondent: „Daß das zukünftige Ministerium, wenn auch ein liberales, so doch auch ein konservatives sein wird, haben wir schon früher ausgeführt.“

Die Zimmung, daß die Sozialdemokraten sich mit den Liberalen verständigen müssen, um ein konservatives Ministerium zu bilden, ist denn doch etwas naiv!

Die Wahrheit ist, daß von dieser Verständigung keine Rede ist und auch nicht sein wird. Bildeten die gesamten Liberalen eine wirklich fortschrittlich-demokratische Gruppe, so wäre Schreiber dieses dafür, um das allgemeine Wahlrecht zu bekommen. Unter diesen 45 Liberalen sind aber 11 verschiedene konservative, scharfe Gegner des allgemeinen Wahlrechts, und mit solchen Leuten koalitiert man sich doch nicht.

Das „unausbleiblich“ der Frankfurter wird dann auch ganz sicher... ausbleiben.

Wir erwarten ein gemäßigtes liberales Ministerium, das sich aus der geschlagenen Rechten soviel Hilfstruppen holt, daß es regieren kann. Schon verlaunet in der liberalen Presse, daß man den katholischen Justizminister Loeff, einen geschickten Mann, der in Justizsachen eher liberal als ultramontan ist, als Justizminister zu behalten wünscht. Die christlich-historische Fraktion, welche an der liberalen Regierungsmehrheit teilnahm, steht den Ultraliberalen eigentlich näher als Dr. Kuypers und wird sich leicht bereit finden lassen, einem gemäßigten liberalen Ministerium das Leben möglich zu machen.

In den nächstfolgenden Tagen wird die Lösung wohl noch nicht gefunden werden, aber sie wird jedenfalls gefunden werden ohne die Sozialdemokraten. So weit sind wir leider in Holland noch nicht, daß wir zu entscheiden haben, welche Regierung aus Ruher kommen wird.

Schweiz.

Schluss der Bundesversammlung.

Bern, 4. Juli. (Eig. Ber.) Der Nationalrat hat bei der Weiterberatung des Zivilrechtes die Errichtung von Familienheimstätten und Kinderheimen beschlossen. Ein bedenklisches Etüd Projektion wurde neu geschaffen unter dem Titel der „Hausgewalt“. Danach werden außer den Familienangehörigen, Pflegekindern, Diensthöfen, Lehrlingen auch „Gesellen und Bergesellen“ der Hausgewalt des Familienhauptes unterstellt. Das Familienhaupt kann von den Hausgenossen die üblichen häuslichen Dienste verlangen usw. An so etwas hat wohl bisher kein Unternehmer gedacht, namentlich nicht, sei durch die moderne Arbeiterbewegung eine ganz andere Auffassung des Arbeitsverhältnisses geschaffen wurde. Bisher hatte auch der Unternehmer kein geschlossenes Recht, von dem „Gesellen“ außer der Berufsarbeit noch andere häusliche Arbeiten zu verlangen. Unser Genosse Dr. Brastbein bekämpfte ganz entschieden dieses Etüd sozialer Reaktion, aber vergeblich; die bürgerlich-kapitalistische Majorität beschloß die Degradierung des „Gesellen“, und an der Arbeiterschaft wird es nun liegen, sich als Gesamtheit entschieden zur Wehr zu setzen. Auf jeden Fall muß diese reaktionäre Erneuerung zur Folge haben, daß auf der ganzen Linie der Kampf der organisierten Arbeiterschaft gegen den Miß- und Logizwang bei den Unternehmern aufgenommen und mit aller Entschiedenheit geführt wird unter der Parole: Fort mit dem Patriarchalismus!

In seiner vorletzten Sitzung beschäftigte sich der Nationalrat mit der Frage der Regelung des früheren Telegraphenbeamten Spani. Der Telegraphenbeamte Rudolf hatte über Mißstände in der eidgenössischen Telegraphenverwaltung eine Broschüre veröffentlicht und war deswegen gemahregelt worden. Der Präsident Spani und der Schriftführer Koller vom Züricher Telegraphistenverband erließen in dessen Vertretung eine Publikation in der Presse, worauf sie ebenfalls gemahregelt wurden. Koller wurde wieder in Dienst genommen, Spani aber blieb gemahregelt. Da es sich hierbei nun um eine Verletzung der Bundesverfassung handelte, referierte Spani gegen den Bundesrat an die Bundesversammlung. Der Nationalrat konnte die Verfassungsverletzung nicht bestreiten, aber er erklärte sich inkompetent — es könnte auch impotent heißen — dem Refers Folge zu geben und verlangte die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes. Als vor Jahren einen solchen unser Genosse Wullschlegler verlangte, wurde das Bedürfnis von derselben bürgerlichen Mehrheit nicht anerkannt. Für den Gemahregelten Spani trat unser Genosse Dr. Schärer sehr entschieden ein, aber mit 66 gegen 29 Stimmen erklärte die Mehrheit ihre Impotenz, und ein brutaler, verfassungswidriger Gewaltakt des Bundesrates bleibt aufrecht. Da könnte man schon von einem Staatsstreich, von der Herrschaft der Anarchie reden, von dem „wilden Lande“, als welches 1888 Herbert Wismarck die Schweiz bezeichnete. Die radikalen Handlanger des Bundesrates rechtferigen nach 17 Jahren noch dieses Urteil, das damals als ein perfider Schimpf empfunden wurde. Durch die Rechtsverweigerung wird dem Rechtsstaat der Boden seiner Existenz geraubt.

Norwegen.

Erhält König Osar keinen Lohn mehr von den Norwegern? „Aftenposten“ in Kristiania hat dieser Tage ein Schreiben der norwegischen Hofverwaltung veröffentlicht, wonach auf Grund einer Mitteilung des norwegischen Finanzministeriums die Spanage des Königs vom 30. Juni ab eingezogen worden ist und damit vom selben Tage an auch die Auszahlung von Gehältern, Pensionen und anderen Leistungen aus der Billliste aufgehört hat. — „Norff Telegramburau“ ist jedoch ermächtigt, demgegenüber zu erklären, daß die Regierung Norwegens noch keine endgültige Regelung dieser Fragen getroffen hat.

Durch die erwähnte Maßregel, die ja als eine selbstverständliche Folge der Absetzung des Königs anzusehen wäre, würde Norwegen ungefähr 1 1/2 Millionen Kronen jährlich sparen.

Diejenigen norwegischen Diplomaten, die nicht selbst schon beim Ausbruch des Konfliktes ihre Ämter niederlegten, haben nun vom König ihren Abschied erhalten. Es sind dies: der Legationsrat Anker in Berlin, Legationssekretär Hauge in Washington und zwei Sekretäre im Ministerium des Äußeren in Stockholm.

Der Krieg in Ostasien.

Ein Telegramm des Generals Linewitsch meldet unterm 3. Juli: Bei den Heeren ist keine Veränderung eingetreten. Die russischen Truppen in Korea ergreifen die Offensive und besetzen Kopumsang sowie mehrere südlich davon gelegene Plätze.

Gebung der russischen Kriegsschiffe.

London, 5. Juli. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio, daß der letzte in Akure gebaute Torpedobootzerstörer „Oshio“ in die japanische Marine eingereiht ist. — Admiral Nebogatow und 81 Russen sind nach Akoto gebracht worden. — Die Schiffe „Wajan“ und „Peresviet“ werden in Port Arthur oder schließlich ausgebeuert und dann nach Japan übergeführt, wo sie vollständig in Ordnung gebracht werden sollen. Es heißt, daß sie dann mit den anderen genommenen Schiffen ein besonderes Geschwader unter einem der Admirale bilden sollen, die sich in der Schlacht im Japanischen Meer ausgezeichnet haben. Es ist ebenfalls eine Kreuztour im Indischen Ozean ins Auge gefaßt.

Die japanischen Friedensunterhändler.

London, 5. Juli. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio vom 4. Juli: Der Beamtenstab des japanischen Friedensbevollmächtigten Ministers Komura wird wahrscheinlich bestehen aus dem Direktor des Bureaus für politische Angelegenheiten Hamaza, dem Legationssekretär Wadai, dem Direktor des Nachrichtenbureaus Sato, dem Privatsekretär des Ministers des Äußerlichen Honda, dem diplomatischen Attaché Honishi, dem ausländischen Beirat Denison, dem Obersten Tagibara vom Kriegsministerium und dem Marine-Attaché in Washington Kapitän Taketsita. Die japanische Presse gibt ihrer Befriedigung über diese Auswahl warmen Ausdruck. „Kokumin Shinbun“ und „Nishi Shinbun“ erklären, die Bevollmächtigten seien die fähigsten Diplomaten, die Japan hätte wählen können, und geben der Meinung Ausdruck, daß Umstände eingetreten seien, die die Aussichten auf einen baldigen Friedensschluß wesentlich verbessern.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Arbeiter, Parteigenossen!

Die am Montag stattgefundene Generalversammlung der Junngung ist der Meinung, daß jetzt kein Grund mehr vorliegt, die Forderungen der Gehilfen zu bewilligen, weil, wie die Arbeiter behaupten, die organisierten Arbeiter nicht mehr darauf achten.

Partei- und Gewerkschaftsgegnern! Zeigt den Junngungsmitgliedern sowie den Arbeitgebern überhaupt, daß das nicht der Fall ist. Achtet streng auf die von uns herausgegebenen Erkennungszeichen. Achtet auf die Nachahmungen. Fragt den Euch bedienenden Gehilfen nach der roten mit weißem Kreuz versehenen Kontrollkarte. Dieselbe muß laufend gestempelt sein. Andernfalls meldet die Gewerkschaft. Unterstützt uns in dem schweren Kampfe besonders der Junngung gegenüber.

Die Lohnbewegung ist noch nicht beendet. Gegenteilige Behauptungen werden nur zu dem Zweck gemacht, das Interesse abzulenken und um so sicherer im Trüben fischen zu können. Verdoppelt Euren Eifer, klärt Eure Arbeitsgenossen auf. Seid nur dort bedienend zu lassen, wo die Forderungen bewilligt sind, muß die Parole sein. Frisch ans Werk. Hoch die Solidarität.

Die Lohnkommission. J. A.: Paul Hiere.

Um dem Lohnstarif der Kleber, der in diesem Frühjahr zwischen dem Verband der Tapezierer und der Junngung vereinbart worden ist, allgemeine Anerkennung zu verschaffen, wird ein noch immer andauernder Kleinkrieg gegen solche Arbeitgeber geführt, die sich weigern, die Tarifpreise zu zahlen. Am Dienstag fand bei Wendt in der Veitstraße eine Versammlung der Kleber statt, in der der Sektionsvorsitzende des Verbandes Bruno über die gegenwärtige Situation berichtete. Nachdem beschlossen worden war, daß vom 20. Juni ab jedem Kleber, der zu tariflichen Bedingungen arbeitet, eine Kontrollkarte übergeben werden soll, hatten sich bis Dienstag 289 — 210 organisierte und 59 unorganisierte — Kleber bei der Organisation gemeldet. Von diesen arbeiteten 178 zu tarifmäßigen Bedingungen, 87 noch nicht und in vier Fällen wurden die Karten betweigert. Differenzen kamen bei 14 Firmen vor und sie wurden sämtlich zugunsten der Arbeitnehmer erledigt. Bei dem allgemeinen guten Geschäftsgang ist es sonderbar, daß noch immer ein Teil der Kleber trübsalig genug ist, unter den Tarifpreisen zu arbeiten. Wie der Redner bemerkte, liegt dies nicht an der Gewerkschaftsorganisation, die fortwährend alles ausbietet, um überall die Tarifpreise genau durchzuführen. Sotwohl vom Referenten wie von den Diskussionsrednern wurden die Anwesenden ermahnt, sich unter keinen Umständen irgendwelche Abweichung von den Tarifbedingungen bieten zu lassen. Von allen Rednern wurde es verurteilt, daß die „Freie Vereinigung“, die lokale Kleberorganisation, ihren Mitgliedern Karten ausbündigt mit der Aufschrift, daß sie nicht an den Tarif gebunden seien, und daß diese Organisation, obgleich sie an den höheren, ursprünglich geforderten Preisen festhalten will, eine vom Verband verhängte Sperre mit der Begründung aufhob, daß die Tarifpreise anerkannt seien.

Veranlaßt durch dieses Vorgehen und mit Rücksicht darauf, daß der Tarif zwischen dem Verband und der Junngung abgeschlossen ist, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erkennt bei auf Grund des Tarifvertrages ausstehenden Differenzen nur die vom Verband resp. der Sektionskommission verhängten resp. aufgehobenen Sperren als maßgebend an.“

Eine zweite Resolution, welche besagt, daß durch Einschaltung in die Lohnbücher und Lohnzettel eine Kontrolle über die Durchführung des Tarifs ausgeübt werden soll, wurde der Sektionskommission zur Verlesung übergeben.

Sattler. Mit der Durchführung des am 20. Juni vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts abgeschlossenen Tarifvertrages in der Sattlerbranche beschäftigte sich am Dienstag in Graumanns Festsaal, Raupstr. 27, eine außerordentliche Versammlung der in dieser Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Weyher führte aus, daß der Widerstand einzelner Fabrikanten gegen den Tarif nur zurückzuführen sei auf die mangelnde energische Stellungnahme der Kollegen. Die Firmen Andree und Fehrmann haben den Vertrag vor dem Einigungsamt mit unterschrieben, sind aber am anderen Tage aus der Fabrikantenvereinigung ausgetreten. 18 Firmen gehören der Vereinigung an, 14 stehen außerhalb dieser. Man müsse mit dem Widerstand der 14 rechnen. Bei dem Aufruf der Firmen wurde festgestellt, daß bisher eine endgültige Antwort noch ausbleibt von Fehrmann, Feist, Lanza, Markiewicz, Guschle u. Rohde, Friedrich, Gewers und Lande. Um eine Durchführung mittels Ausstandes dürfte es sich nur bei Fehrmann, Feist und Friedrich handeln. Sotwohl die Zeitung als auch die Diskussionsredner stimmten überein, daß man mit der Abschließung des Vertrages auch für eine vollständige Anerkennung sorgen müsse. Vorläufig soll der Weg der Verhandlungen beschritten, gegebenenfalls aber sofort in den Ausstand getreten werden.

Deutsches Reich.

Maureraussperrung in Neumünster. In Neumünster in Holstein sind von der Junngung „Bauhütte“ sämtliche organisierten Maurer ausgesperrt worden. Auf einem Bau hatten die Verbandsmänner ihre Entlassung genommen, weil sie mit Unorganisierten nicht zusammen arbeiten wollten. Die Junngung forderte darauf den Verband auf, auf seine Mitglieder einen Druck auszuüben, daß sie an jenem Bau wieder in Arbeit träten. Das lehnte die Ortsverwaltung der Maurer ab, worauf die Aussperrung sämtlicher Verbandsmitglieder erfolgte. Durch diese Maßregel erachtet nun der Verband den bestehenden Tarif, der noch bis zum 1. Januar 1906 gelten sollte, für durchbrochen und hat eine Lohnkommission eingesetzt, die einen neuen, für die Arbeiter günstigeren Tarif auszuarbeiten soll.

Die Metallarbeiter-Aussperrung in Bayern beendet.

München, 5. Juli. (Fig. Ver.) Bei der gestern im Sitzungssaal des Staatsministeriums des kgl. Hauses und des Ausschusses gepflogenen gemeinsamen Schlußverhandlung zwischen den Vertretern des Bayerischen Metallindustriellen-Verbandes und den beteiligten Arbeiterorganisationen wurde zwecks Beilegung des Streiks und der Aussperrung vorbehaltlich der Zustimmung der Aussperrten folgendes vereinbart, wobei erläuternd voranzuschicken ist, daß der etwas eingerückte Text die Beschlüsse des Vorstandes des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller, der übrige Text die Erläuterungen hierzu bzw. entsprechende Auszüge aus den Protokollen der gemeinsamen Verhandlungen vom 14., 15. und 20. Juni und vom 3. Juli enthält:

1. Wenn die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen ist, werden die bisher ausgesperrten Revers zurückgegeben.
 2. Der Vorstand beschließt, seinen Mitgliedern der Maschinenindustrie, der Eisengießereien und Konstruktionswerkstätten zu empfehlen, die reine Arbeitszeit auf wöchentlich 58 Stunden herabzusetzen, sofern sie noch längere Arbeitszeit haben; entsprechender Lohnausgleich wird als selbstverständlich betrachtet.
 3. Die vom Ausstand betroffenen Firmen wiederholen ihre bereits früher gemachten Zugeständnisse und werden in eine wohlwollende weitere Prüfung der Löhne eintreten, insbesondere soweit niedrige Löhne in Betracht kommen.
- Zu Punkt 3 wird die Erklärung der Firma J. A. Raffel, München, vom 30. Juni l. J. ergänzend beigelegt:
Die Lohnerhöhung bei der Firma J. A. Raffel soll bezant

durchgeführt werden, daß alle Arbeiter unter 88 Pf. mit Ausnahme der nachstehend bezeichneten eine Stundenloohnerhöhung von 1 bis 3 Pf. erhalten, und zwar sollen niedrige Löhne im allgemeinen mit höherer Zulage bedacht werden.

Ausgenommen hiervon sollen im allgemeinen alle Arbeitsbeschränkten, sowie alle diejenigen Arbeiter sein, die seit 1. Oktober 1904 eine Aufbesserung erhalten haben.

Für alle Arbeiter von 88 Pf. an behält sich die Direktion eine Revision der Löhne vor.

In der Maschinenbau-Aktiengesellschaft Nürnberg gilt folgendes: In den Löhnen bis 88 Pf. werden im allgemeinen 2 Pf. in einzelnen Fällen 3 Pf., gegenüber dem Stande vor Beginn der Bewegung zugelegt; in gleicher Weise werden in den Löhnen über 88 Pf. 2 Pf. zugelegt, außerdem behält sich die Firma eine Prüfung der Löhne über diese Zugeständnisse hinaus in voller Freiheit vor.

4. Die Bildung einer ständigen Kommission aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird abgelehnt; die Arbeitgeber sind jederzeit bereit, Wünsche der Arbeitnehmer durch Arbeiterausschüsse oder direkt entgegenzunehmen; für den Bedarfsfall wird die Bildung von Kommissionen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Aussicht genommen.

5. Der Vorstand beschließt, den Mitgliedern zu empfehlen, bei Abschluß von Afforden sofort Affordbettel auszugeben, auf denen Stückzahl und Preise bezeichnet sind.

Als allgemeines Prinzip wird erachtet, daß bei ausprobierten Afforden und in allgemein gleicher Konjunktur Verringerung der Affordpreise nur infolge Verbesserung der Arbeitsmethoden, Aenderung der Typen und bei Massenproduktion eintreten soll.

6. Die Wiedereinstellung der Arbeiter kann nur nach Maßgabe der Wiederaufnahme des Betriebes in den einzelnen, vom Ausstand betroffenen Werken erfolgen.

Bezüglich der Wiedereinstellung wird zugesagt, daß Maßregelungen nicht erfolgen. Bei Wiedereinstellung werden in erster Linie die Verheirateten und die älteren Arbeiter berücksichtigt.

Günstigere Arbeitsbedingungen, die bei einzelnen Firmen bestehen, sollen nicht geändert werden.

Heute (Mittwoch) werden die Streikenden und Ausgesperrten in einem Generalappell zu diesen Einigungsvorschlägen Stellung nehmen. Werden sie akzeptiert, woran nicht zu zweifeln ist, dann dürfte die Arbeit am Donnerstag aufgenommen werden. Haben die Arbeiter auch nicht einen vollen Sieg errungen, so haben sie auch keine Ursache, sich ihres Erfolges zu schämen. Durch diese Vereinbarungen wurde die Arbeitszeit in Nürnberg und Augsburg um wöchentlich zwei bis drei Stunden verkürzt. In Nürnberg und Augsburg werden die Löhne bis 88 Pf. im allgemeinen um 2 Pf., in einzelnen Fällen um 3 Pf. erhöht. Da nach den Vereinbarungen günstigere Arbeitsbedingungen nicht geändert werden sollen, wird es in München bei der bisherigen 57 stündigen Arbeitszeit ein Verwenden haben; nicht unterschätzt darf werden, daß mit der Einführung von Affordzetteln, auf denen Preise und Stückzahl verzeichnet werden müssen, die bisherigen zum Teil anarchischen Zustände in der Affordlohnzahlung beseitigt sind. Auch bei der Firma Raffel in München werden die Stundenlöhne unter 88 Pf. um 1 bis 3 Pf. erhöht.

Der größte Erfolg dieses gewaltigen Kampfes liegt aber darin, daß die bayerischen Maschinenproben gezwungen waren, ihren Schandreviers zurückzugeben. Dieser Erfolg allein schon wiegt alle übrigen Zugeständnisse auf. Mutig und mit Tapferkeit haben die bayerischen Metallarbeiter den frechen Angriff der bayerischen Maschinenmagnaten auf ihr gesetzlich gewährte Koalitionsrecht und auf ihre Ehre abgelehnt! Wie sie vor vier Wochen auf die Straße geworfen wurden, so kämpfen sie bis zur letzten Minute Schulter an Schulter gegen ein übermütiges Ausbeutertum für ihre Ehre und Existenz. Wenn auch der eine oder andere, der in seiner Organisation bisher stets auf seinem Posten war, nach Beendigung dieses schweren und hartnäckigen Kampfes auf der Straße bleiben wird, er wird trotzdem die Hungerpeitsche eines profitgierigen Scharfmachers nicht verspüren.

Eine Privatdepesche meldet uns:

München, 5. Juli. Die ausgesperrten Metallarbeiter Münchens nahmen bei ihrem Generalappell die Einigungsvorschläge mit 1245 gegen 550 Stimmen an. Sehr viele enthielten sich der Stimme.

Damit ist der Riesenkampf in der bayerischen Metallindustrie beendet.

Ausland.

Budapest, 5. Juli. In den der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft gehörigen Kohlenbergwerken von Zinsürchen sind 4000 Arbeiter in den Ausstand getreten.

Ein neues Gewerkschaftsblatt.

Rom, den 2. Juli. (Fig. Ver.) In diesem Monat wird in Rom ein neues Wochenblatt erscheinen, das den Titel „il Sindacato operaio“ trägt. Die Redaktion liegt in den Händen der bekanntesten Gewerkschaftsführer, so des Genossen Guarino von der Arbeitskammer von Neapel, des Genossen Sabatini von der hiesigen Arbeitskammer, des Eisenbahners Branconi u. a.

Das Organ soll der Klärung einer Tendenz innerhalb der italienischen Partei dienen, die sich unter Anlehnung an die Theorien Sorels gebildet hat. Es handelt sich darum, der Ueberwindung der parlamentarischen Aktion entgegenzutreten, und das Eindringen sozialistischen Geistes in die Gewerkschaften zu fördern; es liegt also keineswegs eine neue theoretische Orientierung vor, sondern nur ein Herausheben der marxistischen Grundzüge der Sozialdemokratie, das bisher die geringe Entwidlung der Gewerkschaften in Italien nicht begünstigt hatte. Diese Tendenz hat nichts Neues als den Namen — sie nennt sich „syndikalistisch“; es dürfte schwer gelingen, ihr irgend eine theoretische Voraussetzung oder praktische Folgerung nachzuweisen, die nicht dem marxistischen Sozialismus innewohnt.

Doch trotzdem eine erschöpfende Diskussion und eine praktische Exemplifizierung des „syndikalistischen“ Standpunktes nötig ist, muß anerkannt werden. Einmal ist es nötig, dem ultrierten Parlamentarismus des rechten Flügels entgegenzutreten, der glaubt, die soziale Revolution sei mit dem Wahlzettel zu machen, und der die Neutralität der Gewerkschaften so sehr zum Glaubenssatz erhebt, daß er ihnen am liebsten jeden sozialistischen Geist austriebe; dann ist es dringend geboten, klar die Grenzen zwischen „syndikalismus“ und dem anarchistischen Nurgewerkschaftertum zu ziehen. Heute gibt es Nurgewerkschaftler, die sich Syndikalisten nennen, obwohl sie nicht einmal die Einheit der Klasseninteressen des Proletariats anerkennen.

Hoffentlich gelingt es dem neuen Blatte, Klärung zu schaffen und unter dem neuen Namen die alten Grundzüge des proletarischen Sozialismus hoch zu halten und zu verbreiten.

Verfassungen.

Sechster Wahlkreis. Der Wahlverein hielt am Dienstag in den Germania-Sälen eine Generalversammlung ab. Genosse Bedeboer sprach über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage. Unter lebhaftem Beifall der Zuhörer fernschrie er an der Hand der neueren Ereignisse die gegenwärtige politische Situation.

Hierauf erstattete der Vorsitzende Reithaler den Geschäftsbericht. Seit der letzten Generalversammlung haben verschiedene

Angelegenheiten den Vorstand und die Kreisversammlung beschäftigt. Zunächst handelte es sich um die Frage der einheitlichen Regelung von öffentlichen Sammlungen für große Kreise, welche über den Rahmen eines rein wirtschaftlichen Kampfes hinausgehen. Die Kreisversammlung hatte hierzu eine Resolution angenommen, wonach die Vertrauensleute ersucht werden sollen, in solchen Fällen mit der Gewerkschaftskommission über die Ausgabe von Listen zu unterhandeln, und, wenn eine Einigung nicht statfinden sollte, eigene Listen seitens der Partei herauszugeben, auf welche die Parteigenossen zu zeichnen haben. — Weiter hat die Leitung des Vereins beschlossen, diejenigen Mitglieder, welche an der Schillerfeier der Kriemhildin teilgenommen haben, auszuschließen. Der Beschluß ist bereits ausgeführt, soweit die Teilnehmer dem Vorstande bekannt geworden sind. — Die Genossen des 544. Bezirks haben einen Antrag eingebracht, wonach sich der Wahlverein für die Aufhebung des Philharmoniebojotts aussprechen soll. Dieser Antrag liegt der Generalversammlung vor. — Des weiteren hat sich die Vereinsleitung sehr eingehend mit der Frage der Berliner Parteiorganisation beschäftigt. Zwei Ansichten wurden in dieser Hinsicht vertreten. Die eine wünscht einen einzigen Verein für ganz Berlin, die andere will für jeden Wahlkreis einen selbständigen Verein und Zusammenschluß aller Vereine durch eine gemeinsame Zentraleitung. Die einzelnen Vereine sollen aber alle die gleiche Form haben. Der Vorstand hat die Entscheidung der Kreisversammlung überlassen, diese hat sich für die Schaffung eines Vereines über ganz Berlin ausgesprochen. Die Organisationskommission ist für Kreisvereine in gleicher Form und hat sich auch im Prinzip für die einheitliche Organisation mit einer Zentraleitung erklärt. Die Angelegenheit wird jetzt in einer engeren Kommission beraten. Es ist zu erwarten, daß bald eine einheitliche Organisation für alle Berliner Wahlkreise geschaffen wird.

Vorstand und Kreisversammlung haben folgendem Antrage der Schiedskommission zugestimmt:

In Anbetracht dessen, daß in der letzten Zeit seitens der Parteigenossen Anträge gestellt wurden, die jeder tatsächlichen Begründung entbehren, sowie auch gegen Personen gerichtet waren, welche der Organisation gar nicht angehören, beantragt die Schiedskommission: Alle Anträge, über welche ein Beschluß der Schiedskommission herbeigeführt werden soll, haben den genauen Namen, die Wohnung, sowie die Nummer des Mitgliedsbuches (sotwohl des Klägers wie des Beklagten) zu enthalten. Den Anträgen muß möglichst eine kurze Begründung beigelegt werden. Die Kommission ist berechtigt, Anträge, die dem nicht entsprechen, zurückzuweisen.

Genen einen Beschluß der Kommission, wonach Inserate von Rechtskonsulenten im „Vorwärts“ nicht mehr aufgenommen werden sollen, hat sich Genosse Meng bedauert, er ist abgemiesen worden und wendet sich nun an die Generalversammlung. — Einen Antrag, für die Parteigenossen, welche selbständige Gewerkschaften sind, eine Vormittagsversammlung am 1. Mai zu veranstalten, hat der Vorstand abgelehnt, ebenso einen Antrag, welcher verlangt, daß bei Parteitage, keine Vergünstigungen stattfinden. Beschlossen wurde, diejenigen Mitglieder auszuschließen, welche, dem Ersuchen ihrer Unternehmer folgend, am Festessen bei der Domeinweihung (sotwie an der Spalierbildung bei der Kronprinzenhochzeit) teilgenommen haben.

Seit der letzten Generalversammlung hielt der Vorstand 23 Sitzungen ab, es fanden statt 8 Kreisversammlungen, 7 Mitglieder- versammlungen und 2 außerordentliche Generalversammlungen.

Der Kassierer Bahrow erstattete den Massenbericht für die Zeit vom 1. November 1904 bis 31. Mai 1905. Eingenommen wurden 59 908,53 M., ausgegeben 59 263,47 M., darunter 42 600 M. an die Parteikasse und 787 M. für Landagitation. Der Verein hat 13 854 Mitglieder. Die Zahl ist seit November v. J. um etwa 600 zurückgegangen. Gestorben sind 44, ausgeschlossen 19, und wegen referierender Beiträge wurden 2385 gestrichen. — Der zweite Kassierer berichtete, daß er aus Sammlungen und Prospektvertrieb 25 629,60 M. eingenommen, 213,17 M. ausgegeben, das übrige dem ersten Kassierer abgeliefert habe. Die Sammlungen für den Vergarbeitsstreik haben im Kreise 31 272 M. ergeben.

Nach der Entlassung der Kassierer begann die Diskussion über den Vorstandsbereich. — Den Antrag, die Streiksammlungen betreffend, erklärte die Versammlung einem Antrage des Genossen Ernst zufolge für erledigt durch den Beschluß des Gewerkschafts-Kongresses, der die allgemeinen Sammlungen des Streiks regelt. — Meng belämpfte den Beschluß der Kommission, wonach die Inserate der Rechtskonsulenten zurückgewiesen werden. Weber begründete denselben. Im übrigen wurde in der Diskussion hauptsächlich über den Ausschluß wegen Verstoßes gegen den Philharmoniebojott gesprochen. Mehrere Redner protestierten gegen den Ausschluß; sie meinten, es sei jetzt, daß der Philharmoniebojott, der gar keinen Erfolg habe, endlich aufgehoben werde. Andere Redner bezeichneten den Ausschluß als berechtigt, denn solange ein Boykott besteht, müsse er von den Parteigenossen beachtet werden. Es wurde festgesetzt, daß bis jetzt erst zwei Mitglieder wegen dieser Angelegenheit ausgeschlossen wurden, andere seien dem Vorstand noch nicht gemeldet. Die beiden Ausgeschlossenen selbst haben sich über ihren Ausschluß nicht bedauert.

Die Debatte über den Philharmoniebojott wurde für diese Versammlung dadurch geschlossen, daß der die Aufhebung des Boykotts befürwortende Antrag zurückgezogen wurde. Derselbe soll an den Zahlhabenden besprochen werden.

Der Metallarbeiter-Verband nahm in einer Reihe von Branchenversammlungen den Bericht vom Verbandstag in Leipzig entgegen. In der Versammlung der Drüder gab W. Fiedler in eingehenden Darlegungen ein umfassendes Bild von den Verhandlungen und Beschlüssen der Verbands-Generalversammlung. In der verhältnismäßig kurzen Diskussion wurde namentlich die Frage der Waiseier erörtert, anschließend an eine Kritik Ramsbrucks an dem Mißtrauensvotum für die Delegierten zum allgemeinen Gewerkschaftskongress. Der genannte Redner trat aus den bekannten Gründen für Befestigung der Waiseier durch Arbeitsruhe ein, während Präfert die Feier durch Arbeitsruhe schon deshalb warm befürwortete, weil sie eine hervorragende Gelegenheit sei, Ideale zu pflegen. Die Diskussion wurde bald geschlossen, da noch die Frage zur Entscheidung stand, wie sich die Organisation zu den Drüder stellen, die, der Rot gehörend, den Revers unterschrieben haben, keiner Organisation anzugehören. Es wurde dieselbe Resolution vorgeschlagen, die in der Angelegenheit von den Bürlern angenommen worden und 27. Juni im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist. Die Resolution verurteilt zwar das Tun der Betroffenen als die Organisation schwer schädigend, will aber die Mäßigkeit einer Verständigung mit diesen Kollegen bieten. Nachdem einige Redner dazu gesprochen hatten, wurde wegen der vorgezogenen Zeit die endgültige Erledigung der Angelegenheit mit der Maßgabe vertagt, daß unbedingt zu diesem Zwecke in der nächsten Woche eine Versammlung abzuhalten sei.

Der Metallarbeiter-Verband nahm in einer Reihe von Branchenversammlungen den Bericht vom Verbandstag in Leipzig entgegen. In der Versammlung der Drüder gab W. Fiedler in eingehenden Darlegungen ein umfassendes Bild von den Verhandlungen und Beschlüssen der Verbands-Generalversammlung. In der verhältnismäßig kurzen Diskussion wurde namentlich die Frage der Waiseier erörtert, anschließend an eine Kritik Ramsbrucks an dem Mißtrauensvotum für die Delegierten zum allgemeinen Gewerkschaftskongress. Der genannte Redner trat aus den bekannten Gründen für Befestigung der Waiseier durch Arbeitsruhe ein, während Präfert die Feier durch Arbeitsruhe schon deshalb warm befürwortete, weil sie eine hervorragende Gelegenheit sei, Ideale zu pflegen. Die Diskussion wurde bald geschlossen, da noch die Frage zur Entscheidung stand, wie sich die Organisation zu den Drüder stellen, die, der Rot gehörend, den Revers unterschrieben haben, keiner Organisation anzugehören. Es wurde dieselbe Resolution vorgeschlagen, die in der Angelegenheit von den Bürlern angenommen worden und 27. Juni im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist. Die Resolution verurteilt zwar das Tun der Betroffenen als die Organisation schwer schädigend, will aber die Mäßigkeit einer Verständigung mit diesen Kollegen bieten. Nachdem einige Redner dazu gesprochen hatten, wurde wegen der vorgezogenen Zeit die endgültige Erledigung der Angelegenheit mit der Maßgabe vertagt, daß unbedingt zu diesem Zwecke in der nächsten Woche eine Versammlung abzuhalten sei.

Der Metallarbeiter-Verband nahm in einer Reihe von Branchenversammlungen den Bericht vom Verbandstag in Leipzig entgegen. In der Versammlung der Drüder gab W. Fiedler in eingehenden Darlegungen ein umfassendes Bild von den Verhandlungen und Beschlüssen der Verbands-Generalversammlung. In der verhältnismäßig kurzen Diskussion wurde namentlich die Frage der Waiseier erörtert, anschließend an eine Kritik Ramsbrucks an dem Mißtrauensvotum für die Delegierten zum allgemeinen Gewerkschaftskongress. Der genannte Redner trat aus den bekannten Gründen für Befestigung der Waiseier durch Arbeitsruhe ein, während Präfert die Feier durch Arbeitsruhe schon deshalb warm befürwortete, weil sie eine hervorragende Gelegenheit sei, Ideale zu pflegen. Die Diskussion wurde bald geschlossen, da noch die Frage zur Entscheidung stand, wie sich die Organisation zu den Drüder stellen, die, der Rot gehörend, den Revers unterschrieben haben, keiner Organisation anzugehören. Es wurde dieselbe Resolution vorgeschlagen, die in der Angelegenheit von den Bürlern angenommen worden und 27. Juni im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist. Die Resolution verurteilt zwar das Tun der Betroffenen als die Organisation schwer schädigend, will aber die Mäßigkeit einer Verständigung mit diesen Kollegen bieten. Nachdem einige Redner dazu gesprochen hatten, wurde wegen der vorgezogenen Zeit die endgültige Erledigung der Angelegenheit mit der Maßgabe vertagt, daß unbedingt zu diesem Zwecke in der nächsten Woche eine Versammlung abzuhalten sei.

Der Metallarbeiter-Verband nahm in einer Reihe von Branchenversammlungen den Bericht vom Verbandstag in Leipzig entgegen. In der Versammlung der Drüder gab W. Fiedler in eingehenden Darlegungen ein umfassendes Bild von den Verhandlungen und Beschlüssen der Verbands-Generalversammlung. In der verhältnismäßig kurzen Diskussion wurde namentlich die Frage der Waiseier erörtert, anschließend an eine Kritik Ramsbrucks an dem Mißtrauensvotum für die Delegierten zum allgemeinen Gewerkschaftskongress. Der genannte Redner trat aus den bekannten Gründen für Befestigung der Waiseier durch Arbeitsruhe ein, während Präfert die Feier durch Arbeitsruhe schon deshalb warm befürwortete, weil sie eine hervorragende Gelegenheit sei, Ideale zu pflegen. Die Diskussion wurde bald geschlossen, da noch die Frage zur Entscheidung stand, wie sich die Organisation zu den Drüder stellen, die, der Rot gehörend, den Revers unterschrieben haben, keiner Organisation anzugehören. Es wurde dieselbe Resolution vorgeschlagen, die in der Angelegenheit von den Bürlern angenommen worden und 27. Juni im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist. Die Resolution verurteilt zwar das Tun der Betroffenen als die Organisation schwer schädigend, will aber die Mäßigkeit einer Verständigung mit diesen Kollegen bieten. Nachdem einige Redner dazu gesprochen hatten, wurde wegen der vorgezogenen Zeit die endgültige Erledigung der Angelegenheit mit der Maßgabe vertagt, daß unbedingt zu diesem Zwecke in der nächsten Woche eine Versammlung abzuhalten sei.

Der Metallarbeiter-Verband nahm in einer Reihe von Branchenversammlungen den Bericht vom Verbandstag in Leipzig entgegen. In der Versammlung der Drüder gab W. Fiedler in eingehenden Darlegungen ein umfassendes Bild von den Verhandlungen und Beschlüssen der Verbands-Generalversammlung. In der verhältnismäßig kurzen Diskussion wurde namentlich die Frage der Waiseier erörtert, anschließend an eine Kritik Ramsbrucks an dem Mißtrauensvotum für die Delegierten zum allgemeinen Gewerkschaftskongress. Der genannte Redner trat aus den bekannten Gründen für Befestigung der Waiseier durch Arbeitsruhe ein, während Präfert die Feier durch Arbeitsruhe schon deshalb warm befürwortete, weil sie eine hervorragende Gelegenheit sei, Ideale zu pflegen. Die Diskussion wurde bald geschlossen, da noch die Frage zur Entscheidung stand, wie sich die Organisation zu den Drüder stellen, die, der Rot gehörend, den Revers unterschrieben haben, keiner Organisation anzugehören. Es wurde dieselbe Resolution vorgeschlagen, die in der Angelegenheit von den Bürlern angenommen worden und 27. Juni im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist. Die Resolution verurteilt zwar das Tun der Betroffenen als die Organisation schwer schädigend, will aber die Mäßigkeit einer Verständigung mit diesen Kollegen bieten. Nachdem einige Redner dazu gesprochen hatten, wurde wegen der vorgezogenen Zeit die endgültige Erledigung der Angelegenheit mit der Maßgabe vertagt, daß unbedingt zu diesem Zwecke in der nächsten Woche eine Versammlung abzuhalten sei.

Der Metallarbeiter-Verband nahm in einer Reihe von Branchenversammlungen den Bericht vom Verbandstag in Leipzig entgegen. In der Versammlung der Drüder gab W. Fiedler in eingehenden Darlegungen ein umfassendes Bild von den Verhandlungen und Beschlüssen der Verbands-Generalversammlung. In der verhältnismäßig kurzen Diskussion wurde namentlich die Frage der Waiseier erörtert, anschließend an eine Kritik Ramsbrucks an dem Mißtrauensvotum für die Delegierten zum allgemeinen Gewerkschaftskongress. Der genannte Redner trat aus den bekannten Gründen für Befestigung der Waiseier durch Arbeitsruhe ein, während Präfert die Feier durch Arbeitsruhe schon deshalb warm befürwortete, weil sie eine hervorragende Gelegenheit sei, Ideale zu pflegen. Die Diskussion wurde bald geschlossen, da noch die Frage zur Entscheidung stand, wie sich die Organisation zu den Drüder stellen, die, der Rot gehörend, den Revers unterschrieben haben, keiner Organisation anzugehören. Es wurde dieselbe Resolution vorgeschlagen, die in der Angelegenheit von den Bürlern angenommen worden und 27. Juni im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist. Die Resolution verurteilt zwar das Tun der Betroffenen als die Organisation schwer schädigend, will aber die Mäßigkeit einer Verständigung mit diesen Kollegen bieten. Nachdem einige Redner dazu gesprochen hatten, wurde wegen der vorgezogenen Zeit die endgültige Erledigung der Angelegenheit mit der Maßgabe vertagt, daß unbedingt zu diesem Zwecke in der nächsten Woche eine Versammlung abzuhalten sei.

Der Metallarbeiter-Verband nahm in einer Reihe von Branchenversammlungen den Bericht vom Verbandstag in Leipzig entgegen. In der Versammlung der Drüder gab W. Fiedler in eingehenden Darlegungen ein umfassendes Bild von den Verhandlungen und Beschlüssen der Verbands-Generalversammlung. In der verhältnismäßig kurzen Diskussion wurde namentlich die Frage der Waiseier erörtert, anschließend an eine Kritik Ramsbrucks an dem Mißtrauensvotum für die Delegierten zum allgemeinen Gewerkschaftskongress. Der genannte Redner trat aus den bekannten Gründen für Befestigung der Waiseier durch Arbeitsruhe ein, während Präfert die Feier durch Arbeitsruhe schon deshalb warm befürwortete, weil sie eine hervorragende Gelegenheit sei, Ideale zu pflegen. Die Diskussion wurde bald geschlossen, da noch die Frage zur Entscheidung stand, wie sich die Organisation zu den Drüder stellen, die, der Rot gehörend, den Revers unterschrieben haben, keiner Organisation anzugehören. Es wurde dieselbe Resolution vorgeschlagen, die in der Angelegenheit von den Bürlern angenommen worden und 27. Juni im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist. Die Resolution verurteilt zwar das Tun der Betroffenen als die Organisation schwer schädigend, will aber die Mäßigkeit einer Verständigung mit diesen Kollegen bieten. Nachdem einige Redner dazu gesprochen hatten, wurde wegen der vorgezogenen Zeit die endgültige Erledigung der Angelegenheit mit der Maßgabe vertagt, daß unbedingt zu diesem Zwecke in der nächsten Woche eine Versammlung abzuhalten sei.

Der Metallarbeiter-Verband nahm in einer Reihe von Branchenversammlungen den Bericht vom Verbandstag in Leipzig entgegen. In der Versammlung der Drüder gab W. Fiedler in eingehenden Darlegungen ein umfassendes Bild von den Verhandlungen und Beschlüssen der Verbands-Generalversammlung. In der verhältnismäßig kurzen Diskussion wurde namentlich die Frage der Waiseier erörtert, anschließend an eine Kritik Ramsbrucks an dem Mißtrauensvotum für die Delegierten zum allgemeinen Gewerkschaftskongress. Der genannte Redner trat aus den bekannten Gründen für Befestigung der Waiseier durch Arbeitsruhe ein, während Präfert die Feier durch Arbeitsruhe schon deshalb warm befürwortete, weil sie eine hervorragende Gelegenheit sei, Ideale zu pflegen. Die Diskussion wurde bald geschlossen, da noch die Frage zur Entscheidung stand, wie sich die Organisation zu den Drüder stellen, die, der Rot gehörend, den Revers unterschrieben haben, keiner Organisation anzugehören. Es wurde dieselbe Resolution vorgeschlagen, die in der Angelegenheit von den Bürlern angenommen worden und 27. Juni im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist. Die Resolution verurteilt zwar das Tun der Betroffenen als die Organisation schwer schädigend, will aber die Mäßigkeit einer Verständigung mit diesen Kollegen bieten. Nachdem einige Redner dazu gesprochen hatten, wurde wegen der vorgezogenen Zeit die endgültige Erledigung der Angelegenheit mit der Maßgabe vertagt, daß unbedingt zu diesem Zwecke in der nächsten Woche eine Versammlung abzuhalten sei.

Der Metallarbeiter-Verband nahm in einer Reihe von Branchenversammlungen den Bericht vom Verbandstag in Leipzig entgegen. In der Versammlung der Drüder gab W. Fiedler in eingehenden Darlegungen ein umfassendes Bild von den Verhandlungen und Beschlüssen der Verbands-Generalversammlung. In der verhältnismäßig kurzen Diskussion wurde namentlich die Frage der Waiseier erörtert, anschließend an eine Kritik Ramsbrucks an dem Mißtrauensvotum für die Delegierten zum allgemeinen Gewerkschaftskongress. Der genannte Redner trat aus den bekannten Gründen für Befestigung der Waiseier durch Arbeitsruhe ein, während Präfert die Feier durch Arbeitsruhe schon deshalb warm befürwortete, weil sie eine hervorragende Gelegenheit sei, Ideale zu pflegen. Die Diskussion wurde bald geschlossen, da noch die Frage zur Entscheidung stand, wie sich die Organisation zu den Drüder stellen, die, der Rot gehörend, den Revers unterschrieben haben, keiner Organisation anzugehören. Es wurde dieselbe Resolution vorgeschlagen, die in der Angelegenheit von den Bürlern angenommen worden und 27. Juni im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist. Die Resolution verurteilt zwar das Tun der Betroffenen als die Organisation schwer schädigend, will aber die Mäßigkeit einer Verständigung mit diesen Kollegen bieten. Nachdem einige Redner dazu gesprochen hatten, wurde wegen der vorgezogenen Zeit die endgültige Erledigung der Angelegenheit mit der Maßgabe vertagt, daß unbedingt zu diesem Zwecke in der nächsten Woche eine Versammlung abzuhalten sei.

Der Metallarbeiter-Verband nahm in einer Reihe von Branchenversammlungen den Bericht vom Verbandstag in Leipzig entgegen. In der Versammlung der Drüder gab W. Fiedler in eingehenden Darlegungen ein umfassendes Bild von den Verhandlungen und Beschlüssen der Verbands-Generalversammlung. In der verhältnismäßig kurzen Diskussion wurde namentlich die Frage der Waiseier erörtert, anschließend an eine Kritik Ramsbrucks an dem Mißtrauensvotum für die Delegierten zum allgemeinen Gewerkschaftskongress. Der genannte Redner trat aus den bekannten Gründen für Befestigung der Waiseier durch Arbeitsruhe ein, während Präfert die Feier durch Arbeitsruhe schon deshalb warm befürwortete, weil sie eine hervorragende Gelegenheit sei, Ideale zu pflegen. Die Diskussion wurde bald geschlossen, da noch die Frage zur Entscheidung stand, wie sich die Organisation zu den Drüder stellen, die, der Rot gehörend, den Revers unterschrieben haben, keiner Organisation anzugehören. Es wurde dieselbe Resolution vorgeschlagen, die in der Angelegenheit von den Bürlern angenommen worden und 27. Juni im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist. Die Resolution verurteilt zwar das Tun der Betroffenen als die Organisation schwer schädigend, will aber die Mäßigkeit einer Verständigung mit diesen Kollegen bieten. Nachdem einige Redner dazu gesprochen hatten, wurde wegen der vorgezogenen Zeit die endgültige Erledigung der Angelegenheit mit der Maßgabe vertagt, daß unbedingt zu diesem Zwecke in der nächsten Woche eine Versammlung abzuhalten sei.

Der Metallarbeiter-Verband nahm in einer Reihe von Branchenversammlungen den Bericht vom Verbandstag in Leipzig entgegen. In der Versammlung der Drüder gab W. Fiedler in eingehenden Darlegungen ein umfassendes Bild von den Verhandlungen und Beschlüssen der Verbands-Generalversammlung. In der verhältnismäßig kurzen Diskussion wurde namentlich die Frage der Waiseier erörtert, anschließend an eine Kritik Ramsbrucks an dem Mißtrauensvotum für die Delegierten zum allgemeinen Gewerkschaftskongress. Der genannte Redner trat aus den bekannten Gründen für Befestigung der Waiseier durch Arbeitsruhe ein, während Präfert die Feier durch Arbeitsruhe schon deshalb warm befürwortete, weil sie eine hervorragende Gelegenheit sei, Ideale zu pflegen. Die Diskussion wurde bald geschlossen, da noch die Frage zur Entscheidung stand, wie sich die Organisation zu den Drüder stellen, die, der Rot gehörend, den Revers unterschrieben haben, keiner Organisation anzugehören. Es wurde dieselbe Resolution vorgeschlagen, die in der Angelegenheit von den Bürlern angenommen worden und 27. Juni im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist. Die Resolution verurteilt zwar das Tun der Betroffenen als die Organisation schwer schädigend, will aber die Mäßigkeit einer Verständigung mit diesen Kollegen bieten. Nachdem einige Redner dazu gesprochen hatten, wurde wegen der vorgezogenen Zeit die endgültige Erledigung der Angelegenheit mit der Maßgabe vertagt, daß unbedingt zu diesem Zwecke in der nächsten Woche eine Versammlung abzuhalten sei.

Der Metallarbeiter-Verband nahm in einer Reihe von Branchenversammlungen den Bericht vom Verbandstag in Leipzig entgegen. In der Versammlung der Drüder gab W. Fiedler in eingehenden Darlegungen ein umfassendes Bild von den Verhandlungen und Beschlüssen der Verbands-Generalversammlung. In der verhältnismäßig kurzen Diskussion wurde namentlich die Frage der Waiseier erörtert, anschließend an eine Kritik Ramsbrucks an dem Mißtrauensvotum für die Delegierten zum allgemeinen Gewerkschaftskongress. Der genannte Redner trat aus den bekannten Gründen für Befestigung der Waiseier durch Arbeitsruhe ein, während Präfert die Feier durch Arbeitsruhe schon deshalb warm befürwortete, weil sie eine hervorragende Gelegenheit sei, Ideale zu pflegen. Die Diskussion wurde bald geschlossen, da noch die Frage zur Entscheidung stand, wie sich die Organisation zu den Drüder stellen, die, der Rot gehörend, den Revers unterschrieben haben, keiner Organisation anzugehören. Es wurde dieselbe Resolution vorgeschlagen, die in der Angelegenheit von den Bürlern angenommen worden und 27. Juni im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist. Die Resolution verurteilt zwar das Tun der Betroffenen als die Organisation schwer schädigend, will aber die Mäßigkeit einer Verständigung mit diesen Kollegen bieten. Nachdem einige Redner dazu gesprochen hatten, wurde wegen der vorgezogenen Zeit die endgültige Erledigung der Angelegenheit mit der Maßgabe vertagt, daß unbedingt zu diesem Zwecke in der nächsten Woche eine Versammlung abzuhalten sei.

Der Metallarbeiter-Verband nahm in einer Reihe von Branchenversammlungen den Bericht vom Verbandstag in Leipzig entgegen. In der Versammlung der Drüder gab W. Fiedler in eingehenden Darlegungen ein umfassendes Bild von den Verhandlungen und Beschlüssen der Verbands-Generalversammlung. In der verhältnismäßig kurzen Diskussion wurde namentlich die Frage der Waiseier erörtert, anschließend an eine Kritik Ramsbrucks an dem Mißtrauensvotum für die Delegierten zum allgemeinen Gewerkschaftskongress. Der genannte Redner trat aus den bekannten Gründen für Befestigung der Waiseier durch Arbeitsruhe ein, während Präfert die Feier durch Arbeitsruhe schon deshalb warm befürwortete, weil sie eine hervorragende Gelegenheit sei, Ideale zu pflegen. Die Diskussion wurde bald geschlossen, da noch die Frage zur Entscheidung stand, wie sich die Organisation zu den Drüder stellen, die, der Rot gehörend, den Revers unterschrieben haben, keiner Organisation anzugehören. Es wurde dieselbe Resolution vorgeschlagen, die in der Angelegenheit von den Bürlern angenommen worden und 27. Juni im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist. Die Resolution verurteilt zwar das Tun der Betroffenen als die Organisation schwer schädigend, will aber die Mäßigkeit einer Verständigung mit diesen Kollegen bieten. Nachdem einige Redner dazu gesprochen hatten, wurde wegen der vorgezogenen Zeit die endgültige Erledigung der Angelegenheit mit der Maßgabe vertagt, daß unbedingt zu diesem Zwecke in der nächsten Woche eine Versammlung abzuhalten sei.

Der Metallarbeiter-Verband nahm in einer Reihe von Branchenversammlungen den Bericht vom Verbandstag in Leipzig entgegen. In der Versammlung der Drüder gab W. Fiedler in eingehenden Darlegungen ein umfassendes Bild von den Verhandlungen und Beschlüssen der Verbands-Generalversammlung. In der verhältnismäßig kurzen Diskussion wurde namentlich die Frage der Waiseier erörtert, anschließend an eine Kritik Ramsbrucks an dem Mißtrauensvotum für die Delegierten zum allgemeinen Gewerkschaftskongress. Der genannte Redner trat aus den bekannten Gründen für Befestigung der Waiseier durch Arbeitsruhe ein, während Präfert die Feier durch Arbeitsruhe schon deshalb warm befürwortete, weil sie eine hervorragende Gelegenheit sei, Ideale zu pflegen. Die Diskussion wurde bald geschlossen, da noch die Frage zur Entscheidung stand, wie sich die Organisation zu den Drüder stellen, die, der Rot gehörend, den Revers unterschrieben haben, keiner Organisation anzugehören. Es wurde dieselbe Resolution vorgeschlagen, die in der Angelegenheit von den Bürlern angenommen worden und 27. Juni im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist. Die Resolution verurteilt zwar das Tun der Betroffenen als die Organisation schwer schädigend, will aber die Mäßigkeit einer Verständigung mit diesen Kollegen bieten. Nachdem einige Redner dazu gesprochen hatten, wurde wegen der vorgezogenen Zeit die endgültige Erledigung der Angelegenheit mit der Maßgabe vertagt, daß unbedingt zu diesem Zwecke in der nächsten Woche eine Versammlung abzuhalten sei.

Der Metallarbeiter-Verband nahm in einer Reihe von Branchenversammlungen den Bericht vom Verbandstag in Leipzig entgegen. In der Versammlung der Drüder gab W. Fiedler in eingehenden Darlegungen ein umfassendes Bild von den Verhandlungen und Beschlüssen der Verbands-Generalversammlung. In der verhältnismäßig kurzen Diskussion wurde namentlich die Frage der Waiseier erörtert, anschließend an eine Kritik Ramsbrucks an dem Mißtrauensvotum für die Delegierten zum allgemeinen Gewerkschaftskongress. Der genannte Redner trat aus den bekannten Gründen für Befestigung der Waiseier durch Arbeitsruhe ein, während Präfert die Feier durch Arbeitsruhe schon deshalb warm befürwortete, weil sie eine hervorragende Gelegenheit sei, Ideale zu pflegen. Die Diskussion wurde bald geschlossen, da noch die Frage zur Entscheidung stand, wie sich die Organisation zu den Drüder stellen, die, der Rot gehörend, den Revers unterschrieben haben, keiner Organisation anzugehören. Es wurde dieselbe Resolution vorgeschlagen, die in der Angelegenheit von den Bürlern angenommen worden und 27. Juni im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist. Die Resolution verurteilt zwar das Tun der Betroffenen als die Organisation schwer schädigend, will aber die Mäßigkeit einer Verständigung mit diesen Kollegen bieten. Nachdem einige Redner dazu gesprochen hatten, wurde wegen der vorgezogenen Zeit die endgültige Erledigung der Angelegenheit mit der Maßgabe vertagt, daß unbedingt zu diesem Zwecke in der nächsten Woche eine Versammlung abzuhalten sei.

Der Metallarbeiter-Verband nahm in einer Reihe von Branchenversammlungen den Bericht vom Verbandstag in Leipzig entgegen. In der Versammlung der Drüder gab W. Fiedler in eingehenden Darlegungen ein umfassendes Bild von den Verhandlungen und Beschlüssen der Verbands-Generalversammlung. In der verhältnismäßig kurzen Diskussion wurde namentlich die Frage der Waiseier erörtert, anschließend an eine Kritik Ramsbrucks an dem Mißtrauensvotum für die Delegierten zum allgemeinen Gewerkschaftskongress. Der genannte Redner trat aus den bekannten Gründen für Befestigung der Waiseier durch Arbeitsruhe ein, während Präfert die Feier durch Arbeitsruhe schon deshalb warm befürwortete, weil sie eine hervorragende Gelegenheit sei, Ideale zu pflegen. Die Diskussion wurde bald geschlossen, da noch die Frage zur Entscheidung stand, wie sich die Organisation zu den Drüder stellen, die, der Rot gehörend, den Revers unterschrieben haben, keiner Organisation anzugehören. Es wurde dieselbe Resolution vorgeschlagen, die in der Angelegenheit von den Bürlern angenommen worden und 27. Juni im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist. Die Resolution verurteilt zwar das Tun der Betroffenen als die Organisation schwer schädigend, will aber die Mäßigkeit einer Verständigung mit diesen Kollegen bieten. Nachdem einige Redner dazu gesprochen hatten, wurde wegen der vorgezogenen Zeit die endgültige Erledigung der Angelegenheit mit der Maßgabe vertagt, daß unbedingt zu diesem Zwecke in der nächsten Woche eine Versammlung abzuhalten sei.

Der Metallarbeiter-Verband nahm in einer Reihe von Branchenversammlungen den Bericht vom Verbandstag in Leipzig entgegen. In der Versammlung der Drüder gab W. Fiedler in eingehenden Darlegungen ein umfassendes Bild von den Verhandlungen und Beschlüssen der Verbands-Generalversammlung. In der verhältnismäßig kurzen Diskussion wurde namentlich die Frage der Waiseier erörtert, anschließend an eine Kritik Ramsbrucks an dem Mißtrauensvotum für die Delegierten zum allgemeinen Gewerkschaftskongress. Der genannte Redner trat aus den bekannten Gründen für Befestigung der Waiseier durch Arbeitsruhe

Hauptwahlen und vorsichtige Prüfung der bürgerlichen Kandidaten bei Stichwahlen, empfohlen wurde.

Inzwischen wurde noch auf dem Kongress der Wunsch nach einer Ergänzung des Gemeindefinanzprogramms der Partei geäußert, sowie nach Gründung eines kleinen Monatsblattes für die Gemeinderatsmitglieder und Beiträger aus der Parteikasse zu den Unkosten ihrer Kongresse. Alle diese Wünsche wurden dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Totenliste der Partei. In Chaur-de-fonds ist unser Genosse Dr. Walter Violon im Alter von erst 39 Jahren gestorben. Auf einem Spaziergange mit seiner jungen Frau wurde er vom Schläge gerührt. Violon war Advokat und Schriftsteller, der eine ganze Anzahl Romane, Romane und Theaterstücke veröffentlichte, die beim Publikum gute Aufnahme fanden. Mehrere Jahre war er Redakteur des dortigen Parteiblattes, der „Sentinelle“. Als Vertreter der Arbeiter in den verschiedenen kommunalen und kantonalen Behörden bewährte er sich bestens. Für unsere Partei im Kanton Neuchâtel ist sein Tod ein empfindlicher Verlust.

Aus Industrie und Handel.

Eine neue japanische Anleihe.

Zum Kriegführen gehört nach Montecuculis weisem Ausdruck Geld und nochmals Geld. Tatsächlich sieht sich denn auch Japan, das erst im März dieses Jahres auf dem englischen und amerikanischen Markt 600 Millionen Mark aufgenommen hat, schon wieder zu einer neuen Anleihe auf dem Auslandsmarkt genötigt. Der japanische Finanzagent Takahashi ist vor einigen Tagen in London eingetroffen und hat bereits mit verschiedenen Vertretern der Bankfinanz Besprechungen gehabt, so daß man mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen kann, es werde schon in nächster Woche die Aufnahme der Anleihe erfolgen, die sich wieder auf 30 Millionen Pfund Sterling, also 600 Millionen Mark, belaufen und zu denselben Bedingungen zur Ausgabe gelangen soll, wie die März-Anleihe, d. h. zum Kurse von 90 Proz. bei einem Zinssatz von 4 1/2 Proz. Auch die Garantie wird wieder, wie das letzte Mal, durch das japanische Tabakmonopol geleistet.

Einem Vertreter des „Reuterschen Bureaus“ erklärte Takahashi, daß Japan heute noch aus der letzten, 30 Millionen Pfund Sterling betragenden Anleihe über 50 Millionen Dollar in New York und über 8 Millionen Pfund Sterling in London verfüge, dazu käme die letzte noch ausstehende Einzahlung auf die Tabakanleihe. Von einem dringenden neuen Geldbedarf Japans könne danach keine Rede sein. Allerdings brauche, selbst wenn es bald zum Frieden komme, die japanische Regierung große Summen, so für die Rückzahlung innerer Anleihebonds, für die allgemeine industrielle Entwicklung des Landes, für den Rücktransport der Truppen, Pensionen usw. Wenn der Krieg noch lange dauere, würden sich natürlich die Bedürfnisse der Regierung entsprechend erhöhen. Die letztere wolle für alle Fälle vorsorgen, und zwar so lange der Geldmarkt, wie jetzt, der Aufnahme einer neuen Anleihe günstig sei.

Wahrscheinlich wird diesmal ein Teil der Anleihe — man spricht von einem Drittel — durch deutsche Banken übernommen werden. Schon bei der letzten japanischen Anleihe im März sollte bekanntlich der deutsche Markt mit in Anspruch genommen werden, doch zerklüfteten sich damals die Verhandlungen, da die englische und amerikanische Finanz den deutschen Banken nur eine bescheidene Unterbeteiligung zugestanden wollten. Wird der deutschen Finanz eine Teilnahme zugestanden, dann wird jedenfalls der deutsch-asiatische Markt die Führung des deutschen Konfortiums zufallen.

Japan gerät immer mehr in die Kreide. Seit Beginn des Krieges hat es fünf innere Anleihen im Gesamtbetrag von 480 Millionen Yen und drei äußere Anleihen im Betrage von insgesamt 52 Millionen Pfund Sterling aufgenommen, so daß es bereits für den Krieg über 1600 Millionen Mark Schulden gemacht hat, zu denen dann noch 800 Millionen Mark für die neue Anleihe hinzukommen. Für das verhältnismäßig arme Land eine bedeutende Last.

Industrielle Kartelle. Die kontrastierenden Verhandlungen über die deutschen Kartelle sind nach länger Unterbrechung am 20. Juni wieder aufgenommen worden. Die Verhandlungen im Juni betrafen den Stahlwerkverband, vor allem sein Verhältnis zu den sogenannten reinen Werken. Die Angriffe wegen der hohen Halbzugpreise auf den Stahlwerkverband werden neuerdings von den Verteidigern der Preispolitik des Stahlwerkverbandes damit pariert, daß sie auf das Kohlenyndikat abgeleitet werden. Der Stahlwerkverband sei bei der Preispolitik des Kohlenyndikats nicht in der Lage, den Halbzugverbrauchern weiter entgegenzukommen. Nach Ausführungen in der Generalversammlung der Arbeiter-Gesellschaft hat das Kohlenyndikat den Kohlepreis viel zu hoch. Obgleich die Erzeugung von Hochofengas den Bedarf weit übersteigt und obgleich der Preis, der für diesen Koks vor dem 1. Juli dieses Jahres galt, den erzeugenden Werken einen großen Gewinn brachte, hat das Kohlenyndikat den Preis für Koks seit dem 1. April um 1 Mark pro Tonne erhöht. Als Veranlassung für die Erhöhung wurde die Vergabe neuer Kontrakte angegeben, die den Kohlenzweigen viel leichter später einmal Lasten auferlege. Ferner hat das Kohlenyndikat die Exportvergütung, die es im ersten Quartal gewährte, für das dritte Quartal auf die Hälfte herabgesetzt. Es begründete diese Herabsetzung mit der günstigen Lage der Eisenindustrie. Die Preisermäßigung des Kohlenyndikats verhärtet nun die Gegenstände in der Eisenindustrie noch weiter, da von ihr nur diejenigen Eisenwerke betroffen werden, die keine eigenen Heden besitzen. Die Werke mit eigenen Heden gewinnen so einen starken Vorsprung vor allen anderen Konkurrenten. Von den Kartellbestrebungen in den weiterverarbeitenden Branchen nehmen die Vorgänge im Drahtgewerbe größeres Interesse in Anspruch. Der Zusammenschluß sämtlicher Zweige der Drahtindustrie ist vorläufig gescheitert, doch ist es gelungen, den Walzdrahtverband, der Ende Juni abläuft, auf sechs Monate, also bis Ende des laufenden Jahres, zu verlängern. Außerdem gelang es, am 17. Juni eine neue Vereinigung im Drahtzweig fertig zu bringen. Am 15. Juni war die Verlängerung des bisherigen Drahtzweigverbandes, der Ende des Monats Juni abläuft, durch eine Interessengemeinschaft der Firma Gebr. Stumm mit Friedr. Voelner in Augsburg und Koth, Hez u. Schwinn in Reichen verhandelt worden. Der neuen Vereinigung gehören hauptsächlich rheinisch-westfälische Werke und die Oberlothringische Eisenindustrie-Aktiengesellschaft an. Sie ist hauptsächlich gegründet worden, um von den Kohlenstoffverbänden Ausfuhrprämien weiter zu erhalten. Bekanntlich werden diese Vergütungen nur solchen Werken erteilt, die einem Verbande angehören.

Die Continentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg, eine Tochter-Gesellschaft der Schüder-Gesellschaft, hat nach ihrem soeben herausgegebenen Jahresbericht im letzten Geschäftsjahr einen etwas besseren Abschluß erzielt, wie in den vorausgegangenen Jahren; doch kann von einer wesentlichen Besserung ihrer Verhältnisse nicht die Rede sein. Die Einnahmen aus Unternehmungen und Effekten ergaben zwar einen gegen das Vorjahr erhöhten Ueberschuß über die Ausgaben, jedoch wurde dieser durch einige Verluste und als erforderlich sich erweisende Minderbewertungen nahezu aufgehoben.

Das Gewinn- und Verlustkonto zeigt nach Aufstellung für Erneuerung und Kapitalzuführung der Unternehmungen in eigener Verwaltung von 408 025 Mark und nach Verlust an Konfessionsanleihen von 478 501 Mark einen Ueberschuß von 5213 Mark. Im diesen vermindert sich der Verlustsaldo vom Vorjahre auf 1 561 128 Mark, der auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Soziales.

Vom Berliner Kaufmannsgericht.

Amerikanischer Anstellungsvertrag mit Heiratsprojekt. Eine New Yorker Millionenfirma wollte in Berlin ein Zweiggeschäft gründen und suchte dazu einen Verwalter durch Zeitungsannoncen, worin neben dem guten Gehalt auch eine vorteilhafte Heirat in Aussicht gestellt wurde. Derjenige, der die Stellung für 3000 Mark Jahresgehalt übernahm, hatte jedoch wenig Glück damit. Nach Verlauf eines Jahres wurde das hiesige Bureau aufgelöst, der Verwalter reiste nach New York, um sich nach der in Aussicht gestellten Heirat umzusehen, hatte aber in der „Liebe“ noch weniger Glück als mit dem Geschäft. Aus der Heirat wurde nichts, er konnte sich vielmehr als endgültig entlassen betrachten, glaubte jedoch noch für ein weiteres Jahr Anspruch auf Gehalt zu haben, den er am Montag vor dem hiesigen Kaufmannsgericht geltend zu machen suchte. Der Anstellungsvertrag, auf ein Jahr bemessen, war in Deutschland, und zwar nur mündlich, geschlossen worden. Auf die Frage des Klägers, was mit ihm werden solle, wenn das Jahr verfloßen sei und das Heiratsprojekt fehlschläge, hatte der Beklagte geantwortet: „For a second year you will see.“ (Was im zweiten Jahr wird, wollen wir sehen.) Auf diese Worte, die der Kläger als ein bindendes Versprechen, für ein zweites Jahr vorzulegen zu sein, aufgefaßt hatte, gründete er seinen Anspruch auf 3600 Mark. Der Beklagte Mr. Standee und der Vorstand, den er seiner unvollkommenen Kenntnis der deutschen Sprache wegen mitgebracht hatte, behaupteten dagegen, die ganze Anstellung und Gründung des Berliner Bureaus sei nur ein Experiment, ein Versuch gewesen und jene Worte nur eine ganz unverbindliche Redensart, die den deutschen Worten: „Im zweiten Jahre werden wir sehen, was sich machen läßt“ entsprechen. Einen Vergleichsversuch des Vorsitzenden, dem Kläger, der doch redlich und in dem Glauben, für ein weiteres Jahr vorzulegen zu sein, für ihn gearbeitet habe, eine wenn auch geringe Summe aus geschäftlicher Kulanz zu zahlen, wies der Amerikaner mit den Worten zurück: „Das hier ist Geschäft. Wenn wir schulden, zahlen wir, sonst nichts.“ Dem Kläger legte der Vorsitzende unter Hinweis auf die der Höhe des Streitobjekts angemessenen Kosten nahe, seine Klage zurückzuziehen. Der Kläger beharrte jedoch auf einen Urteilspruch und wurde dann, da er keine tatsächlichen Beweise für seinen Anspruch beibringen konnte und das Gericht sich der Auffassung des Beklagten angeschlossen, mit seiner Klage abgewiesen. Selbstverständlich mußten ihm auch die Kosten des Verfahrens auferlegt werden.

Angläubige Grundbesitzerordnung. In Köln werden die Grundstücke nach dem gemeinen Wert besteuert. Jedoch bestimmt § 4 der Steuerordnung: „Diejenigen Grundstücke, die zur staatlichen Grundsteuer veranlagt worden sind, werden nur mit Dreiviertel des gemeinen Werts zur Gemeindegrundsteuer herangezogen.“ Das Oberverwaltungsgericht erklärte am 4. Juli die Steuerordnung für ungültig: Sie widerspreche der Vorschrift des § 27 des Kommunalabgabengesetzes, wonach die Steuern vom Grundbesitz nach gleichen Normen und Sätzen zu verteilen seien. Wenn nun auch § 25 des Kommunalabgabengesetzes zulasse, daß eine besondere Steuer vom Grundbesitz nach verschiedenen Maßstäben erhoben werden könne, so sei es doch unzulässig, daß bei einem einheitlichen Maßstabe (hier der gemeine Wert) in der Steuerordnung verschiedene Gesichtspunkte zur Geltung kämen. Nach § 27 gehe es nicht, wie hier, bei einem einheitlichen Maßstabe zwei verschiedene Klassen von Grundstücken zu bilden — staatlich veranlagte und nicht staatlich veranlagte — und diese verschieden zu besteuern. Nach § 25 sei nur eine Verbindung verschiedener Maßstäbe nebeneinander statthaft, also beispielsweise die Steuer nach dem Nutzungswert, nach der Eigenschaft als bebauter oder unbebauter Grundbesitz usw. Jedenfalls sei es unzulässig, die Steuer nach dem gemeinen Wert der Grundstücke so zu erheben, daß nicht bei allen Grundstücken der ermittelte gemeine Wert voll zur Steuer herangezogen werde.

Kommunale Arbeitsnachweiskeitellen. Wie die in der letzten Nummer des Ministerialblattes der Handels- und Gewerbeverwaltung veröffentlichte Uebersicht über die in Preußen vorhandenen kommunalen oder mit kommunaler Unterstützung betriebenen allgemeinen Arbeitsnachweiskeitellen nach dem Stande vom 1. Januar 1905 ergibt, hat sich die Tätigkeit dieser Nachweiskeitellen auch im abgelaufenen Jahre weiter in steigender Richtung entwickelt; es wurden Stellen angeboten gesucht vermittelt

im Jahre 1902	294 682	510 702	218 878
1903	380 634	559 970	272 388
1904	457 411	602 688	322 772

In der Zahl der Vermittlungen ist andauernd eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen; so wurden vermittelt in den Jahren 1897: 104 907, 1900: 185 881, 1901: 189 215, 1902: 218 878, 1903: 272 388 und 1904: 322 772 Stellen. Mehr als 10 000 Stellen haben im abgelaufenen Jahre vermittelt die fünf Arbeitsnachweiskeitellen Berlin, Frankfurt a. M., Köln, Düsseldorf und Breslau.

Ein Konflikt zwischen Apothekern und Krankenkassen ist in Düsseldorf ausgebrochen, und zwar durch die Preisreduzierung der Apotheker bezüglich der Arzneimittel. Festgestellt wurde, daß in einzelnen Apotheken bei Abgabe von Arzneimitteln Preisunterschiede bis zu 150 Proz. vorkommen. Eine große Krankenkasse konstatierte eine Steigerung der Arzneimittel im Vorjahre um 50 Proz. Es wird nun behauptet, daß die Ärzte mit den Apothekern Hand in Hand gehen, und sollen von den Krankenkassen Maßnahmen ergriffen werden, die trotz der Koalition der ersteren geeignet sind, die Kosten für Arzneimittel zu verringern.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Sonntag, den 9. Juli, Bestätigung des Botanischen Gartens in Dohlem. Abfahrt morgens 8.30 Wannseebahn bis Steglitz oder mit der Straßenbahn vom Potsdamerplatz, Linienstraße, bis Steglitz, Schloßplatz. In Steglitz durch Schützenstraße, Potsdamer Chaussee bis Botanischer Garten, wo uns die Führung am Eingang des Südparkes erwartet. Die Bestätigung beginnt pünktlich 10 Uhr und wird zwei Stunden dauern; es ist daher gut, wenn sich die Teilnehmer mit Proviant versehen. Pakete usw. müssen beim Portier abgegeben werden. Nachher Beisammensein im Restaurant Virenwäldchen, Eingang Schützenstraße. Um pünktliches Erscheinen bittet Der Vorstand.

Schöneberg. Der Verein für Frauen und Mädchen Schönebergs und Umgebend hält am 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr, seine regelmäßige Versammlung im Weinmanns Klubhaus, Hauptstr. 6/8, ab. Herr Dr. Sommerfeldt wird einen Vortrag über Armenpflege halten. Das Interesse dieses wichtigen Themas erfordert es, daß sämtliche Frauen und Männer Schönebergs in dieser Versammlung erscheinen. Gäste, Herren sowie Damen, haben Zutritt.

Der schweizerische Arbeiterinnenverband hielt am letzten Sonntag in Winterthur seine Delegiertenversammlung ab, auf der sieben von neun Sektionen durch 18 Delegierte vertreten waren. Der Hauptpunkt der Tagesordnung war die Schaffung eines neuen Verbandsstatuts, das die Aufgaben des Verbandes nun näher bestimmt. Danach sollen möglichst überall, wo Arbeiterinnen und Arbeiterinnen vorhanden sind, Organisationen geschaffen werden, Verbandssektionen oder auch Gewerkschaften, und sind zu diesem Zweck Agitationsversammlungen mit Vorträgen u. dgl. zu veranstalten, Flugblätter herauszugeben usw. Schließlich fand eine Resolution betreffend die Revision des schweizerischen Fabrikgesetzes und die Schaffung der Kranken- und Unfallversicherung Annahme, wonach der zehnjährige Maximalarbeitszeit, genügende Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter, das Gesetz auf die Kleinbetriebe ausgedehnt und durch die Krankenversicherung besonders die Wöchnerinnen ausgiebig geschützt werden sollen. Zu der Expertenkommission für die Revision des Fabrikgesetzes, die der Bundesrat in Aussicht genommen hat, sollen 999 Vertreterinnen der Arbeiterinnen zugezogen werden.

Zentralverband der Friseurgehülfen Deutschlands. Zweigverein Berlin, Rosenfelderstr. 11/12, abends 10 Uhr: Versammlung. Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.

Zweigverein Rixdorf. Donnerstag, den 6. Juli, abends 10 Uhr, bei Hoppe, Berlinerstr. 14: Generalversammlung.

Verband deutscher Barbier, Friseur- und Perückenmachergehülfen. Zweigverein Berlin. Donnerstag, den 6. Juli, abends 10 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c: Generalversammlung. Erscheinen notwendig.

Arbeiter-Zamiriterkolonne. Heute abend 9 Uhr: Übungsstunde in der 3. Abteilung Schöneberg, Reiningersstr. 8. Vortrag des Herrn Dr. Sommerfeldt über Verletzungen, Wundbehandlung und Blutstillung. Daran anschließend praktische Übungen. Neue Mitglieder können noch teilnehmen, da der praktische Teil des Kurses mit diesem Vortrag beginnt. Einschreibegeld 25 Pf. Monatsbeitrag 25 Pf.

Deutscher Sozialdemokratischer Club Paris. Der seit 25 Jahren in Paris bestehende Deutsche Sozialdemokratische Club verlegt sein Verlesesal nach Rue Wilson Nr. 13 (Avenue de l'Opera), Restaurant C. Bah. Jeder organisierte Genosse ist dort herzlich willkommen, findet brüderliche Aufnahme, Rat und kostenlose Unterweisung jeder Art. Parteiblätter und eine große Bibliothek stehen zur Verfügung. Unterricht in der französischen Sprache wird unentgeltlich erteilt. In jedem Sonnabend abend beginnt die Versammlung um 9 Uhr. Es wird ein Referat gehalten, an das sich eine Diskussion anschließt, an der sich jeder beteiligen kann. Unter Führung eines Kunstverständigen werden jeden Sonntag vormittag die Pariser Museen und sonstigen Kunstausstellungen besucht. Es ist allen nach Paris reisenden Genossen in ihrem eigenen Interesse geraten, den Deutschen Sozialdemokratischen Club aufzusuchen. Alle Partei- und Gewerkschaftsblätter werden um Abdruck gebeten.

Eingegangene Druckschriften.

„Kommunale Praxis“. Wochenschrift für Gemeindepolitik und kommunal-sozialistisches. Herausgeber Dr. Albert Sadekm. Die jetzt vollzogene Umgestaltung der „Kommunale Praxis“ aus einer Halbmonatsschrift in eine Wochenschrift ist ein erfreulicher Beweis dafür, daß man in unserer Partei den Gemeindegemeinschaften eine immer regere Aufmerksamkeit zuwendet. Mit der Verdoppelung des Erscheinens der Zeitschrift geht gleichzeitig eine erhebliche Verbesserung Hand in Hand; die einzelnen Nummern erscheinen mindestens 12 Seiten stark. Wie uns die Redaktion mitteilt, ist es ihr gelungen, eine Reihe von neuen Mitarbeitern den bewährten alten anzuschließen, so daß auch der Inhalt der Zeitschrift in Zukunft noch reichhaltiger und mannigfaltiger werden dürfte, als bisher schon. In der vorliegenden Nummer wird u. a. das aktuelle Thema der Fleischsteuerung von einem sächsischen Kommunalpolitiker erörtert. Der Preis der Wochenschrift ist nicht erhöht worden; er beträgt 2 Mark für das Vierteljahr. Probennummern kann man jederzeit kostenlos vom Verlage der „Kommunale Praxis“, Berlin W. 15, beziehen.

Rechts und links der Eisenbahn! Heft 36 und 57. (Justus Perthes, Gotha.)

Dokumente des Pazifismus. Nr. 1. (Verlag der Friedens-Partei, Berlin, Wien, Leipzig.)

Wald. Organ für freireligiöse Pädagogik. 1. Jahrg. 1905. Nr. 1. (Boesling u. Co., Bremen.)

Dr. Max Marcuse: Die geschichtliche Klärung der Jugend. (Leipzig, Felix Dietrich.)

Witterungsübersicht vom 5. Juli 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Tag u. d. Nacht	
Swinemünde	763	OSO	2	wolkig	19	Japaranda	755	WSW	4	wolkig	16
Hamburg	762	NO	2	bedeckt	18	Vetersburg	757	WSW	1	Dunst	15
Berlin	761	SO	3	Regen	18	Schilf	766	WSW	4	wolkig	18
Frankfurt a. M.	760	NO	2	wolkig	22	Überdorn	761	OSO	1	bedeckt	12
München	760	OSO	4	heiter	27	Paris	760	WSW	2	bedeckt	19
Wien	764	SHI	—	bedeckt	21						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 6. Juli 1905. Warm und schwül, vielach heiter, aber sehr veränderlich mit Gewitterregen und meist schwachen Winden aus wechselnder Richtung. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 4. Juli. Elbe bei Kalkßig — 0,34 Meter, bei Dresden — 1,72 Meter, bei Magdeburg + 0,74 Meter. — Uckermark bei Stralsund + 1,05 Meter. — Oder bei Breslau Ober-Regel + 4,86 Meter, bei Frankfurt + 1,25 Meter. — Weichsel bei Braunsberg + 2,88 Meter. — Rarthe bei Posen + 0,28 Meter. — Rache bei Uch + 0,42 Meter.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Polierer **Hermann Fischer** am 3. Juli an der Proletarier-Frankelei verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. Juli, nachmittags um 4 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Behrensee aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 65/8 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.) **Todes-Anzeige.** Am 3. d. M. verstarb unser Mitglied **Ernst Menzel.** **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 169/18 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. **Nachruf!** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser **Adolf Richter** am 12. Juni gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** 119/18 Die Ortsverwaltung.

„FORTUNA“ Preuß. Klassen-Lotteriespiel-Gesellschaft **BERLIN C.** Rosenthaler Straße 11, nimmt noch Gesellschafter auf zur neuen am 7. Juli beginnenden 213. Königlich Preussisch. Klassen-Lotterie mit Beteiligung von M. 3, M. 5,—, M. 7,— oder M. 9,— pro Klasse. **Prospekte franko.** Auskunft erteilt auch das Bankgeschäft **Paul Steinberg & Co., G. m. b. H., BERLIN C., Rosenthaler Straße 11/12, (Besteht seit 1894.)**

3548 L* **Ein Riesenposten Mocketplüsch** 130 Cmt. à 4,65 pro Meter, haltbarster duntfarbiger Möbelstoff. Reste spottbillig! **Proben franko.** **Teppichhaus Emil Letevre, Berlin S., 158.**

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2. Bereits-Kränze, Balmen- u. Blumen-Arrangements, Bufeits, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Für 3 Mark 15 Nummern 3620 L*

Am 4. Juli starb unser Vater, der Maler **Theodor Riecken.** Die Beerdigung findet Freitag 6 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Ralob-Kirchhofes zu Rixdorf statt. 2852b Familie Riecken. Familie Henseloff.

Berliner Nachrichten.

Vom Unwert der heutigen Fürsorge-Erziehung.

Ein Mädchen bis zu achtzehn Jahren wird der Fürsorge-Erziehung überwiesen, wenn es wegen gewerblicher Unzucht vor Gericht gefanden hat. Ueber den Einfluss dieser Art Erziehung lässt sich ein Mann aus, der vielleicht einige Kompetenz hat in der Beurteilung der Erziehungsfrage. Es ist der Arzt Dr. med. Wilhelm Hammer, der als früherer erster Hülfzarzt der Frauenkrankeinstation am städtischen Obdach zu Berlin Gelegenheit genug hatte, das jugendliche Dürmentum zu studieren. Herr Hammer hat für die im Verlag von Hermann Gemann Nachfolger G. m. b. H. zu Berlin erscheinenden Großstadt-Dokumente ein Buch verfasst, das sich „Zehn Lebensläufe Berliner Kontrollmädchen und zehn Beiträge zur Behandlung der geschlechtlichen Frage“ betitelt.

In diesem Buche schreibt der Verfasser: Die Vorläufer der Fürsorge-Erziehung gehen von dem Gedanken aus, daß die bisherigen Gefängnisse keine Besserungsanstalten seien, sondern daß sie immer neue Kreise zu einem schlechten Lebenswandel verführten. Wenn wir uns fragen, welche Umstände in den Gefängnissen das Verderben jugendlicher Jünglinge begünstigen, so müssen wir hauptsächlich das Zusammenleben vieler Gleichgestimmter anschauchen. Das geordnete Leben, die strenge Zucht, die geregelte Arbeit, die einfache Kost der Gefängnisse sind wohl nicht als Verschlimmerungsmittel zu betrachten. In den Fürsorge-Erziehungsanstalten ist aber der Hauptgrund zur Verschlechterung, die gegenseitige Verführung, ebenso gegeben, wie in den Gefängnissen; wenn auch ganz alte Dürnen fehlen, so bewirkt doch das Zusammenleben von vielen, oft mehr als hundert Mädchen, die früher der gewerbmäßigen Unzucht ergeben waren, ein gegenseitiges Einwirken in die dunkelsten Gebiete menschlicher Verirrungen. Erfolge der Anstalts-erziehung sah ich bisher bei Dürnen überhaupt nicht. Im Gegenteil ließ sich bei den von mir beobachteten Fürsorgemädchen das Geseh aufstellen: Je länger ein Mädchen in Erziehungsanstalt gewohnt hatte, um so sicherer steht bei ihm der Entschluß fest, nach der Entlassung das Leben der gewerbmäßigen Unzucht wieder aufzunehmen. Je länger die Haft dauert, um so härter sind die Enthaltensmaßregeln.

Ich konnte unter vielen Dürnen der Anstalts-erziehung überwiesenen Mädchen nicht ein wesentlich gebessertes finden. Unter 25 Fürsorgezöglingen waren 22 Lesbierinnen.

- Die bisher üblichen Erziehungsmittel sind: 1. Abschluß von jedem Verkehr mit der Außenwelt oder mit Männern. Selbst die Tätigkeit des Arztes und die des Geistlichen wurde teilweise weiblichen Kräften anvertraut. Ausflüge wurden nicht gemacht, Schwerearbeiten nicht bestritten. Verwandte wurden nur selten zum Besuche zugelassen. 2. Strenge Einteilung des ganzen Tages. Genaue Vorschriften für jede Stunde. Ordnung im Essen, Arbeiten, Spazierengehen im Garten. 3. Religiöse Einwirkung. Wöchentlich ein bis zwei Stunden Elementarunterricht. 4. Bestrafung mittels Entziehung des Essens, der Unterhaltung; ferner mittels Einzelhaft in dunkler Zelle mit Prüetze bei geringer Verleumdung. Endlich mittels Verlängerung der Erziehungszeit.

Obgleich ich Dürnen von Fürsorgemädchen kennen lernte, konnte ich kein einziges ermitteln, das durch diese Art Anstalts-erziehung einen geistigen Charakter gewonnen hätte. Auch konnte ich nicht ein einziges Mädchen finden, das die Anstalts-erziehung für eine Wohlthat gehalten hätte.

Herr Hammer ist keineswegs ein revolutionärer Draufgänger; er vertritt im Gegenteil zuweilen bedenklich rückständige Anschauungen. So will er anstelle der Hungerkuren (1) und der Einzelhaft mehr die Prüetze angewandt wissen — man denke, bei Mädchen im Alter bis zu achtzehn Jahren! Immerhin hält er, was gleichfalls auf die Fürsorge-Erziehung ein Licht wirft blutige Verlesungen, wie sie früher in Zuchthäusern an der Tagesordnung waren, in Fürsorge-Anstalten für unangebracht.

Gründe der Religion und der Sittenlehre, so schreibt Herr Hammer weiter, haben sich bei den in Frage stehenden Mädchen ebenso wenig wirksam erwiesen, wie bei den Männern, mit denen sie Umgang pflegen.

Herr Hammer hat Recht, wenn er meint, daß alle Erziehungsmaßnahmen umsonst sind, wenn das Gehirn einen bestimmten Grad der Abweichung vom Durchschnitt erreicht hat. Unter diesen Umständen sind Gewalt und Zwang barbarische Mittel; aber auch allgemein geben die in dem lehrerischen Buch gebrachten Mitteilungen eine Bestätigung des Bibelwortes: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“

Ferienspiele für Gemeindefchulinder.

Die seit mehreren Jahren eingerichteten Bewegungsspiele für die Schüler und Schülerinnen der Gemeindefchulen sollen auch diesmal während des Sommers vom 10. Juli bis 12. August d. J. abgehalten werden. Zu diesem Zwecke werden eine Reihe von Schulhöfen und Spielplätzen mochtätiglich von 8—12 Uhr vormittags und 3—7 Uhr nachmittags für die Schuljugend geöffnet sein. Die Kinder, welche während dieser Zeit den Gefahren des Straßenverkehrs entzückt sind, unterstehen der Leitung und Aufsicht zweier Lehrer bzw. Lehrerinnen, die sie in der Veranstaltung von Spielen unterstützen, ihre etwa vorkommenden Streitigkeiten schlichten, ihnen sonst jedoch möglichst viel Freiheit lassen sollen. Allwöchentlich wird ein Ausflug — meist in zwei Abteilungen, die älteren und die jüngeren Kinder getrennt — in die nähere Umgebung Berlins unternommen.

- Für die Knaben sind folgende Plätze bestimmt: 1. Alt-Moabit 23 (31. Gemeindefchule), 2. Bremerstraße (Spielplatz), 3. Gartenstraße 107 (36. und 120. Gemeindefchule), 4. Hinter der Garnisonstraße (21. und 24. Gemeindefchule), 5. Derfflingerstraße 18a (157. und 164. Gemeindefchule), 6. Gulinstraße 15 (126. und 143. Gemeindefchule), 7. Am Urban (Spielplatz), 8. Schmidstraße 88 (62. Gemeindefchule), 9. Reichenbergstraße 131/132 (145. und 151. Gemeindefchule), 10. Andrastraße 16a (125. Gemeindefchule), 11. Gubenerstraße 51/52 (119. und 136. Gemeindefchule), 12. Bergstraße 88 (88. Gemeindefchule), 13. Demminerstraße (132. und 142. Gemeindefchule), 14. Prinzen-Allee 8 (140. und 194. Gemeindefchule), 15. Schulstraße 99/100 (65. und 77. Gemeindefchule).

- Die Mädchen-Ferienspiele finden auf folgenden Plätzen statt: 1. Stephanstraße 8 (180. und 188. Gemeindefchule), 2. Turmstraße 75 (82. und 90. Gemeindefchule), 3. Auguststraße 87/88 (45. Gemeindefchule), 4. Reibelstraße 31/32 (84. Gemeindefchule), 5. Kurzfürstenstraße 160 (53. Gemeindefchule), 6. Wilhelmstraße 117 (27. und 44. Gemeindefchule), 7. Wasserhorststraße 4 (Nachschule), 8. Blumenstraße 88a (49. Gemeindefchule), 9. Fruchtstraße 38 (52. und 71. Gemeindefchule), 10. Tiltterstraße 4/5 (81. und 109. Gemeindefchule), 11. Prenzlauer Allee 228 (100. und 131. Gemeindefchule), 12. Bernauerstraße 90 (35. Gemeindefchule), 13. Christianiastraße 4/6 (97. Gemeindefchule), 14. Ravenstraße 12 (70. und 202. Gemeindefchule), 15. Schönhauser Allee 188a (110 und 174. Gemeindefchule).

Professor Dr. Schwemmer tritt, wie die Blätter melden, von der Stelle des Direktors des Kreis-Krankenhaus in Lichterfelde zurück. Zu seinem Nachfolger ist dem Vernehmen nach Dr. Hans Burghart, Oberarzt der inneren Abteilung des städtischen Lufthospitals in Dortmund, angetreten. Durch diesen Wechsel in der Leitung, so meint die „Voss. Ztg.“, sei jetzt endlich dem Kreis-Krankenhaus in Lichterfelde

der wissenschaftliche Betrieb gesichert, der ihm bisher fehlte. Diese kleine Nebenbacht ist zwar nicht sehr wissenschaftlich; sie spiegelt aber immerhin den Sach wieder, mit dem die liebe Kollegenchaft zum Teil der bisherigen Leiter des Lichterfelde-Krankenhaus beehrte. Nach unserer Meinung ist es ein eigen Ding, der einen oder anderen Heilmethode die Wissenschaftlichkeit abzusprechen; und vor allen Dingen sollte eine Tageszeitung es sich sehr überlegen, ob sie befügt ist, im Streit ärztlicher Meinungen Partei zu ergreifen. Vielmehr als in diesen Streit sich einzumengen, ist es Aufgabe der Tagespresse, zu beobachten, ob das Interesse der Kranken in einer Heilanstalt gewahrt wird. Da muß denn folgendes gesagt werden. In den letzten Jahren haben wir über manche Mängel in hiesigen Krankenhäusern berichten müssen; und mag jehtmal eingewandt werden, daß die Klagen der eben infolge ihrer Krankheit unzufriedenen und mißmutigen Patienten mit Vorsicht aufzunehmen sind, so bleibt doch noch ein sehr großer Rest übrig, der peinlich genug zu tragen ist. Verhältnismäßig selten haben wir hingegen aus Lichterfelde Klagen gehört, und diese Klagen werden mehr als aufgewogen durch die Berichte anderer urteilsfähiger Kranker, die beinahe begeistert der Sorgfalt gedenken, mit der im Krankenhaus der Professor Schwemmer an ihre Heilung herangegangen sei. Fiechen wir aus allem das folgt, so wäre es kein Verdienst, wenn der Nachfolger dieses Arztes sich im Umgefaßte besonders stark zeigen wollte. Der Herr erreichte schon viel, wenn es ihm gelänge, das Vertrauen zu erhalten, das im Publikum heute durchweg dem Kreis-Krankenhaus in Lichterfelde entgegengebracht wird.

Der Wasserverbrauch Berlins ist im Durchschnitt des ganzen Jahres nicht übermäßig groß, aber in den Sommermonaten und an einzelnen besonders heißen Tagen erreicht er doch eine recht bedeutende Höhe. Der Monat des stärksten Wasserverbrauchs ist gewöhnlich der Juli. Im vorigen Jahr, dessen große Trockenheit noch unvergessen ist, stieg in diesem Monat der Verbrauch an Wasser aus den städtischen Wasserwerken bis nahe an 6 1/2 Millionen Kubilmeter. Auf den Monat des geringsten Verbrauches, der gewöhnlich der Januar ist, pflegen nur etwa drei Viertel der im Juli verbrauchten Wassermenge zu entfallen. Im Winter zu 1905 brachte es der Januar auf noch nicht 4 1/2 Millionen Kubilmeter. An den Tagen des stärksten Verbrauches, die natürlich sehr wechseln, aber selbstverständlich immer in die heißeste Jahreszeit fallen, muß in der Regel weit über das doppelte derjenigen Wassermenge nach Berlin hineingefördert werden, mit der die Versorgung an den Tagen des schwächsten Verbrauches auszukommen pflegt.

Abschlägig beschieden hat die städtische Armenverwaltung das Ersuchen des Vorstandes der Berliner Drogisten-Zunft, neben den Apothekern auch die Drogisten zu den Befragungen an die Stadtarmen, welche freie Arznei, Mineralwasser usw. erhalten, in der gleichen Weise zuzulassen, wie es seit vier Jahren bei den Krankentassen geschieht. Die Ablehnung soll mit dem Hinweis darauf begründet worden sein, daß auch die Apotheker der Stadtverwaltung einen angemessenen Rabatt gewähren und die Kontrolle der Rechnungen zuviel Schwierigkeiten bieten würde. Die Drogisten glauben als Steuerzahler, die auch zu den Inhabern städtischer Ehrenämter ihr Kontingent stellen, umso mehr Recht auf Berücksichtigung ihrer Petition zu besitzen, als sie auch an die verschiedenen Reichs- und Staatsbehörden, wie die Oberpostdirektion, die Eisenbahnverwaltung, die Militärverwaltung für Krankentassen und Lazarette liefern, ohne daß jemals Klagen über ihre Waren laut wurden. Gegen den ablehnenden Bescheid, den die Drogisten dem Einfluß ihrer alten Gegner, der Apotheker, zuschreiben, soll bei der Stadtverordnetenversammlung Protest erhoben werden.

Zum viertermal geheiratet haben hier im Mai, wie die jetzt vorliegende Monatsübersicht des Berliner statistischen Amtes zeigt, vier Personen. Von zwei geschiedenen Männern dritter Ehe heiratete der eine in vierter Ehe eine Witwe und der andere in vierter Ehe eine Jungfrau. Zwei verwitwete Frauen dritter Ehe bekamen die eine wie die andere in vierter Ehe noch einen Junggesellen.

Studierende Frauen. Die drei A. Kinder, Straße, Kirche, die „von oben herab“ den Frauen nachdrücklich empfohlen wurden, scheinen vielfach nicht die gewünschte Anziehungskraft auszuüben. Dem preussischen Kultusminister sind neuerdings wieder aus Frauenkreisen Gesuche zugegangen, worin die Zulassung von weiblichen Studenten zur Immatrikulation auf preussischen Universitäten erbeten wird. Es sollen Ausfichten bestehen, daß dem Wunsch der Frauen stattgegeben wird, und mit Recht wird darauf hingewiesen, daß man sich in Vopern, Baden, Oessen und Württemberg bereits dazu verstanden hat, Frauen als gleichberechtigte Studierende auf den Universitäten einzuschreiben. Für das Sommerhalbjahr 1905 haben sich an der Berliner Universität 805 Frauen als Hörerinnen gemeldet; im Vorjahre waren es 809. Als Zweck ihres Studiums haben die meisten weitere Ausbildung ihrer Kenntnisse angegeben. Von den 805 studieren 211 Literatur, Geschichte, Philosophie, Philologie, 87 Naturwissenschaften, 21 Nationalökonomie, 71 Medizin, 8 Theologie (als Lehrerinnen), 6 Mathematik, 6 Zahnheilkunde, 5 Rechtswissenschaft. Es sind 132 Ausländerinnen darunter, 75 allein aus Ausland. Nur 39 haben den „heiligen Stand der Ehe“ kennen gelernt, die übrigen 328 bezeichnen sich als ledig. — Berlin steht hinter Paris in bezug auf die Zahl weiblicher Studenten weit zurück, und das mag für manchen deutschen Philister ein kleiner Trost sein. In Paris studieren gegenwärtig 935 Frauen, darunter 544 Ausländerinnen. Auch dort studieren die meisten, nämlich 453, Literatur, Kunstgeschichte usw., 225 Medizin, 155 Naturwissenschaften, 52 Chemie, 47 Rechtswissenschaften.

Ueber den niedrigen Wasserstand der Spree und Havel sind in letzter Zeit beunruhigende Mitteilungen verbreitet worden. Offiziellerweise ist der Wasserstand der beiden Flüsse, wenngleich der Hochwasserstand im Frühjahr fast völlig ausgeblieben ist, zur Zeit von der normalen Wasserhöhe nur wenig abweichend, so daß eine Gefahr für die Schifffahrt nach Berlin augenblicklich nicht vorhanden ist. Allerdings ist in der letzten Woche der Wasserspiegel fast täglich gesunken, jedoch ist gestern wiederum ein Wasserwuchs konstatiert worden. Auch die Dampfschifffahrt ist zurzeit noch nicht bedroht, wenn auch dieser Strom einen niedrigeren Wasserstand aufzuweisen hat. Beunruhigende Meldungen kommen nur von der Elbe, besonders von dem mittleren und oberen Lauf, wofür die Tiefgang für die Flachsiffe bereits gemindert werden muß. Kurze Verkehrsstörungen für den Frachtverkehr treten auf der Elbe und Oder alljährlich ein. Der plötzliche Witterungswechsel sowie zahlreiche Regengüsse, die gerade in den letzten Tagen in den verschiedensten Gegenden Deutschlands zu verzeichnen waren, berechnen zu der Hoffnung, daß eine Wiederholung der vorjährigen Schiffschiffalaminat in diesem Jahre nicht eintreten wird.

Vom städtischen Armenwesen. Im Monat Mai d. J. zahlte die Armenverwaltung an 83 642 Personen laufende Unterstützungen im Betrage von 540 197 M. Außerdem erhielten von den laufenden Unterstützten noch 1861 Personen Extraintersetzungen in Höhe von zusammen 12 299 M. — An 4950 nicht laufend unterstützte Personen wurden Extraintersetzungen im Betrage von 55 539 M. gezahlt. — 102 „Almosenempfänger“ wurden in ein Krankenhaus, 32 in andere Anstalten aufgenommen. — Für 11 002 Pflegefinder zahlte die städtische Armenverwaltung im Monat Mai an laufender Unterstützung die Summe von 83 693 M. 585 Pflegeelternempfänger wurden zur Pflege der Kinder Extraintersetzungen im Betrage von 4717 M. gezahlt. In Krankenhäusern wurden 21, in anderen Anstalten 12 Pflegefinder versorgt.

Haltestellenanzeiger für Straßenbahnen. Das Ausrufen der Haltestellen durch die Schaffner der Straßenbahnwagen versteht sich nicht selten seinen Zweck, weil der gerufene Name nicht immer

jedem Fahrgast verständlich ist, namentlich dann, wenn ihm die Namen nicht bekannt oder geläufig sind. Der um das Verpassen seiner Haltestelle besorgte Fahrgast ist dann auf das Befragen der Mitreisenden angewiesen, wie man es täglich auf der Straßenbahn erleben kann. Diefem Uebelstande soll ein selbsttätiger Haltestellen-(Stations-)Anzeiger abhelfen, der in Berlin auf der Linie Mittelstraße—Pankow in einer Anzahl Wagen versuchsweise eingebaut ist, und der sich sowohl beim Publikum, als den Straßenbahnbeamten schnell Freunde erworben hat.

Die in ihrem Äußeren einem hölzernen Schränkchen gleichende Vorrichtung mit Glascheibe ist innerhalb des Wagens über der Tür angebracht, so daß der hinter der Glascheibe erscheinende Name der nächsten Haltestelle von jedem Fahrgast gesehen werden kann. Die in dem Schränkchen untergebrachte Vorrichtung besteht aus zwei Walzen, über welche sich ein breites Band mit den Namen der Haltestellen auf- und abrollt. Ein Triebwerk, das seinen Antrieb durch eine Urfeder erhält und das durch einen Elektromagneten ausgelöst und gesperrt wird, bewirkt das Drehen der Walzen. Den Stromimpuls erhält der Elektromagnet aus dem Betriebsstrom der Ueberleitung. Zu diesem Zweck ist an den Orten, an denen der Name der sieben durchlaufenden Haltestellen durch den der nächsten ersetzt werden soll, in den Aufhängequerdrabt des Leitungsdrahtes zwischen zwei Schmalenisolatoren ein kurzer Rundstabsstab eingebaut, der leitend den Fahrdraht trägt, und um den ein schwacher Eisenstab drehbar schwingt. Gegen diesen vom Betriebsstrom durchflossenen Eisenstab trifft in der Fahrt ein Querstab der Stromabnehmerstange, oder ein im Stromabnehmerbügel ausgespannter Draht, der den empfangenen Strom dem Elektromagneten im Anzeiger zuführt, die Sperrung durch den Magneten auslöst, so daß unter der Wirkung der Urfeder die Walzen bis zum Eingriff der nächsten Sperrung herumschnellen und den Namen der nächsten Haltestelle vor die Glascheibe bringen. Gleichzeitig gibt das Triebwerk ein Glockenzeichen, das die Aufmerksamkeit der Fahrgäste auf den Anzeiger lenkt. Sollte aus irgend einem Grunde der selbsttätige Namenswechsel versagen, so kann der Schaffner durch eine einfache Schaltvorrichtung die Einstellung des Namensbandes bewirken. Der Haltestellenanzeiger ist, wie wir dem „Prometheus“ entnehmen, eine Erfindung von Jens Schmidt in Kopenhagen und wird nach dessen Patent von einer Gesellschaft m. b. H. in Berlin hergestellt.

Ueber die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kellner in großen Berliner Restaurants bringt nicht allzu viel in die Öffentlichkeit. Da mag es dem angebracht sein, aus einem der feinsten Institute, dem Restaurant des Hofraiteurs Ad. von im Zoologischen Garten, der gleichzeitig das Restaurant Piller unter den Linden führt und Mitinhaber des Kontinentalhotels ist, einiges mitzuteilen. Wir wollen im wesentlichen die Arbeitsverhältnisse derjenigen 85 bis 40 Kellner schildern, die in dem elegantesten Teil des ganzen Betriebes, nämlich auf der Veranda beschäftigt sind. Diese Kellner sind, wie man uns schreibt, selbstverständlich auf Trinkgelder angewiesen; an Monatslohn erhalten sie 15 M. Allerdings nur auf dem Papier; in Wirklichkeit werden von dieser hohen Summe ganz beträchtliche Abzüge gemacht.

Zunächst gehen ungefähr 8 M. pro Monat für Kranken- und Invalidenversicherung ab. Für die circa 150 Kellner des Establishments, die sämtlich außer dem Hause wohnen, existiert ein gemeinsamer Garderobenraum. Für die Aufbewahrung der Kleider muß jeder Kellner täglich 5 Pf. bezahlen, pro Monat also 1,50 M. Diese Gelder (monatlich circa 200 M.) fließen der Direktion zu; dem Hausdiener, der den Garderobenschrank zu besorgen hat, müssen die Kellner extra noch ein Trinkgeld geben, damit er gut aufpaßt, denn verschließbare Schränke stellt die Direktion nicht zur Verfügung. Ferner muß jeder Kellner noch 40 Pf. pro Woche für die zwei Hausdiener zahlen, welche das Begräumen des Geschirrs, der Betten usw. besorgen. Schließlich werden jedem Kellner noch 50 Pf. monatlich für das Ausklappen der Stühle abgezogen. Damit ist die Liste der Abzüge aber noch nicht erschöpft. Auch für den Gläserbruch müssen die Kellner aufkommen. Im Monat Juni mußte jeder der Verandakellner 6 M., die Terrassenkellner jeder 4,50 M. zahlen. Die Direktion vereinnahmt somit im Monat Juni für Gläserbruch weit über 400 M. Eine richtige Kontrolle über die Gläser haben die Kellner nicht. Auf diese Weise wird der Lohn von 15 M. so ziemlich wieder aufgebraucht.

Die Verlesung der Kellner, die fortgesetzt Zeugen lukullischer Genüsse sind, ist miserabel. Kaffee gibt es weder des Morgens noch des Nachmittags; der Kellner kann sich des Nachmittags allerdings eine Tasse Kaffee für 15 Pf. kaufen. Um 10 Uhr morgens gibt es zwei Lutterfüllen, ohne Belag; diesen müssen sich die Kellner selbst kaufen. Das Mittagessen ist sehr schlecht; in der Regel besteht es aus Ragouts, Soufflés usw. Gegen 6 Uhr gibt es das, was man in dem Betriebe des Herrn Hofraiteur mit Abendbrot bezeichnet, nämlich die sogenannten Kellnerfüllen, die eine mit Käse, die andere mit Wurst (die in Kellnerkreisen sogenannte Gensadlerwurst, die Elle 40 Pf.).

Um in diese Betriebe hinein zu kommen, müssen die Kellner erst einem Stellenvermittler ihren Tribut zahlen. Jeder Kellner, gleichgültig, ob er schon in früheren Jahren dort gearbeitet hat und gleichgültig, ob er von der Direktion direkt eingestellt wurde oder nicht, jeder muß einen „Aberd“ unterzeichnen, in welchem er sich verpflichtet, dem Stellenvermittler Sieding 10 Mark bis spätestens 14 Tage, vom Tage des Eintritts an gerechnet, an das Bureau zu zahlen, widrigenfalls die Direktion (des Zoologischen Gartens) berechtigt ist, den Betrag von meinem ersten Gehalt zur Begleichung der Gebühren abzugreifen.“ Die Buchhalter des Herrn Hofraiteurs bemühen sich auch in der Tat mit allem Eifer um die Eintreibung der Wuchergelder für den Stellenvermittler. Bei dem häufigen Wechsel, der in diesem Betriebe vorkommt, dürfte der Stellenvermittler im Laufe des Sommers das nette Sümchen von circa 2000 M. allein aus dem Zoologischen Garten heraus-schleppen.

Die Schuld an diesen Zuständen tragen die Kellner selbst, die die Notwendigkeit der Organisation eben immer noch nicht genügend begriffen haben. Es wird für sie die höchste Zeit, dem Beispiele der industriellen Arbeiterchaft zu folgen und sich zu vereinigen, um eine Verbesserung ihrer Lage dem Unternehmertum abzuwingen.

Wie heiß war es in den letzten Tagen? Jeht liegen die amtlichen Beobachtungen der für Berlin maßgebenden Beobachtungsstation in Berlin SW. (Zeltowerstraße), über die in den letzten Tagen festgestellten Temperaturen vor. Danach war der Sonnabend, 1. Juli, der heißeste Tag, der in Berlin seit 40 Jahren vorgekommen ist; er übertraf mit seiner Mitteltemperatur von 23,5 Grad C selbst noch den heißesten Tag des vorjährigen Sommers, den 18. Juli 1904, um 1/10 Grad, während seine Maximaltemperatur fast genau dieselbe war wie an diesem Tage (36,3 gegen 36,4 Grad C.). Seit Beginn regelmäßiger amtlicher Beobachtungen in Berlin haben nur zwei Tage (20. und 21. Juli 1895) eine höhere Mitteltemperatur als der letzte Sonnabend gebracht: 29,5 bzw. 29,0 Grad C. und ebenso nur zwei Tage (20. Juli 1895 und 18. Juli 1904) eine etwas höhere Maximaltemperatur: 37,0 bzw. 36,4 Grad C. Doch ist zu bemerken, daß auf der zweiten Berliner Beobachtungsstation in der Invalidenstrasse das Thermometer am Sonnabend sogar bis auf 37,3 Grad C. stieg — es ist dies der höchste in Berlin jemals sicher festgestellte Thermometerstand! — Der Sonntag blieb mit seiner Maximaltemperatur hinter der des Sonnabends um 1 bis 1 1/2 Grad zurück; auch die Mitteltemperatur war niedriger als am Vortage (27,0 Grad C.), doch war daran nur die durch das Gewitter herabgedrückte Abendtemperatur schuld — ansonsten wäre dieser Tag der heißeste gewesen. Der vorausgegangene Freitag war mit 26,8 Grad C. Mitteltemperatur auch der wärmste Junitag, der jemals in Berlin vorgekommen ist!

Einen Nordversuch auf eine Prostituierte verübte in der letzten Nacht der 24 Jahre alte wohnungslose Schuhmacher Joseph Sobulla. Er traf in der Wilhelmshavenstraße die 35 Jahre alte Ottilie Badt und begleitete sie nach ihrer Wohnung Wandelfraße 37. Kurz nach seinem Eintritt drangen gellende Hilferufe aus der Wohnung, wodurch die Hausbewohner aufgeschreckt wurden und zusammenliefen. Man sah den Mann aus der Badtschen Wohnung herausstürzen und über den Hof weg nach der Straße laufen. Es gelang den Verfolgern, den Dürftigen festzunehmen. Die Badt, die einen lebensgefährlichen Stich mit einem Küchenmesser in die linke Halsseite erhalten hatte, wurde nach dem Krankenhaus Noabitt gebracht. Dort gab sie an, daß Sobulla in ihrer Wohnung sich so gestellt habe, als ob er ihr Geld geben wolle, plötzlich habe er auf sie eingeschlagen und ihr dann ihr eigenes Küchenmesser in den Hals gestochen. Hierauf sei sie mit einem Aufschrei zusammengebrochen. Sobulla behauptet dagegen, daß das Mädchen auf ihn eingeschlagen habe, weil er ihr nicht mehr Geld als 1,50 M. geben wollte; er habe sich zur Wehr gesetzt und zu dem Messer gegriffen. Die Anrede findet aber keinen Glauben, weil man bei dem Verhafteten kein Geld vorfand.

Weiter wird berichtet, daß nach dem Ergebnis der genauen ärztlichen Untersuchung und bei einem am Tatort abgehaltenen Termin festgestellt werden konnte, daß das Mädchen nicht bloß einen Verletzung in den Hals, sondern auch Schläge mit einem Hammer auf den Kopf davongetragen hat. Das Befinden des Mädchens ist verhältnismäßig gut.

Ein schwerer Automobilunfall wird abermals gemeldet. Gegen 12 Uhr nachts fuhr die Automobilmaschine Nr. 4032, in welcher sich drei Fahrgäste befanden, die Charlottenburger Chaussee in der Richtung nach Charlottenburg entlang. In der Nähe des Bahnhofs Tiergarten verlor die Steuerung der Maschine, welche plötzlich von ihrem geraden Wege abbog und in voller Fahrgeschwindigkeit auf den aus entgegengesetzter Richtung kommenden Straßenbahnwagen 2050 der Linie N der Charlottenburger Straßenbahn-Gesellschaft losjagte. Wenngleich der Straßenbahnführer sofort bremste, konnte er den Zusammenstoß doch nicht mehr verhindern. Die Automobilmaschine fuhr heftig gegen die Vorderplattform des Straßenbahnwagens, wurde zurückgeschleudert und umgeworfen. Die Insassen sowie der Chauffeur fielen auf den Fahrdamm. Der Hotelbesitzer Schütte, Sädenstr. 66, erlitt eine starke Rückenquetschung, seine Frau einen Bruch des rechten Oberarmes und der Schneidermeister Friebe, Probststr. 9 wohnhaft, starbblutende Verletzungen im Gesicht und solche an den Armen. Der Chauffeur kam mit leichten Hautabrisuren davon. Das Vordergestell des Straßenbahnwagens wurde zertrümmert, die Vorderplattform des Straßenbahnwagens stark beschädigt. Die Person war bei dem Anprall umgelegt und teilweise zersplittert worden. Dagegen blieben die Fahrgäste sowie auch das Personal des Bahnwagens unversehrt. Die vier Verunglückten wurden, nachdem sie auf der Unfallstation im Tiergarten die erste Hilfe erhalten hatten, nach ihren Wohnungen gebracht.

Straßenperrungen. Das Lützow-Ufer zwischen Dörnbergstraße und Lützow-Platz wird behufs Befestigung eines Rohres vom 6. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt, ebenso der nördliche Verbindungsdamm an der Kreuzung der Kolonnen- und Drontheimerstraße.

Ein Einbrecherest. In der Nacht zum 4. d. M. wurden aus einem Warenhaus in der Schönhauser Allee durch Einbruch Wäsche und Herrenkleider im Werte von mehreren tausend Mark gestohlen. Man bemerkte gestern Abend ein Schuttmann einen Mann, der ein großes Bündel nach der Laubenkolonie „Samoa“ an der Schönhauser Allee brachte, eine Laube öffnete und dort die Last niederlegte. Bei der Annäherung des Beamten entfloh der Mann und konnte auch nicht eingeholt werden. Gleich darauf kam ein zweiter Mann mit einem Bündel nach der Laube. Dieser wurde ergriffen und als ein alter Einbrecher Karl Schiffer festgenommen. Das Bündel hatte angeblich der „große Unbekannte“ geliefert. Inhaber der Laube ist ein Arbeiter, in dem der Träger des zuerst niedergelegten Bündels erkannt wurde. Die beiden Bündel enthielten je eine Hälfte der dem Warenhaus gestohlenen Sachen.

Mit der Hand in die Kreislage gekommen ist gestern der in der Tischlerei von Stein, Memelerstraße, beschäftigte Tischler Schwarz. Er blühte zwei Finger der linken Hand ein.

Feuerberichter. In den letzten 24 Stunden hatte die Wehr wieder fünf Feuerschäden zu befechtigen und zwar in der Badstraße 61a, Quistorfstraße 90/91, Greifswalderstraße 10, Bräkerstraße 33 und auf dem Bahnhofs Weisensee. — Mittwoch gegen Mittag erfolgte Alarm nach Rigdorf, wo in der Rannierstraße 27 ein größerer Dachstuhlbrand ausgebrochen war. Die Berliner Feuerwehre rückte sofort nach Dorthin aus und untertützte die Ortswehr in der Abkämpfung. Mit zwei Schlauchleitungen, die über mechanische Leitern hinaufgeführt wurden, konnte das Feuer innerhalb einer Stunde unterdrückt werden. Immerhin ist doch ein erheblicher Teil vom Dachstuhl des Vorderhauses vernichtet. Ueber die Entstehungsurache konnte nichts ermittelt werden. — In der Klosterstraße 46 war dann Petroleum in Brand geraten, während in der Alexanderstraße 30 Verpackungsmaterial eingeschert wurde. — Außerdem hatte der 20. Löschzug nach An der Fischerbrücke 17/18 zu tun, wo Gardinen und Möbel in einer Wohnung in Flammen aufgegangen waren.

Eine Anzahl Quittungsmarken sind als gefunden bei uns abgeliefert worden. Der Eigentümer kann sie in der Redaktion einfordern.

Sport. Ueber das Gordon-Bennet-Rennen wird gemeldet: Raschamps, 5. Juli. Täglich passierte das Ziel das erste Mal um 7 Uhr 41 Minuten. Er hat die erste Runde somit in einer Stunde 41 Minuten zurückgelegt. Lancia passierte um 7 Uhr 50 Minuten. Er hat damit Täglich gegenüber einer Vorsprung von 7 Minuten gewonnen und Carp und Jenay überholt.

Gerichts-Zeitung.

In dem großen Heiratsvermittlungs-Schwindelprozess gegen den Agenten und Kaufmann Ferdinand Gombert wurde gestern die Beweisaufnahme vor der ersten Strafkammer fortgeführt und beendet. Es gelangte noch eine ganze Reihe von Vertragsfällen zur Sprache. Der Angeklagte hatte in allen Fällen nach dem gleichen System gearbeitet. Staatsanwalt Südecke gab zu, daß der Angeklagte von Damen ernsthaft beauftragt worden sein möge, Partien zu vermitteln und daß ihm das zum Teil auch gelungen sein dürfte. Jedenfalls sei das aber nur in ganz bescheidenem Umfang der Fall gewesen. Er hat aber mit fingierten „Lobvögeln“ einfältige Simpel zu fangen gesucht und sich des verführten und vollendeten fortgesetzten Betruges schuldig gemacht. Er beantragte gegen den Angeklagten neun Monate Gefängnis, 150 Mark Geldstrafe und mit Rücksicht auf die bewiesene eheleose Gesinnung zwei Jahre Ehrverlust. Die Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Schwinat und Rechtsanwältin Arndt vermissen den Nachweis, daß der Angeklagte die reichen Erbinnen — nach seiner Ausdrucksweise — nicht „auf Lager“ gehabt habe. Dann sei ihm aber ein Vertrag nicht nachgegeben und es müsse Freisprechung erfolgen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Ferdinand Gombert wegen fortgesetzten verführten und vollendeten Betruges zu neun Monaten Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe oder im Unvermögensfalle für je zehn Mark ein Tag Gefängnis. Von der Erkennung auf Ehrverlust hat das Gericht abgesehen.

Zwei Schneid-Prozesse sollten gestern vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung kommen. Der Eheverfallene der „Zeit am Montag“, Karl Schmidt, war in dem ersten Prozeß wegen Verleitung des sächsischen Kriegsministers, in dem zweiten in Gemeinschaft mit der Schriftstellerin Schildberger wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften an-

geklagt. In einer Nummer der „Zeit am Montag“ brachte der Angeklagte eine Kritik über sächsische Verhältnisse. Er knüpfte daran die Bemerkung, daß der „Kriegsminister“ und seine Trabanten jeder Kultur entgegenstünden, sich dem Volkswohl und einer Besserung der sozialen Verhältnisse entzogen. In dem Artikel erblidete die Staatsanwaltschaft eine Verleumdung des sächsischen Kriegsministeriums. — In dem zweiten Prozeß handelte es sich um eine in der „Zeit am Montag“ erschienene Novelle: „Schneid“, die von der Mitangeklagten Schildberger verfaßt war. Der Inhalt soll nach staatsanwaltlicher Auffassung unzüchtigen Charakters sein. — Beide Angelegenheiten unterlagen schon einmal einer richterlichen Kognition. Die Strafkammer erkannte seinerzeit in beiden Fällen auf Freisprechung. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Revision ein. Das Reichsgericht erkannte unter Aufhebung des ersten Urteils auf Zurückverweisung an die Vorinstanz. In dieser sollte nun gestern die Verhandlung vor obiger Strafkammer stattfinden. Bei Aufruf der Sache war indessen der Angeklagte Schmidt nicht erschienen. Der Staatsanwalt beantragte, den Angeklagten zu verhaften, da ihm die Vorladung persönlich zugestellt sei. Rechtsanwalt Dr. Dalpert machte indessen geltend, daß es dem Angeklagten, bei der großen Zahl der gerichtlichen Verhandlungen, die ihm zugeordnet würden, sehr leicht möglich sei, einen Termin zu übersehen. Die Verhaftung, die der Staatsanwalt auch in diesem Falle beantragte, sei doch nicht dazu da, um einen erzehrerischen Zwang auszuüben, sondern sei nur bei Flüchtigkeitsvergehen, Stollungsgefahr oder wenn der Gegenstand der Anklage ein Verbrechen sei, zu verhängen. Diese Momente träfen indessen nach keinerlei Richtung hin zu. Der Gerichtshof nahm aus diesen Gründen von einer Verhaftung Abstand und beschloß, den Angeklagten zum nächsten Termin vorzuführen zu lassen.

Ein umfangreicher Prozeß wegen Verbrechens wider das leimende Leben gelangte gestern nach dreitägiger Verhandlung zum Abschluß. Vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I waren wegen Verbrechens nach § 218 des Strafgesetzbuchs bezw. Beihilfe dazu zwölf Personen angeklagt, und zwar: der Reisende Otto Siegert, dessen Ehefrau, der Schneider Emil Kramer und dessen Ehefrau, der Reisende Arthur Siegert, die unverehelichte Ida Peters, die unverehelichte Emma Florenz, die unverehelichte Auguste und Martha Schönteich, die unverehelichte Wilhelmine Schöllnies und die Frau Ida Rüdiger. Mit Ausnahme der vier Letzgenannten sind die übrigen Angeklagten sämtlich unter sich verwandt bezw. verschwägert. — Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die angeklagten Siegert und Kramerschen Eheleute erlassen seit längeren Jahren in einer großen Anzahl Zeitungen in allen Gegenden Deutschlands, insbesondere in Provinzialzeitungen, Inserate, in welchen sie Rat und Hilfe in vorkommenden Fällen anbieten. Wegen Nachnahme von 30 und 50 M. erhielten dann die betreffenden Personen, meist arme verführte Mädchen, völlig indifferente Mittel zugewandt, außerdem wurde in beigelegten Prospekten angeündigt, daß die „persönliche Behandlung“ an Ort und Stelle 75 bis 100 M. kostete. Es meldeten sich auf Grund der Annoncen eine große Anzahl weiblicher Personen. Die beiden Ehepaare unternahmen „Ausstreifen“ nach Dresden, Leipzig und Wöfen, um an Ort und Stelle ihr Treiben auszuführen. Das Geschäft blühte so günstig auf, daß schließlich die Post aufmerksam wurde. Durch einen Zufall wurde der Inhalt der zahlreichen Pakete ermittelt und die Kriminalpolizei davon in Kenntnis gesetzt. Die Angeklagte Kramer, die in Gemeinschaft mit der Frau Siegert die Hauptleiterin der ganzen Gesellschaft war, ergriff die Flucht aus Furcht vor Strafe. Sie wurde in der Schweiz ermittelt und im Auslieferungsverfahren der Behörde übergeben. — Vor Gericht bestritten die Angeklagten, sich schuldig gemacht zu haben. Die Rechtsanwältin Justizrat Dr. Bronker, Dr. Werthauer, Dr. Philipp, Sachs und Schneidemühl beantragten aus rechtlichen Gründen Freisprechung oder milde Verurteilung, zumal sich die Angeklagten 1 1/2 Jahr in Untersuchungshaft befinden. Das Urteil, welches in später Abendstunde gefällt wurde, lautete gegen Frau Siegert auf 1 Jahr 6 Monate, gegen Frau Kramer auf 1 Jahr 3 Monate, gegen Otto und Arthur Siegert und Kramer auf 9, 8 bezw. 4 Monate Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von 9 Monaten bis zu 3 Wochen verurteilt.

Der große Juidaner Kellerwechsel-Prozeß kam gestern vor dem Reichsgerichte in der Revisionsinstanz zur Verhandlung. Handel, der zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, hat auf das Rechtsmittel der Revision verzichtet. Von den übrigen 13 Angeklagten haben nur drei Revision eingelegt, nämlich der Kaufmann Konrad Reinhold Eppeler in Juidaner, verurteilt zu einem Jahre 8 Monaten Gefängnis, der Färbereibesitzer Paul Dalchow in Hannover, verurteilt zu 6 Monaten Gefängnis, und der Agent Hermann Max Müller in Breslau, verurteilt zu 10 Monaten Gefängnis. Das Reichsgericht erkannte auf Verwerfung der Revision der drei Beschwerdeführer.

Ein Substrat-Urteil. Das Reichsgericht verwarf gestern die Revision des Chefredakteurs der „National-Zeitung“, Arthur Dix, der am 20. April d. J. vom Landgericht I in Berlin wegen Verleumdung des Ministers Substrat und des ersten Staatsanwalts in Oldenburg zu 600 M. Geldstrafe verurteilt wurde.

Vorort-Nachrichten.

Steglitz. Der letzte Akt einer erschütternden Familientragödie hat sich in der Nacht zum Mittwoch im Armenhause der Gemeinde Steglitz abgespielt. Eine der Bewohnerinnen, die 45jährige Frau Charlotte Rudrow, hat sich in Verzweiflung über ihr trauriges Schicksal aus dem zweiten Stockwerk herabgestürzt. Ihr Name wurde vor etwa zwei Jahren viel genannt, als der Mann der Bedauernswerten sich in geradezu schauerlicher Weise an seinen beiden eigenen, unermwachten Töchtern verging. Rudrow verbißt zurzeit deswegen eine vierjährige Jugendstrafe. Beide Mädchen haben dauernden Schaden an ihrer Gesundheit gelitten. Die Mutter nahm sich diese Schicksalschläge so zu Herzen, daß sie beschloß, ihrem Leben ein Ende zu machen. Sie wurde heute morgen mit zerschlagenen Gliedern vor dem Armenhause aufgefunden und dem Richtersfelder Kreiskrankenhause zugeführt. Ihr Zustand ist hoffnungslos.

Vermischtes.

Die berühmten „Polizeigriffe“ scheinen international zu sein. So hat eine Polizeilist in Kopenhagen, wie die „Voss. Tg.“ berichtet, allgemeine Entrüstung hervorgerufen. Drei junge Handwerker, darunter zwei Brüder, längere Zeit arbeitslos, passierten die Königin Louise-Brücke, leidenschaftlich ihre verzeitelte Lage diskutierend, als plötzlich der eine, ein verheirateter Zimmergehilfe, sich über die Brückenbrüstung schwang und ins Wasser stürzte, offenbar, um sich das Leben zu nehmen. Der Bruder und der Freund gerieten dorthin in fürchterliche Aufregung und liefen einer nach jeder Seite, um Hilfe zu suchen. Ramentlich der Bruder des Ertrinkenden schrie laut die Passanten an, ihm zu sagen, was er tun solle, um seinen Bruder zu retten. Er gebärdete sich dabei so wild, daß man ihn für verrückt hielt, zumal man von dem Ertrinkenden nichts sehen konnte, und einige herzutommende Polizeibeamter schlossen sich alsbald dieser Auffassung an. Sie nahmen ihn daher fest, was erst nach längerem Ringen gelingen konnte, brachten ihn auf die Polizei und von da ins — Irrenhaus. Inzwischen ertrank der Bruder. Erst am nächsten Tage klärte sich der Verhängnis auf. Gegen die betreffenden Polizeibeamten ist natürlich sofort geklagt worden; aber auch die Verzeite dürften für die angeordnete Internierung ins Irrenhaus Bedenkenshaft abzulegen haben. In Danemark werden aber im Gegensatz zu anderen Ländern die schuldigen Beamten strafrechtlich verantwortlich gemacht.

Eine fieselsche Kindesmörderin. Unter dem Verdachte des fünfjährigen Kindesmordes wurde kürzlich die in-Bilfomischen in Ar-

beit stehende Ledemannsrau Gennat verhaftet und dem Gerichtsgefängnis in Wehlanen zugeführt. In den fünf erhumerten Kinderleichen ist inzwischen der Verdacht bestätigt worden; es handelt sich um eine Vergiftung mittels Arsenik. Infolge häufigen Wohnungswechsels der Frau lassen sich, wie weiter gemeldet wird, die Begünstigten von noch zwei anderen Kindern nicht mehr genau angeben, doch kann mit Sicherheit angenommen werden, daß auch in diesen Fällen die Kinder durch die Hand der entmenschten Mutter gewaltsam beiseite geschafft worden sind.

Grubenunglück. Auf der Grube „Achenbe“ wurden, wie aus Dortmund gemeldet wird, drei Bergleute durch herabfallende Steinmassen verschüttet. Einer ist tot, zwei sind schwer verletzt.

Am Stigsäge sind auch in der Gegend von Trier während der letzten Tage vier Personen gestorben.

Die Ueberschwemmungskatastrophe in Mexiko. Ueber 1000 Menschen sind, wie „New York Herald“ meldet, bei dem Wolkbruch in Guanajuato ums Leben gekommen. Mehrere Hundert Leichen sind bereits geborgen worden. Guanajuato, das ungefähr 90 000 Einwohner hat, liegt in einer Gebirgschlucht. Die Fluten des durch den Wolkbruch plötzlich mächtig angeschwollenen Flusses brachen im Augenblick über die Stadt herein, die Einwohner völlig überraschend. Der am Bergeshang über dem Flusse liegende Teil der Stadt wurde völlig überflutet und über ihn hinweg stürzten dann die Wassermassen in die Gebirgsschlucht hinab. Ein Zug der mexikanischen Zentralbahn wurde von der Flut eingeholt, und fast alle seine Fahrgäste ertranken. Zahlreiche Häuser wurden weggeschwemmt, die Einwohner ertranken in ihren Betten. Ein Teil der Einwohnererschaft hatte sich in die Kirche gerettet und lag auf den Anken, um Rettung flehend. Da stürzte unter dem Anprall der rasenden Flut ein Teil der Kirche ein, und die Betenden, Männer, Frauen und Kinder, kamen ums Leben. Am schlimmsten wütete er in den tiefer gelegenen Stadtteilen, wo die ärmeren Klassen wohnen.

Ein ungeheurer Bergsturz ist vom 7. d. Mts. in dem Dorfe Simpel (Nanton Ballis) niedergegangen. Die Simpelstraße und der Alpensee, dessen Wasser zu Tal stürzten, wurden verschüttet. Die schweizerische Post muß umladen.

Briefkasten der Redaktion.

Krause. Klause dieser Art können wir nur nach persönlicher Rücksprache veröffentlichen. — W. J. Die Einweihung der Thomaskirche in Berlin fand statt am 21. Dezember 1899. — G. B. Angellarten für Berlin: 4,00 M. für die Oberseite von der Oberbaumbrücke bis zu den Dammhäusern, 2,00 M. für die Unterseite von da bis Martinienstraße. Sie werden ausgegeben von der Berliner Fischermergen (Obermeister Liebede, Schornsteinfegergasse 1) und müssen gestempelt sein vom Polizei-Schiffbau-Bureau (Probststr. 5). Gewöhnlich gibt es die Angelerlaubnis nur für die Wochenlage. Für Sonntag kann sie dem erteilt werden, der nachweist, daß er wochenlang durch seine Erwerbstätigkeit in Anspruch genommen ist. Antrag auf Angelerlaubnis für Sonntag muß beim Polizeipräsidium schriftlich eingereicht werden. Angellarte ist im voraus beizulegen. Wer außerhalb Berlins angeln will, hat sich natürlich dorthin an die betreffenden Fischerberechtigten zu wenden. — Friedenau. 16-17 Millionen Mark. — P. N. Die betreffende Kasse ist nicht näher bekannt. Auskunft erhalten Sie wohl im Berliner Rathaus: 1. durch Beamte des Bürger-Rettungsinstituts, 2. der Friedrich-Wilhelmsanstalt für Arbeitslose, 3. der Arbeiter-Stiftung. — H. 19. Ja. — K. K., Hamburg. 1. Neue Welt, Hafenstraße 108-114. 2. Etwa 1/2 Stunde. Linie 15.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 M.

S. Z. Telow. Liegt kein schriftlicher Vertrag vor, ist auch mündlich über die Kündigung nichts vereinbart, so kann in Ihrem Fall bis zum dritten des ersten Quartalsmonats zum Schluss des Quartals gekündigt werden, also am 3. Oktober zum 31. Dezember. — K. 139. Wenden Sie sich an die Bausdirektion. — M. Otto. 1. Etwa 3 M. 2. Wenn Sie in diesem Jahre aus der Kirche austreten, so müssen Sie bis zum Schluss des nächsten Jahres Kirchensteuer zahlen. Jedes Familienmitglied hat sich auszusprechen. Formulare zum Kirchenaustritt erhalten Sie in der Buchhandlung Bornharts und bei Hofmann, Blumenstr. 14. — Stettin. Ihr Mietvertrag ist an und für sich gültig und einzuhalten. Ist aber die Wohnung gesundheitsgefährdend, so können Sie auf sofortige Aufhebung und auf Schadenersatz klagen. — B. 95. Reklamation hätte keine Aussicht auf Erfolg. — B. 2. 1. In drei Monaten bis zwei Jahren verjährt eine Beschuldung, je nachdem ob der Schuldner Kaufmann, Girant oder Akzeptant ist. 2. Mahnen ist nicht nötig. 3. In der Regel in zwei Jahren nach Ablauf des Jahres, in dem die Arbeit geliefert ist, verjährt der Anspruch auf Lohn. 4. Pringen sind gefällig. — J. Rein. — R. 99. Wir halten feinerzeit dringend und wiederholt zum Ausdruck, daß der Fall gemordeten Kasse geraten. Da der Fall nicht bestritten, Ihre Frau Mitglied geblieben ist, so wird sie zahlen müssen. — C. B. 17. Das hängt von der getroffenen Vereinbarung ab. — M. St. 57. Detaillierte Vorarbeiten darüber, wie ein Vormund sich zu verhalten habe, bestehen nicht. Glaubt die Mutter, der Vormund vernachlässige seine Pflicht, so kann sie sich beschwerend an das Gericht wenden. Aus Ihrer Darstellung folgt nicht, daß eine Pflichtvernachlässigung vorliege. — 100 R. Ja. — H. S., Zanten. Soweit ersichtlich, wären leider zurzeit weitere Schritte ausgeschlossen. — P. K., Jena. 1. und 2. Nein. — A. T. 100. Die von Ihnen angegebenen Gründe berechtigen Sie nicht zur Aufhebung des Mietvertrages. Der von Ihnen geplante Auszug kann als strafbares Mischen oder, falls Sie im Vertrag wahrheitsgemäß die Angabe gemacht haben, die betreffenden Sachen gehören Ihnen, auch als Betrug erachtet werden. Sie könnten leider nur auf Befreiung der von Ihnen besagten Miethände klagen. — A. 2. Der Armendirektion würde in dem von Ihnen geschilderten Fall alles Erbrecht zustehen. Die Kinder und sonstigen gesetzlichen Erben würden für die Schulden haften, wenn sie nicht innerhalb sechs Wochen in einer notariell oder gerichtlich beglaubigten Urkunde die Erbschaft ausschlagen und die Urkunde dem Nachlassgericht einreichen. Ihre übrigen allgemein gehaltenen Fragen sind ohne genauere Darstellung des Sachverhalts nicht zu beantworten. — A. Sch. 100. Da Ihre Frau nichts als Schulden hinterlassen hätte, stellt Ihren Töchtern kein Anspruch auf Zahlung zu. — Schulz-Arbalt. Lehnt der Verein Zahlung ab, so müßten Sie gegen ihn und Ihren Schuldner klagen erheben. — Scharte. Autoverleuren sind verkehrspflichtig. Sie müßten 20 Pf. geben. — M. F. 24. Sie müßten beim ordentlichen Gericht gegen den an sich (auch in den Lohn) vollstreckbaren Beschluß des Stadtschultheißen klagen. — B. 3. W. 57. Sie sind im Irrtum. Nicht das Alter, sondern lediglich das Eintommen des Steuerpflichtigen kommt in Betracht. — G. G. S. 1. 2., 4. Ja. 3., 7., 8. Nein. 5. und 6. Angenehme Zeit. — H. B. C. 500. 1. Ja. 2. Kammergericht wird das für die Provinz Brandenburg fungierende Oberlandesgericht genannt (Arbeitsrecht §. 544), es fungiert auch für andere preussische Provinzen als letzte Instanz in einer Reihe Strafsachen und anderen Angelegenheiten. Das Rügeverfahren ist in dem preussischen Ausführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz und in anderen Reichsgesetzen. 3. Nein: Sie werden mit der Güntertaglichen Sammlung deutscher Reichsgesetze und preussischer Gesetze wohl auskommen. Sämtliche Gesetze haben Sie nur im Reichsgesetzblatt und im Gesetzblatt für die preussischen Staaten. — Max Schmidt. 1. Ja. 2. Nein. 3. Sie können auf Teilung, Auseinanderlegung, Substitution des Grundstücks zwecks Auseinanderlegung und Hinterlegung der Kaufsumme klagen. Günstige Auseinanderlegung ist vorzuziehen. — A. D. Ja. — Gertrud. Ihr Anspruch wäre nicht bei dem Gemeindericht, sondern bei dem Amtsgericht geltend zu machen. Ob er Erfolg haben wird, ist dadurch in Zweifel gestellt, daß Sie die durch Nachpost Ihnen erklärte Rücknahme der Klageannahme ablehnen. Sollten Sie im Hause aufgenommen werden und eine Befriedigung einnehmen, so müßte der amtsgerichtlichen Klage eine von Ihnen beantragte fruchtlose polizeiliche Aufklärung der Herrschaft vorausgehen. Sie aufnehmen. — C. T. 45. Als Faktor stehen Sie einem Werkmeister gleich. Ihre Kündigung ist also sechs Wochen zum Quartalsenden. — G. H. 37. Die Kündigung ist in Ordnung. — G. W. 100. Wenden Sie sich an Ihr Volksgewerbe. — P. Z. 111. Bierzig. — B. 5. Da Ihr Vertrag bis zum 1. April 1900 läuft, so ist die bereits zum 1. Oktober ausgesprochene Kündigung dann nur gültig, wenn sich der Wirt mit ihr einverstanden erklärt.

Berliner Marktpreise. (Ermittelt vom Polizei-Präsidium.) Rübtergerste, gute Sorte 1 D. 15,00 (15,20), mittel 15,10 (14,30), geringe 14,20 (13,40). Hafer, gute Sorte 16,40 (15,50), mittel 15,40 (14,60), geringe 14,50 (13,70), frei Wagen und ab Bahn. Roggen, 5,50 (5,00). Weizen (alt) 9,50 (8,80), neu 6,70 (4,80). Gersten, gelbe, vom Roden 40,00 (30,00). Spelzweizen, weiße 50,00 (30,00). Weizen 60,00 (30,00). Kartoffeln 9,00 (7,00). Rindfleisch, von der Aule, 1 Rg. 1,80 (1,30), Rindfleisch 1,40 (1,00), Schweinefleisch 1,50 (1,30), Kalbfleisch 2,20 (1,30), Hammelfleisch 1,50 (1,40), Butter 2,50 (1,20), Eier (60 Stück) 4,00 (2,80), Karfen, 1 Rg. 2,30 (1,20), Hühler 3,00 (1,20), Zander 3,20 (1,40), Dredje 2,90 (1,40), Backhse 2,00 (1,00), Schale 3,00 (1,20), Stele 1,60 (0,80), Krebse (60 Stück) 20,00 (3,00).

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 6. Juli.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Operntheater. Der Widerspenstigen Zähmung.
Berliner. Die Geiseln.
Zentral. Die Geiseln.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater.)
Der Troubadour.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Südliches Theater.) Hofgünst.
Weisen, Jung-Heidelberg.
Kleines. Nachtasyl.
Lustspielhaus. Ruth-Brick.
Carl Weh. Lehmanns Abenteuer.
Veste-Alliance. Ben Ali Bek.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Apollo. Ein Abend in einem amerikanischen Tengel-Tempel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Passage-Panoptikum. Der lebende Eismensch.
Wintergarten. Spezialitäten.
Berliner Prater-Theater. Zwischen Himmel und Erde.
Stadt-Theater Moabit. Rutter Gräber.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Die deutsche Nordseeküste.
Zuvaldenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Nachtasyl.
Freitag zum erstenmal: Vater Riekman. Die Neuvermählten.
Sonnabend: Nachtasyl.
Sonntag: Vater Riekman. Die Neuvermählten.

Neues kgl. Opern-Theater.
Anfang (Kroll) 7 1/2 Uhr.
Der Widerspenstigen Zähmung.
Freitag: Gastspiel der Kammers.
Hermine Bosetti. Die lustigen Weiber von Windsor. Sonnabend: Glückchen des Eremiten. Sonntag: Die Fledermaus.

Apollo-Theater.
Das bestbesetzte Theater Berlins mit großem Garten!
Größter Lacherfolg! Der Gipfel der Komik! 10 Uhr:
Ein Abend in einem amerikanischen Tengel-Tempel.
Vorher: Hochzeitsabend von Paul Linde und Spezialitäten.

Metropol-Theater
Der größte Erfolg der Saison!
Zum 242. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Ballett in 5 Bildern.
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Gastspiel der Original japan. Ballett-Gesellschaft „Ti-ti-pu“.
Täglich 8 Uhr:
Lohmanns Abenteuer auf dem russisch-japanischen Kriegsschauplatz.
Im Sommergarten:
Neues Nieten-Juli-Programm.
Anfang 5 Uhr.
Sonnabend großes Sommernachtsfest.

Fröbels Allerlei-Theater
(früher Puschmann)
Schönhauser Allee Nr. 148.
Heute und täglich:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Neue erstklassige Spielfolge.
Arbeit schändet nicht.
Vollständiges mit Gesang in drei Akten von Reisingen.
Anf. 4 Uhr. Entree 30, Sperrfrist 50 Pf.

Schweizer-Garten.
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Täglich
Theater-Vorstellung
◆ Neue Spezialitäten. ◆
Volksbelustigungen.
Zum Schluß:
Weibliche Fokteis.
Ausstattungsposse mit Gesang von H. Becker.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Täglich:
Zwischen Himmel und Erde.
Gr. romantische Ausstattungsposse.
Neue Dekorationen und Kostüme.
Eine schreckliche Nacht.
Große Pantomime der Guitano Holtes Troupe.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater.)
Nördlich-Oper.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bötel.
Der Troubadour.
Große Oper in 4 Akten von G. Verdi.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die lustigen Weiber von Windsor.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Populäre Vorkell. bei halben Preisen:
Fidello.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Nördlich-Oper.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hofgünst.
Lustspiel in 4 Akten von Thilo v. Trotha.
Freitag, abends 8 Uhr:
Hofgünst.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Hofgünst.
Am Garten tägl.: Gr. Militär-Konzert.

Max Kliems Sommer-Theater

Hasenheide 12-15.
Kritische Zeitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Fernsprecher IV. 8891. Max Kliem.

Urania Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Die deutsche Nordseeküste.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
P. CASTAN'S PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Kronprinz Wilhelm
Kronprinzessin Cecilie.
Neu! Roschdestwensky.
der russische Admiral.
Mlle. Vallée, d. 16jährige
armlose Fußkünstlerin.

Passage-Panoptikum.
Die Sensation der Saison:
Der Riese
Wachnow
der größte Mensch, der je
gelebt hat. Ohne Extra-Entree.
Neu! Zum erstenmal in Europa:
Der lebende Eismensch
aus dem nördlichsten Kanada.
Ohne Extra-Entree.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachmittags 5 Uhr:
Großes Militär-Doppelkonzert.
Gastspiel der Kapelle der vierten
Kavallerie-Regiment aus
Ludwigs. Dirigent: Musikdirektor
F. Stolle.
Eintritt ab 6 Uhr 50 Pf.,
Kinder die Hälfte.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79,
direkt an der Ringbahnstation.
Ob schön! Ob Regen!
Täglich
Im herrlichen Garten oder Saal:
Konzert und Vorstellung.
Vollständig neues Programm,
das **größte und beste**
Berlins.
40 Sensations-Nummern.
Entree Wochentags 20 Pf., Sonntags
30 Pf. Jeder Erwachsene hat ein
Kind unter 10 Jahren frei. Ältere
zahlen halben Eintrittspreis.

Diez' Seeterrasse, Lichtenberg.
Röderstr. 6.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Großes Militär-Konzert.
Austreten des phänomenalen Meisters
führers **Alfred Schneider** mit
seinem konstanten Feuer-Glücken-
Todes-Hindernissprung. Um 6,
und 10 Uhr: Austreten der welt-
berühmten Turmschiffkünstler „The
Liepelt“. Brillant-Gand u.
Wasser-Feuerwerk.
Erschl. Spezialitäten, Theater.
Wochentags 10 Pf.

WINTERGARTEN
Harry Allister, Mimiker.
Damm Bros., komische Akrobaten.
Lisa Manville, Pariser Sängerin.
Alexandrov, russische Tanz- und
Gesangsgruppe.
Mason u. Forbes, kom. Excentrics.
La belle Oterita, spanisch. Tänzerin.
A. W. Asra, Billard-Jongleur.
Philadelphie, Elefant und Affen.
Kono Welch Montrose, Akrobaten.
Mlle. Lo, lebende Bilder.
Die 4 Welsons, Turner.
Bogdan-Truppe, militärische Exer-
zition mit Gesang.
Biograph.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Zum **25. Male**
das herrliche Lustspiel:
Die Loreley.
Außerdem das **Sensations-Juli-
Programm.**
Anfang 4 Uhr. Im Saal: Gr. Ball.
Entree 30 Pf. Numer. Platz 50 Pf.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß, neu:
Soldatenherzen
Militär-Ensemble von
Regel.
Anf. 8, Sonn. 7 Uhr.
Vom 16. bis 31. Juli
(während der Ferien-
reise der Stett. Säng.)
Gastspiel d. berühmten
Cesar Jungbühnel
mit seiner vorzüglichen Ensemble.

Otto Pritzkows
Abnormitäten-Ausstellung
Münzstr. 16.
Neu ! ! ! ! ! Neu
? Mne-Mno-Mni ! ?
frei in der Luft liegende
Türkin
Anatom. Rätsel. Med. Wunder.
Neu renoviert! Neu renoviert!

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater
und **Spezialitäten-
Vorstellung.**
Entree 15 Pf., wofür ein Glas Bier
verabreicht wird, also kein Entree.

Paul Schwarz'
Sommer-Theater
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
Täglich: **Konzert.**
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Das großartige Juli-Programm.
Anfang 5 Uhr.
Jeden Mittwoch: **Elite-Tag.**

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich:
Horst's
Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Es gibt keinen Aeryer mehr,
wenn die Hausfrau jetzt in der Sommer-
zeit verdächtige Garderobe entdeckt.
Jede Dame kennt Dr. Ed. Arnolds
Schottland-Farbseife
mit der es ein leichtes ist, alle mög-
lichen Farben wieder herzustellen.
30 Pf. genügen z. B. schon, um ein rosa
oder blaues Sommerkleid wie neu her-
zustellen. Dabei leichte, saubere An-
wendung. Kein Verschmutzen der Hände
oder Lösser. Die mit Schottland-
Farbseife behandelten Sachen sind
waschbar und färben nicht ab. In
allen einschlägigen Geschäften erhältlich.
Dr. Ed. Arnold, Chemische Fabrik,
Berlin C. 54, Sophienstr. 8.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Extra-Elite-Vorstellung!
Nur einmalige Aufführung:
Ein glücklicher Familienvater.
Schwan in 3 Akten von Götner.
Dazu die erstklassig. Spezialitäten.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Alle Wanzen
werden nicht nur durch mein Mittel
vollständig vertilgt. — 50 Pf. u.
1.00. — Ebenso Schnaben, Rassen,
Kranzosen, Blattläuse etc. Schachtel
30 Pf., 60 Pf. u. 1.00. 33282
— Zahlreiche Anerkennungen. —
1000 Mark Belohnung
zahlt demjenigen, der mir einen
Nichterfolg nachweist. Nur allein echt
bei **Hugo Barth, Drogerie,**
fest Brunnstr. 14, früher Nr. 18

Hasenheide 108/114 **Neue Welt** Arnold Scholz
Donnerstag, den 6. Juli 1905: **Elite-Tag!**
Doppel-Konzert
ausgeführt von der Regimentskapelle des Rheinischen Husaren-
Regiments Nr. 9, Dir. G. Stimming, und der 40 Mann starken
Hauskapelle, Dir. Berthold Bothe.
Monster-Feuerwerk
des Pyrotechnikers **A. Bock.**
Spezialitäten-Vorstellung.
Das neue, großartige Juli-Programm.
Anfang 5 Uhr. Entree 50 Pfennig.
Inhaber von Passpartouts zahlen 25 Pfennig pro Person nach.

Schwarzer Adler
Friedrichsberg
Frankfurter Chaussee 5
(früher 120).
Stadtbahnstation Frankf. Allee.
Inhaber:
Gebr. Arnhold.
Fernspr. Friedrichsberg No. 8.
Heute Donnerstag im herrlichen Lindenpark:
Großes Extra-Militär-Konzert
ausgeführt von der Kapelle des **II. Garde-Regts. zu Fuß (Füsillier-Batallion)**
unter Leitung des Herrn **Krudewig.**
Im Königssaal: **Großer Ball.**
Anfang 6 Uhr. Entree 15 Pf.
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saal statt. Passpartouts haben Gütigkeit.
Sonnabend, den 8. Juli: Gr. Extra-Militär-Konzert. Ausgeführt vom Rheinisch. Husaren-
Regiment No. 9 unter Leitung des Stabstrompeters Herrn Stimming.

Für die Ferien und Reise
empfehlen
H. Esders & Dyckhoff
Leipzigerstr. 50a Oranienstr. 48
am Dönhoff-Platz am Moritzplatz
Spezialhaus
für
Herren- und Knaben-Bekleidung
fertig und nach Maß
sämtliche Artikel der Bekleidungs-Branche
für Herren, Knaben und Kinder.
Der Streif in den Fabriken
Josetti, Berlin u. Dresden,
ist beendet und der über die Waren dieser
Firma verhängte Boykott aufgehoben.

